DE KNIPSELKRANT



GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

Resistance
DE KNIPSELKRANT
Documents and Analysis ... he Illegal Front

****

ABONNEMENT-BEDINGUNGEN

De Knipselkrant kostet 180 Gulden im Jahr incl. Porto. Es erscheinen ca. 45 Nummern pro Jahr ingesammt ca. 1900 Seiten. Seit August 1978 erscheint De Knipselkrant wöchentlich. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch, holländisch und englisch. Die Themen: Bewaffneter Widerstand in West-Europa, Kampf der politischen Gefangenen, antiimperialistischer Widerstand, anti-AKW-Bewegung Antimilitarismus, Counterinsurgency, Geheimdienste, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Grundlage für die Herstellung der Zeitung sind ca.175 Zeitungen bzw. Zeitschriften, desweiteren anderes uns zugesandtes Material. Deshalb: Wir sind jederzeit sehr interessiert an Erklärungen, Texten und übersetzungen u.a. für die Zeitung. Schickt uns also Material!
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen, und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist, mit einer der letzten Nummern eine Aufforderung, wieder einzuzahlen.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung bzw. - überweisung auf unser Postscheckkonto. (Postscheckamt Arnheim)
Buchläden: Buchläden erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Diesen Rabatt können wir nur gewähren, wenn mindestens 5 Exemplare bestellt werden.
De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland. Postscheckkonto 4246655.

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

Erheblicher Sachschaden bei Anschlag auf Marburger Bank

SDZ 27.8.86 Marburg (ddp)

Auf eine Filiale der Dresdner Bank in der Marburger Innenstadt ist in der Nacht zum Dienstag ein Sprengstoffanschlag verübt worden, bei dem erheblicher Sachschaden entstand. Die Polizei schließt einen Zusammenhang mit Geschäften der Bank in Südafrika nicht aus. Die Täter hatten die Bombe an einem Fenstergitter an der Rückseite des historischen Gebäudes deponiert. Außer dem Innenraum der Bankfiliale wurden auch angrenzende Gebäude beschädigt. Vor der Detonation um 4.15 Uhr hatten die Täter den Tatort mit einem rot-weißen Band abgesperrt, wie es für die Sicherung von Straßenbaustellen verwendet wird. Dieses Vorgehen weist nach Angaben eines Polizeisprechers Parallelen zu einem Bombenanschlag auf das Kreiswehrersatzamt in Marburg am 16. Januar auf: Auch damals hatten die Täter ein solches Band zur Absperrung verwendet.

Ebenfalls in der Nacht zum Dienstag wurden in der Gemarkung Dreieich-Offenthal (Kreis Offenbach) zwei Stützfüße eines Hochspannungsmastes angesägt, worauf der Mast umstürzte. Laut Polizei kam es zu einem kurzfristigen Stromausfall.

kommunikee

Erklärung zum Anschlag auf die DRESDNER BANK in Marburg

"DAS GELD IST DER ANFANG UND DAS ENDE ALLER IHRER WERKE"

H. Heine

oder

" VERFLUCHT SEI DIE ORDNUNG, DIE DEN GELDSACK SCHÜTZT "

Lassen wir zunächst einen Vertreter des BRD-Finanzkapitals, nämlich Dr. W. Röller, Sprecher des Vorstandes der Dresdner Bank, selbst zu Wort kommen:

"Ich freue mich, über ein Geschäftsjahr (1985, Anm. der Verf.) berichten zu können, das zu den besten der langen Geschichte der Dresdner Bank zählt"

Ja, dumm und dämlich haben sie sich wieder verdient : Geschäftsvolumenanstieg um rund 10% auf rund 103 Mrd. DM, Betriebsergebnis von 1,7 Mrd. DM, Dividendenerhöhung v. 7,50 auf 10,- DM.

Und weiter:

"Wir verfolgen eine auf den Konzern ausgerichtete Geschäftspolitik, die uns in die Lage versetzt, unsere Interessen ..... weltweit wahrzunehmen."

Das kapitalistisch/rassistische Regime in der RSA weiß das auch ganz besonders zu schätzen:

"Jedes Handelsabkommen, jede Bankanleihe, jede neue Investition ist ein weiterer Baustein unseres Fortbestehens."

Vorster, ehem. Ministerpräsident

So ist inzwischen das bundesdeutsche Finanzkapital einer der bedeutensten Kreditgeber für diesen Staat:

10 % aller Auslandsschulden der RSA bestehen bei BRD-Banken, an führender Stelle die Dresdner Bank mit 1,2 Mrd. DM; 91,2 % aller Anleihen an die RSA zwischen Juni 82 bis April 85 wurden unter Beteiligung bundesdeutscher Banken abgewickelt. Allein 1985 wurden 12 Anleihen im Wert von 343 Mio. Dollar von BRD-Banken gemanagt, der Gesamtwert bundesdeutscher Anleihen betrug Ende 1985 1.6 Mrd. DM.

Die Dresdner Bank vergibt Anleihen unter eigener Beteiligung oder unter Konsortialführung, d.h. sie ist führend im Management

-direkt an die RSA-Regierung, bspw. an das Verteidigungsministerium; das Militärbudget hat sich seit 1960 versiebzigfacht, der Kapitalbedarf ist enorm. Es ist daher auch kein Zufall, daß die Dresdner Bank zusammen mit der Commerzbank und der Deutschen Bank eine Anleihe an die RSA im Dez. 83 vermittelte, als südafrikanische Truppen von Namibia aus in Angola

einfielen.

- an staatliche oder halbstaatliche Unternehmen mit strategischer und militärischer Bedeutung:
  + an IDC, staatliche Industrieförderungsgesellschaft, finanziert vor allem Schlüsselindustrien im Militärbereich, z.B. ADE (Atlantic-Diesel-Engines), Hersteller von Motoren für Militärgerät, Großaktionär ist Daimler Benz; oder ARMSCOR, Rüstungsproduzent mit dem größten Jahresumsatz der südl. Hemisphäre.
  + an SOF, staatlich-strategischer Ölfond, 100 % Anteilseigner der Kohleverflüssigungsanlage SASOL.
  + an ESCOM, staatlicher Elektrizitätsgigant, der 95 % des südafrikanischen Stroms erzeugt, vor allem aber alleiniger Betreiber des Atomprogramms und der Atomforschung ist.
  + an DPT, halbstaatliche Telefongesellschaft, besitzt die modernste Telefonanlage der Welt.
  + an SATS, staatliche Verkehrsgesellschaft mit strategischer Bedeutung, z.B. Anlage von Straßen unter der Prämisse der Aufstandsbekämpfung.

"Unsere Aufgabe als Partner der deutschen Wirtschaft nehmen wir z.B. durch die Finanzierung von Exportlieferungen und Investitionen war."

Dresdner Bank

Weit bedeutender nämlich als die oben erwähnten Anleihen sind sogenannte Investitions- und Exportkredite, d.h. Kredite, die an bundesdeutsche Unternehmen oder deren südafrikanische Töchter fließen. Die bundesdeutschen Investitionen in der RSA liegen bei 12 Mrd. DM, wobei ein Großteil von Banken finanziert ist. Diese Investitionen sind über die bundeseigene Hermesexportversicherung gedeckt. So sind Kredite an ESCOM, SASOL, Investitionen in der Nukleartechnologie von Krupp, BBC, Siemens oder die Rüstungsproduktion für die RSA von Daimler Benz, MBB, MAN über Hermes versichert. (Die Dresdner Bank ist wiederum Gesellschafterin der zweit - größten Kundin von Hermes, der Ausfuhrgesellschaft mbH Frankfurt)

- Die Dresdner Bank ist neben der BRD-Regierung größte Anteilseignerin der Urangesellschaft, die am Bau und der Ausplünderung der Uranmine Rössing im besetzten Namibia beteiligt ist. Rössing ist mit einer Jahresproduktion von 5000 - 8000 t die derzeit größte Uranmine der Welt und für die BRD ist Rössing mit 30 % Anteil der größte Einzellieferant.
- 1980/81 ergatterte die Dresdner Bank 51 % der SWABANK Namibia. Die SWABANK wurde damit zur Vollbank ausgebaut, d.h. daß über sie als erste namibische Bank internationale Kapital- u. Finanzgeschäfte laufen können. Dem Raubbau des besetzten Namibia sind damit kaum Grenzen gesetzt.
- Die Dresdner Bank stellt bei mehr als 150 bundesdeutschen Firmen, die sich im "Südafrikageschäft" einen Namen gemacht haben, die Aufsichtsrat- und Verwaltungsposten. Darunter sind mindestens 30 Banken, alle großen Versicherungsgesellschaften, große Kaufhauskonzerne, Stahlwerke, Automobilhersteller, Werften, Öl-, Energie- und Chemiegiganten, Maschinen- und Elektroindustrie.
- Nicht zuletzt ist die Dresdner Bank entweder direkt oder indirekt an den großen Unternehmen des bundesdeutschen Kapitals in den verschiedenen Branchen von Daimler, BMW, Metallgesellschaft AG Ffm, Degussa, MBB, Hapag Lloyd über Schultheiss Berlin, Westfälische Zellstoff, Allianz Berlin-München, Flender Werft bis Loewe-Opta und vielen mehr beteiligt.

Der RSA-Staat, in seiner Funktion als antikommunistisches Bollwerk entwickelte mit BRD-Unterstützung Atomwaffen, ist eingebunden in den NATO-Kriegsapparat und damit in seine laufenden und zukünftigen Kriege. Im Rahmen der Total Strategie ist es - mit der massiven Beteiligung des BRD-Kapitals, mit deutschen Waffen, deutschem Geld und know how, mit der di-

rekten politischen und ökonomischen Unterstützung der Bundesrepublik - der RSA gelungen, sich im Energiesektor unabhängig zu machen, hoch produktive Schlüsselindustrien aufzuziehen, die Anrainerstaaten in die Knie zu zwingen sie zu Anlageländern des internationalen Kapitals zu machen.
Sie ist aber bisher daran gescheitert, die Umstrukturierung der gesamten südafrikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ihre Modernisierung und Reformierung im Innern durchzusetzen. Der Kern der Umstrukturierung ist daß die Rassentrennung, die Segregation der schwarzen Klasse - in der Tendenz - ergänzt und ersetzt werden soll durch ihre Auspaltung in eine kleine, produktive, politisch reformistische, sozial aufgestiegene, städtisch-mobile schwarze Arbeiterklasse/Mittelschicht und in das übergroße Heer der "unnützen Esser", die in völliger Verelendung, abgeschoben und auf Abruf bereit in den abgelegenen Bantustans und KZs ums nackte Überleben kämpfen müssen. "Teile und herrsche" ist die Parole, Selektion und Vernichtung ist das Ergebnis.
Der RSA-Staat traf auf ein zähes, rebellisches und klassenbewußtes Proletariat, dessen Kämpfe sich trotz aller Repression inzwischen auf allen Ebenen ausgedehnt haben:

> "In den letzten 10 Jahren haben die Kinder der Townships ihre Reife gezeigt. Mit unheimlicher Genauigkeit haben sie ihre Feinde aus Korn genommen. Mit der gleichen Kraft greifen sie den Staat und seine Kollaborateure an. Sie haben keinen Respekt vor dem Privateigentum. Sie verweigern den Dialog mit der Macht. Sie haben kein anderes Ziel, als ihre völlige Befreiung."

Die Erweiterung des paramentarischen Systems, die Genozid-Gesetzgebung der Koornhof-Bestimmungen löste die größte Agitation in den Townships aus, die Einsetzung schwarzer Bürgermeister führte zu Aufständen, Mietstreiks und Boykotten; diese schwarzen Marionettenstrukturen sind inzwischen fast völlig zusammengebrochen, die Verwaltungen pleite.
Auf der Fabrikebene sind die Versuche, Streiks militärisch niederzuschlagen gescheitert, haben die Spaltungsmanöver nicht gegriffen; Gewerkschaften mit antikapitalistischen, antiimperialistischen und sozialistischen Positionen verfügen über eine Massenbasis. Die Straßenkämpfe und Aktionen wurden zeitweise bis an die Ränder der weißen Stadtgebiete getragen.
Aber nach wie vor ist der RSA- Staat voll handlungsfähig, handelt es sich um einen "low intensiv war", ist der Widerstand der Schwarzen zu sehr zersplittert, um die Machtfrage zu stellen:
Gerade für den ANC besitzt die Revolution in Südafrika einen bloß negativen Charakter, die Aufhebung der Rassendiskriminierung. Die Revolution wird als bloßes Niederreißen der Rassenschranken begriffen, ohne daß in ihrem Prozeß schon die subjektiven und objektiven Elemente einer qualitativ neue Gesellschaft tendenziell geschaffen werden. So stellt sich die Frage, ob die Aussage des ANC-Präsidenten Tambo - eingeladen am 8./9. April von der Friedrich-Ebert-Stiftung - nur taktischer Natur sind:

> " Die dritte Konsequenz ist die, daß dies eine Lage schaffen wird, in der alle Geschäftsleute auf der gleichen Basis konkurieren können. Dies kann z. Zt. nicht der Fall sein, denn allein drei der Konzerne kontrollieren

80 % der in Privatbesitz befindlichen Produktionsmittel. In dieser Situation wird freier Wettbewerb unmöglich."

Und so stellt die Freiheitscharta - Grundlage des ANC - auch mehr ein Programm einer "liberalen Demokratie" als die Ziele einer wirklichen Umwälzung dar. Selbst die darin enthaltene Nationalisierung geht dem bewußt klassenübergreifenden Bündnis UDF noch zu weit: ist es doch gerade diese Gruppe mit ihrer starken Verankerung in der schwarzen Mittelklasse, die als Juniorpartner in das weiße Herrschaftssystem eingebunden werden soll.

+ + + + + + + + + + + + + + +

Nun zur hiesigen Antiapartheidsbewegung:

Liberale, Christen und andre Philanthropen gründen Antiapartheidsbündnisse von SPD über die Grünen bis zur DKP, fordern demokratische Rechte, denunzieren den Klassenkampf, setzen auf eine moralische Substanz der Herrschenden, die es nicht gibt und nicht geben kann. Ihre Lösung des "Problems" sehen sie in einem"Totalboykott und Abbruch aller Beziehungen, die zur Aufrechterhaltung des Regimes beitragen". Das ist nichts anderes, als die Imperialisten aufzufordern, daß sie aufhören sollen, Imperialisten zu sein. Anstatt bloßzustellen, daß das ganze System der herrschenden Klassen untrennbar verknüpft mit dem imperialistischen Weltsystem ist, daß der westdeutsche Imperialismus Lebensinteressen in politischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht in RSA verfolgt, werden Illusionen genährt, daß die herrschende Klasse "von sich aus" und "ganz freiwillig" auf ihre Machtposition, auf ihre Profite verzichten würde. Die Antiapartheidsbewegung zielt nicht darauf ab, das Wesen bürgerlichdemokratischer Herrschaft und Ausbeutung hier transparent zu machen und zu bekämpfen.

- Es wird z.B. in "dreckige" (mit) und "saubere" (ohne Geschäfte mit der RSA .) Banken unterschieden. Der Rückzug der amerikanischen Citi-Bank aus dem Südafrikageschäft wird als Erfolg der Antiapartheidsbewegung gefeiert. Diese Bank ist Teil der Citi-Corporation-Bankholding (Platz 1 der kapitalistischen Banken) und hat sich auf die Ausplünderung anderer Länder spezialisiert. "...ein Drittel ihrer Gewinne erlöste die Citi - Corp. aus Kreditgeschäften mit zahlungsschwachen Adressen wie Mexiko, Brasilien, Venezuela..." weiß das Hamburger Abendblatt am 21.8.84 zu berichten.
- Die Kritik von sc[redacted]-Kritischen Aktionären bei Aufsichtsratssitzungen der Dresdner Bank oder Daimler Benz besteht z.B. darin, daß "den Geschäftsinteressen und dem Ansehen des Unternehmens schwer geschadet worden" ist. Solche Sätze blamieren sich an den Bilanzen dieser Unternehmen. Das Geschäftsansehen ist keine moralische Kategorie.
- Anläßlich des 10. Jahrestags des Soweto-Aufstand ruft ein linker ASTA dazu auf, doch mal "freundlich" beim Geschäftsführer wegen dessen RSA-Obstimporten nachzufragen, um so einen persönlichen Beitrag zum Boykott von RSA-Früchten beizutragen. Mal abgesehen davon, daß der Obstexport nur einen geringen Teil des Außenhandels der RSA ausmacht, wird schon seit Monaten ein Importverbot von RSA-Früchten als "Bonbon" an die südlichen EG Länder erwogen.
- In New York wird eine Massendemo der Antiapartheidsbewegung von Bürgermeister Koch angeführt. der in den letzten Jahren eines der schärfsten Sparprogramme gegen "seine" Schwarzen durchgesetzt hat.
- Und auf einer Antiapartheiddemo in Bonn begrüßte eine Rednerin die "Kollegen von der Polizei", die hier, im Unterschied zu Südafrika, dazu da seien, "uns zu beschützen". Die Demonstrant/inn/en von Brokdorf und Wackersdorf werdens zu schätzen wissen.

Ob in Vietnam, Angola, Zimbabwe oder Nicaragua - die engen Grenzen der antiimperialistischen Bewegung der Drei Kontinente, der nationalen Be - freiungskämpfe werden immer offensichtlicher, der Weltmarkt macht durch den "stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse" jede nationale Unab - hängigkeit unmöglich. Die kapitalistische Produktion - zum Weltsystem erhoben - zwingt jedem Land ihre Verwertungslogik auf.

"Die revolutionären Prozeße in einer Reihe von Ländern der '3. Welt' werden dabei zerrieben zwischen 'Schuldenfalle' und politischer Er - pressung, zwischen partieller Industrialisierung und weiterer Massenverelendung, zwischen Integration in den Weltmarkt und der Vernichtung der eigenen Volkswirtschaften."

R.Z.

Die wirkliche Aufhebung des Mangels, Elends und Ausbeutung kann nur mit der Zerschlagung des Kapitalismus weltweit stattfinden und die Möglichkeiten für den Sieg des Kommunismus liegen letztendlich in den Metropolen. Unserer Widerstand ist eben nicht nur eine moralische Sache sondern auch materiell begründet:
Durch den gegenwärtigen kapitalistischen Krisenangriff im Weltmaßstab liegen die letzten Zipfel der Erde im Sog des kapitalistischen Verwertungsinteresses, zerstören seine Destruktivkräfte Land und Leute, macht der Akkumulationszwang die Reorganisierung von Herrschaft nötig: hier wie in der RSA werden die Ausbeutungskonzepte modernisiert, versucht das Kapital eine neue Klassenzusammensetzung durchzusetzen, versucht Billiglohnarbeit und Intensivierung mit der Einkreisung, Kontrollierung und falls notwendig, der Liquidierung der Ausgesonderten zu verbinden. Hier wie da schafft das Kapital immer wieder neue Hierachien und Abgrenzungen zwischen die Menschen, zwischen Frauen und Männer, Einheimische und Ausländer/innen, Junge und Alte, "Kranke" und "Gesunde" etc. "um so die objektive Kraft der Klasse sozial und politisch zu zerstören" (Mandel)
Für den Befreiungskampf in der Metropole BRD ist es daher notwendig, den Charakter und das Ausmaß der Unterdrückung und Entfremdung hier wahrzunehmen und zu bekämpfen (ohne daß es nur um die Verbesserung der Bedingungen hier geht; eine solche Haltung ist - jedenfalls in ihrer Tendenz - reaktionär).
Der ewige Heroismus der kämpfenden Völker der '3. Welt' hat auch wohl weniger mit deren Realität zu tun. Er ist eher ein Wunschbild der metropolitanen Linken, die in ihm einen Ersatz für die eigene Kraftlosigkeit und Ohnmacht dem scheinbar totalen System gegenüber sucht (und findet?).
In einer Situation wie hier in der BRD, mit kollaborierenden Gewerkschaften, einer reformistischen Linken, mit kaum geschichtlicher Erfahrung und Er - innerung von revolutionärer Organisierung und Gegenmacht, muß es gerade zentrales Moment unserer Anstrengungen sein, gegen die Isolierung, Spaltung, Unverbindlichkeit, zerstörte Kommunikation anzukämpfen, uns nicht mit der kapitalistisch-patriarchalen "Normalität" zu arrangieren und diese zu akzeptieren, sondern immer wieder neu um Ansätze einer tatsächlich sinnlich wahrnehmbaren Menschlichkeit zu kämpfen:

"Einmal das politische Ziel aus den Augen verloren, sind es die persönlichen Antipathien und die kleinen Sorgen des Alltags, die sehr schnell alles überlagern und die Solidarität von innen auffressen und zusammen-

brechen lassen."

A.D.

Mehr denn je ist es heute wichtig, einen Unterschied zwischen dem Alten und dem Neuen als eine in der Praxis real existierende Möglichkeit aufzuzeigen, eine Politik, die auch darauf ausgerichtet ist, traditionelle Wahrnehmungs- und Darstellungsformen von innen her aufzusprengen. Das heißt, eigene Strukturen, subversives Handeln und Illegalität aufbauen, heißt, sich revolutionäre Theorie anzueignen, heißt, eine eigene revolutionäre Moral zu entwickeln und natürlich immer wieder - in den verschiedensten Formen - das System in seiner vermeintlichen Totalität angreifen.

"SOLANGE WIR MIT DER MÜTZE IN DER HAND UM UNSERE EIGENE EMANZIPATION BETTELN, ERBITTEN WIR DAMIT NUR DIE VERACHTUNG DERER, DIE MACHT ÜBER UNS HABEN UND GEBEN IHNEN WEITERHIN UNSERE BILLIGUNG MIT IHREM RASSISTISCHEN UND UNTERDRÜCKERISCHEN SYSTEM FORTZUFAHREN."

Steve Biko

Gruppe " Wer wird denn gleich in die Luft gehen "

GRUSSADRESSE AN DIE GEFANGENEN KOMMUNISTEN IN BELGIEN IM HUNGERSTREIK

wir haben heute auf unserem angehörigentreffen über euren hungerstreik, euren kampf für kollektive lebens- und arbeitsbedingungen gesprochen und senden euch von hier unsere solidarischen grüße.

wir unterstützen eure forderungen:
- recht auf regelmäßige, gemeinschaftliche treffen und auf freie korrespondenz unter den gefangenen
- freien zugang zu informationen
- abschaffung der zensur und der blockierung der korrespondenz
- recht auf 2 besuche pro woche von nicht-angehörigen
- genehmigung zivilkleidung zu tragen.

wir möchten euch auch sagen, warum wir solidarisch mi eurem kampf sind, wir alle haben bald nach der festnahme unserer gefangenen angehörigen, die alle der isolationsfolter unterworfen werden, begriffen, daß ihr kampf für die zusammenlegung, also für kollektive arbeits-und lebensbedingungen der einzige weg ist, daß sie ihr leben und ihre politische identität bewahren können. aus unseren eigenen erfahrungen in der angehörigengruppe - gemeinsam für ein ziel, die zusammenlegung, zu handeln, uns dabei gegenseitig zu unterstützen, die stärke zu erfahren, wenn wir etwas in bewegung setzen, uns gemeinsam zu wehren, wenn sich der staatsschutz einzelne von uns herausgreift und mit ermittlungsverfahren,prozessen, hausdurchsuchungen und besuchsverboten einzuschüchtern versucht - haben wir die forderung der politischen gefangenen nach zusammenlegung immer mehr begriffen, die zusammenlegung der politischen gefangenen, das wollen wir nicht mehr nur als schutz vor dem mord auf raten, als schutz vor den mordversuchen, sondern auch als kollektive strukturen, in denen menschliche beziehungen, politische entwicklung und der wider stand gegen die gewalt des staates möglich sind.

aus unserem kampf für die zusammenlegung hier in der BRD können wir die notwendigkeit und die bedeutung eures kampfes, den ihr jetzt gemeinsam für kollektivität im gefängnis führt, begreifen. auch und vor allem weil euer kampf jetzt die erste etappe in der konfrontation zwischen euch, der kommunistischen gefangenen und dem belgischen staat ist, mit de ihr die perspektive eures kampfe aufzeigt.

wir unterstützen euren kampf aber auch, weil wir davon ausgehen, daß die NATO-Staaten zunehmend nach einheitlichen richtlinien gegen die politischen gefangenen vorgehen, d.h. konkret: isolationsfolter in frankreich, in der türkei,und in der brd und die versuche, die kollektiven strukturen der politischen gefangenen in portugal und in spanien zu zerschlagen. deshalb stärkt euer hungerstreik jetzt die kämpfe aller gefangenen in den NATO-Ländern für die durchsetzung und erhaltung kollektiver bedingungen in den gefängnissen.

VIEL KRAFT IN EUREM KAMPF!

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD

brief an die angehörigen der politischen gefangenen in der brd

von Pascale Vandegeerde, politische gefangene, belgien

4.7.86

guten tag,

ich habe eure solidaritätsadresse erhalten und ich sende euch dafür meinen gruß und hoffe, daß sie (die solidarität, d.ü.) aktiv und fruchtbar war.

ihr habt sicher vom erfolg unserer hungerstreiks erfahren, nicht soweit es unsere zusammenlegung und die korrespondenz zwischen uns betrifft, aber was den rest unserer forderungen angeht. wenn wir das als erfolg ansehen, dann deshalb, weil unser ziel ist, vor allem unseren kampf für den kommunismus fortzusetzen mit draußen und unsere formierung/politische und persönliche entwicklung als militante der Kämpfenden Kommunistischen Zellen.

ganz sicher sind die korrespondenz untereinander und die zusammenlegung auch sehr wichtig für unseren kollektiven prozeß, aber das heißt, die querlatte sehr hoch anzubringen.

wenn es noch nicht geschehen ist, würde ich euch raten, euch mit der APAPC (Association des Parents et Amis des Prisonniers Communistes = gruppe der angehörigen und frende der kommunistischen gefangenen) in verbindung zu setzen, das ist die belgische gruppe, die unseren hungerstreik mit pressekonferenzen, flugblättern, kommuniqués, der verteilung unserer texte zum hungerstreik unterstützt hat.

wir schlagen euch vor, eventuelle plattformen auszutauschen, aktionsfeld und erfahrungen usw., einschließlich unserer texte. ich bitte euch auch darum, mir mehr informationen über euch und die gefangenen, um die es geht, zu schicken.
bis bald. grüße

Pascale Vandegeerde
52, av. de la Jonction
B-1060 Bruxelles
Belgique

angehörigenadresse
BP no 6
B-1060 Saint-Gilles
Bruxelles 1
Belgique

saint gilles, am donnerstag, 10. juli 86

guten tag an alle vom kollektiv der angehörigen der politischen gefangenen in der brd

ich habe euren brief schließlich am 23. juni erhalten. vor allem anderen will ich euch sagen, wie mich diese solidaritätsadresse bewegt hat, daß ihre lebendige kraft natürlich ihren platz an unserer seite im kommunistischen kampf findet. ich hoffe, daß meine genossen didier, pascale und bertrand sie auch erhalten haben und ich weiß, daß ich sie hier in meine dankbarkeit einschließen kann. waren es nicht militante aus der RAF, die gesagt haben:"die solidarität der menschen gründet in der bewegung der revolte."?

nun müßt ihr wissen, daß wir unseren kollektiven hungerstreik am 20.juni beendet haben, nachdem wir die erfüllung wesentlicher forderungen, für die wir gekämpft haben, erreicht hatten. obwohl

2 gnossen jetzt noch im krankenhaus sind, wird ihr gesundheitszustand nicht unter den folgen leiden und das ist eine sehr gute sache.

jetzt werde ich euch einige informationen zur politischen dynamik unseres streiks und seines sieges geben. aber sagt erstmal, ob ihr die 3 politischen papier kennt, die wir seit unserer knastzeit verfaßt haben? (eine erste erklärung vom januar 81, die erklärung zum beginn des hungerstreiks und ein papier über die politische richtung der solidarität). wenn nicht, sagt mir bescheid und ich werde sie euch zukommen lassen.

seit unserer verhaftung sind wir bedingungen vollständiger sozialer und politischer isolation ausgesetzt: isoliert im gefängnis, isoliert von 'draußen'. bei mir bedeutet das zb. 23 stunden und 4o minuten am tag allein in der zelle, 2o minuten einzelhofgang in den käfigen, keinerlei teilnahme an gemeinschaftsaktivitäten, keine briefe, kein besuch, kein radio, keine bücher meiner wahl (sondern 1o bullenromane, die rassistisch, sexistisch und faschistisch sind) etc. Pascale sagte: "das leben einer grünen pflanze ohne sonne, man soll vor allem nicht vergessen, mir wasser zu geben." und dann vor allem hallunzinate (???) 'sicherheits'maßnahmen: tag und nacht ständige sichtkontrollen durch besondere beamte, kontrollen und systematische durchsuchungen nach den anwaltsbesuchen, abschirmung der zellen, ermittlungstermine und -verfahren im gefängnis etc. ich brauche euch das nicht zu beschreiben, als angehörige von gefangenen kennt ihr noch härtere bedingungen. was wir über diese bedingungen denken ist, daß sie 2 ziele haben, die sicher miteinander verbunden sind, aber dennoch zu unterscheiden sind.

das 1. ziel: druck auf den gefangenen militanten auszuüben. der versuch, ihn geistig zu verarmen, ihn sozial und psychisch zu brechen. einem sozialen wesen das sprechen und über jahre die geringste gesprächsmöglichkeit zu verbieten, ihm die geringste gesprächsmöglichkeit zu verbieten, ihm die geringste politische information zu entziehen und jede geistige anregung, ihn seines letzten kontaktes, der briefe zu berauben, sind entschieden maßnahmen, die darauf abzielen, aus einem bewußten individuum ein vollkommen abgestumpftes wesen zu machen. das überrascht uns nicht -ob dies nun in irgendeiner äußerung seiner gesellschaftlichen herrschaft oder im gefängnis ist, der kapitalismus entwickelt sich durch die entfremdung und die organisisierte abstumpfung der ausgebeuteten und es ist begreifbar, daß wenn er militärisch in seinen kerkern das leben eines militanten kommunisten kontrolliert, er versucht, sein bewußtsein zu liquidieren, ihm seine identität, die er durch und im kampf befreit hat, zu vernichten.
schließlich, und das ist unser hauptgedanke, zielt die isolation darauf, dem gefangenen jede politische aktivität zu verbieten und die klassenbewegung ihrer avantgardekader und revolutionärer erfahrungen zu berauben.
in unserem land weiß die staatsmacht sehr gut, an welchem punkt die arbeitswelt und vor allem deren kämpferische militante vom kampf der CCC angesprochen werden und der kapitalismus hat nur eine furcht, daß die politische richtung dieses kampfes, der marxismus-leninismus, in das soziale gewebe eindringt. daß die aktionen der guerilla durch die richtige wahl ihrer ziele mit der proletarischen bewegung zusammenkommen, ist eine kraft, die die macht des staates nicht verhindern kann. aber daß der politische inhalt der guerilla, ihre globale historische strategie mit der massenbewegung zusammenkommen und die führung übernimmt, ist eine andere kraft, die die macht des staates nicht tolerieren kann. das ist der fundamentale grund für unsere isolation.

gestern wie heute sind wir militante der zellen. für uns hört der kampf nicht auf und seine strategische orientierung ver-

schiebt sich nicht, weil wir 4 heute gefangene sind. wenn durch die tatsache unserer festnahme und unserer militärischen entwaffnung durch den feind unsere aufgaben als militante der organisation offensichtlich begrenzt sind, ändert das nichts an der tatsache, daß wir unsere aufgaben mit demselben ernst und derselben entschlossenheit wie jede andere erfüllen müssen. und wenn die aufgaben, die zur aktivität der militanten kommunistischen gefangenen gehören, für uns nicht auszuführen sind, müssen wir dafür kämpfen, das möglich zu machen. das ist der kollektive grund, der unseren kampf bestimmt hat, das ist die organisatorische verantwortlichkeit, die ihn lenkt.

die forderungen des streiks, die ihr kennt, sind ausschließlich im hinblick auf die wirksamkeit unserer politischen pflichten definiert worden. sie zielten darauf, unsere einkreisung zu zerbrechen, um für uns möglich zu machen, unseren platz innerhalb der kollektiven politischen aktivität wieder einzunehmen. und selbst, wenn uns immer noch bestimmte restriktionen auferlegt werden, können wir sagen, daß die offenen breschen ein großer sieg sind.

bevor ich fortfahre, muß ich die agitation und die politische arbeit nennen, die um unseren kampf herum organisiert und entwickelt werden. eine sehr große arbeit zur politischen sensibilisierung der massen wurde im schoß der sozialen bewegung gemacht, die gegenwärtig in unserem land stark mobilisiert ist (gegen die ökonomische krise und die 'neuen' regierungsmaßnahmen), nicht so sehr im hinblick auf unsere besondere situation sondern mehr, indem die verbindung zwischen unserem politischen kampf (zellen, guerilla und gefangene) und die frage der organisierung der klassenbewegung, die sich innerhalb der gewerkschaftsbewegung ausdrücken. diese ganze arbeit an agitation und revolutionärer propaganda hat sich als sehr positiv herausgestellt. unsere genossen (und natürlich auch unsere angehörigen) die sie gemacht haben, konnten sehr konkret die sympathie und das interesse feststellen, die der kampf der zellen bei zahlreichen arbeitern erregt hat (stellt euch eine große fabrik vor, wo die genossen flugblätter verteilen nach dem schichtwechsel und wo die arbeiter, als sie sehen, daß es um die solidarität mit uns geht, sie in die werkshallen reingeholt haben. solche momente sind wirklich wunderbar!) wir denken heute, daß der sieg in unserem hungerstreik auf der furcht des staates beruht, den mord an einem militanten kommunisten zu begehen, wobei er die bewußtwerdung und radikalisierung einer starken massenbewegung riskiert. diese situation beweist auch die richtigkeit der politischen linie und der praxis der zellen.

welches sind die konkreten veränderungen, die wir durch den hungerstreik und die politische agitation dazu erreicht haben?
- die herausgabe unserer radios
- die freigabe der korrespondenz (aber nicht deren schnelligkeit!) gewisse beschränkungen sind da noch immer auferlegt, manchmal grotesk: wir dürfen den justizminister nicht beleidigen, manchmal auch solche, die uns mehr stören: wir dürfen uns nicht mit anderen gefangenen schreiben (auch nicht mit gefangenen in der brd, leider!)
- garantien für besuche, wir müssen die anträge stellen.
- zugang zu öffentlichen büchereien unserer wahl.

eine wesentliche forderung wurde uns verweigert mit der begründung unseres status als untersuchungsgefangene, deren ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist: wir dürfen nicht untereinander kommunizieren. wir werden diese forderung erneut nach abschluß der ermittlungen stellen.

aber insgesamt können wir heute sagen, daß wir unser ziel erreicht haben: die politische isolation und die einkreisung zu durch brechen. wir wissen auch, daß dies nur ein erster sieg ist und daß mit der verbindung zwischen uns und 'draußen'

dies wahrhaft von den kräften für die Revolution erreicht werden wird.

nun, das wär's für diesen brief. abschließend möchten wir euch bitten, wenn ihr das wollt und wenn ihr die gelegenheit dazu habt, unseren brüderlichen und kommunistischen gruß den militanten revolutionären in den westdeutschen gefängnissen zu übermitteln. auch für euch sagen wir noch einmal unsere ganze rote brüderlichkeit.
guten kampf, gute arbeit und bis bald.

pierre carette, militanter der Kämpfenden Kommunistischen Zellen

PS falls es euch interessiert: ihr wißt vielleicht, daß die zellen sowohl 'solidarisch als auch kritisch' gegenüber gewissen ausrichtungen des kampfes der RAF sind. wir sind selbstverständlich bereit, eine politische diskussion über diese fragen zu eröffenen.

adresse: pierre c., 106 av. Ducpétiaux B-1060 Bruxelles

wir widmen diesen symbolischen angriff gegen das internationale finanzkapital - buttersäure und steine gegen sieben banken in Zürich - den militanten der Cellules Communiste Combattantes (CCC), die seit oktober 1985 im knast und seit dem 9. mai 1986 im kollektiven hungerstreik sind. die erkämpfung der forderungen -

- recht auf regelmässigen und kollektiven umschluss sowie freier korrespondenz untereinander
- freien zugang zu informationen einschliesslich radio, fernseh und publikationen ihrer wahl
- keine zensur und zurückhaltung der korrespondenz
- recht auf zwei besuche pro woche von nicht-verwandten
- recht auf zivilkleidung

sind absolute grundbedingung um die politische arbeit der gefangenen untereinander und nach aussen yu gewährleisten.

der kampf der politischen gefangenen ist ein teil innerhalb der entwicklung der revolutionären ansätze in den verschiedenen staaten und wir denken , es ist auch unser kampf.
wir widmen diesen symbolischen angriff auch deshalb den gefangenen aus der CCC, da diese organisation seit 1984 in Belgien revolutionäre, kommunistische theorie und praxis umsetzt.
und wir denken, dass es für alle genossInnen, die hier an einer revolutionären perspektive interessiert sind, eine notwendigkeit ist, als ein beispiel , sich mit der revolutionären theorie und praxis der CCC auseinanderyusetzen.
von einer strategischen vorstellung einer revolutionären entwicklung können und müssen wir lernen, was nicht bedeutet, konzepte einfach so zu übertragen.
für genauere auseinandersetzungen legen wir den ersten teil des l.mai-papiers von 1985 der CCC "zum bewaffneten kampf" bei, welches ihre vorstellungen zusammenfassend vermittelt.

das ziel des symbolischen angriffs, das internationale finanzkapital, beinhaltet zwei momente:

- der feind ist internation der gleiche
- einer der zentralen punkte der funktion der Schweiz im imperialsismus - der finanzplatz - kennzeichnet die spezifische situation hier.

finanzplatz bedeutet: fluchtgeld reinwaschen, gute infrastruktur als ausgangspunkt verschiedener multis, ein zentrum von börse und handel - gold, weizen, kaffee, öl und ein zentrum der hochtechnologie in europa.
der finanzplatz garantiert über den massenkonsum - wohlstandsgesellschaft und "sozialen frieden".

17. juni 1986

hoch die internationale solidarität!

kommunikee

DIE REVOLUTIONÄRE FRONT IN WESTEUROPA ORGANISIEREN!

DER IMPERIALISTISCHEN BOURGEOISIE KEINEN RAUM ZUR RESTRUKTURIERUNG IHRER HERRSCHAFT LASSEN!

IM ANGRIFF GEGEN DIE ZENTRALEN PROJEKTE UND STRUKTUREN DER MILITÄRISCH ÖKONOMISCH- POLITISCHEN FORMIERUNG WESTEUROPAS ZUM KRIEGSZENTRUM GEGEN DEN ANTAGONISMUS -
ENTWICKELT DIE ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT DIE STRATEGIE,
- DIE DIE POLITISCHE UND MATERIELLE BASIS DER IMPERIALISTISCHEN RESTRUKTURIERUNG ERSCHÜTTERT
-DIE DIE FRONT IN WESTEUROPA ZUM TATSÄCHLICHEN FAKTOR IN DER INTERNATIONALEN KLASSENKONFRONTATION VORANTREIBT
UND SO ORIENTIERUNG IST IM FIGHT UM LEBEN UND BEFREIUNG IN DER METROPOLE

wir haben heute den luft- und raumfahrtkonzern dornier angegriffen.
in der ausrichtung und konzentration der industrien auf den hochtechnologiebereich versucht die imperialistische klasse eine neue stufe der ausbeutung durchzusetzen, um sich die militärisch-ökonomisch-politische potenz in den metropolen zu schaffen, die den fall der profitrate und das wegbrechen ihres herrschaftsbereiches weltweit aufhalten soll.
dornier vollzieht als teil des militärisch-industriellen komplexes (mik die aktuelle bewegung des kapitals in der beteiligung an den zentralen projekten zur restrukturierung der imperialistischen bourgeoisie: sdi und eureka
mit ips (instrument pointing system) fertigt dornier die waffen-und ausrichtplattform, die der usa-imperialismus für die realisierung seine sdi-programms braucht.
für eureka entwickeln sie mehrere programme, unteranderem für industrieroboter und hochleistungslaser.
dornier -in der tradition faschistischer flugzeugbauer- ist neben mbb der vielfältigste und in allen bereichen der weltraumfahrt, rüstungsproduktion und hochtechnologie tätige rüstungskonzern.
er ist an allen projekten der internationalen kooperation im luft- und raumfahrtbereich beteiligt. ausgestattet mit der finanziellen potenz des umsatzstärksten industriekonzerns in der brd -daimler benz- können sie ihre position international in den bereichen forschung, kooperation, systemführerschaft ausbauen. gleichzeitig treiben sie den strategischen plan des mik: den aufbau westeuropas als kriegszentrum mit dem aufbau einer eigenständigen europäischen weltraummacht voran.
dornier ist die spitze der aufkäufe von daimler benz, der sich damit den sprung zum hochtechnologiekonzern und den zugang zu den "märkten der zukunft" sichert.
in der 3.welt hat dornier ein weitverzweigtes netz von kontakten und produktionsstätten aufgebaut, wie in argentinien, wo sie in zusammenarbeit mit der argentinischen luftwaffe ein mit modernster elektronik ausgestattetes "schulungsflugzeug" entwickelt, das ausgerüstet mit waffen als kampfflugzeug eingesetzt werden kann.
mit der indischen regierung haben sie die lizenzproduktion von "mehrzweck flugzeugen" do 228 vereinbart, die kohl bei seinem besuch in indien als die art von entwicklungshilfe begrüsste, die die brd-regierung verstärkt fördern will. in anderen ländern der 3.welt bauen sie im auftrag des bundesministeriums für wirtschaftliche zusammenarbeit klimaanlagen für die chefetagen der multis und führungseliten, sowie u-bahnen für die ausbeutergerechte infrastruktur.
ein weiteres marktsegment ist die entwicklung von sicherungssystemen, die bei militärischen anlagen und industriellen zentren installiert werden, bisher an 20 banken und konzernen. es ist ein unauffälliges radarsystem, das über hochfrequente sender und empfänger "das eindringen von personen in den radarkreis"-der variabel ist- auf einem monitor der werkschutzzentrale meldet.

wir zielen mit der aktion auf die militärisch-ökonomisch-politische macht -mik- ,die der motor ist für die aktuellen projekte ihrer restrukturierung und sich so an die spitze des klassenkriegs weltweit gestellt hat.

diese verschärfung des krieges ist die reaktion auf die entwicklung der klassenkämpfe:
die gleichzeitigkeit der revolutionären kämpfe an allen abschnitten, ihre tendenz zur vereinheitlichung und damit ihre wirkung auf das gesamte internationale kräfteverhältnis haben eine situation geschaffen die die zusammenballung imperialistischer macht aller metropolen für ihr herrschaftssystem existenziell notwendig macht.
alle ihre strategien, diese entwicklung der kämpfe zurückzudrängen, sind letztendlich gescheitert.
was sie mit air-land-battle und der stationierung durchsetzen wollten: den krieg gegen die warschauer vertrag staaten führen und gewinnen zu können und mit der rdf, ausgerüstet mit "intelligenten" waffen die befreiungsbewegungen niederzuschlagen, um so mit einem schlag ihre weltherrschaft durchzusetzen, haben sie nicht geschafft.
genausowenig ist es ihnen gelungen in den ländern der 3. welt langfrist stabile kapitalistische systeme zu installieren, die ein sicherer rohstofflieferant sind, stabile reproduktionsbedingungen garantieren und gleichzeitig die entwicklung der gesamten region nach den imperialistischen ausbeutungsinteressen kanalisieren.
grundsätzlich ist es so, daß durch das zurückdrängen des us-imperialism -der bisherigen dominanten imperialistischen macht- das gesamte imperialistische lager geschwächt wurde. gleichzeitig hat die ökonomische macht und politische einflußmöglichkeit der westeuropäischen kernstaaten zugenommen. die usa geben zwar immer noch geschwindigkeit und ausrichtung ihrer krisenkonzepte an -wie jetzt mit sdi- aber ausführbar sind sie nur mit der aktiven und starken beteiligung der westeuropäischen staaten, die darin vermehrt ihre eigenen spezifischen interessen durchsetzen.
die "möglichkeit", auf die die imperialistische bourgeoisie jetzt setzt, ist, daß die politik der eg-staaten noch nicht als die gleiche kriegs-ausbeutungs-politik identifiziert ist wie die des usa-imperialismus und sie sich sich so als "alternative" zur us-völkermordpolitik anbieten sie versuchen, über ihre ökonomische und politische macht als eg die länder lateinamerikas, im nahen osten,asien und afrikas zu "stabilisieren" und gleichzeitig gemeinsam mit den regierungen den kampf gegen die revolutionäre zu verstärken. sie setzen dabei auf gez ielte vernichtungsschläge, vorbereitet von den geheimdiensten und ausgeführt von eliteeinheiten wie sas und gsg 9, die auch die ausbildung der entsprechenden einheiten übernehmen, wie in ägypten, saudi-arabien.
was der inhalt dieser interventionen der eg bis zur si ist:krieg gegen den antagonismus,
wie jetzt das massaker an den gefangenen revolutionären in peru, die nicht kampflos die durchsetzung von "europäischen verhältnissen", isolationsfolter in den knästen, gegen die von ihnen erkämpften gemeinsamen strukturen hinnehmen. dieser schlag, abgesprochen mit brandt und wieschnewski und ausgeführt mit der politischen unterstützung der tagung der sozialistischen internationale ist das scheitern ihres "reformmodells": "demokratisierung" der unterdrückung.
wie eng diese "möglichkeiten" für die imperialistische klasse sind und wie die menschen merken, daß sie keine "alternative" zur us-politik darstellen, wird am"modell" deutlich, welchem dem phil ippinischen volk aufgezwungen wurde. der austausch von der us-marionette marcos durch die herrschaftseliten um den aquiho clan sollte die revolution verhindern und den widerstand institutionalisieren. durch diese "rechtsstaatliche" variante der ausbeutung läßt sich das volk aber nicht mehr befrieden, genausowenig wie sich die guerilla über das angebot der machtbeteiligung entwaffnen läßt. wie gefährlich das scheitern des imperialis tischen krisenmanagements ist, sagte genscher bei seinem besuch auf den philippinen, wo er aquino politische und wirtschaftliche unterstützung zusichert: "hier ist ein demokratiemodell für eine ganze region in gang gesetzt worden... und gnade uns gott wenn nichts daraus wird".
nicht allein die philippinische oligarchie, sondern das gesamte imperialistische system ist mit dem langandauernden befreiungskrieg konfrontiert. sie haben keine möglichkeit, diese auseinandersetzung für sich zu entscheiden. der klassenkampf hat ein niveau erreicht, wo

sie alle kraft und resourcen auf den kampf gegen den antagonismus konzentrieren. darum ist der kampf gegen den "internationalen terrorismus" zu ihrem hauptthema geworden. sie wollen durch den einsatz aller mittel die entwicklung festfrieren, die revolutionären kräfte/völker in einen langen verlustreichen grabenkrieg zwingen, in der hoffnung, sich in der zeit so zu festigen, daß sie mit einem schlag ihre weltherrschaft durchsetzen können..
praktisch heißt das die koordination und ausrichtung der militärischen geheimdienstlichen, ökonomischen und politischen maßnahmen auf dieses ziel und die beseitigung von allem, was ihrem vernichtungskrieg grenzen setzt.
auf politischer ebene erkennen sie das völkerrecht und die genferkonvention nicht mehr, in denen forderungen der befreiten länder enthalten sind. die usa erkennen das urteil des internationalen gerichtshofs gegen sie wegen der intervention in nicaragua nicht an.
an diese stelle wollen sie ihr imperialistisches weltrecht setzen, mit dem alle befreiungsbewegungen und antiimperialistischen länder für kriminell erklärt werden. das soll als "recht" und "gesetz" als handlungsrahmen für alle länder gelten und ihrem vernichtungskrieg den anschein von legitimation geben.
diesen krieg kann die usa, kann kein imperialistisches land allein führen die aufrichtung der imperialistischen bourgeoisie ist nur möglich, wenn die zusammenballung von ökonomischen potenzen, militärischer möglichkeiten und politischer vereinheitlichung läuft; was seinen stärkste ausdruck in der formierung westeuropas zum kriegszentrum findet, dabei werden die nationalen interessen der gemeinsamen existenzsicherung untergeordnet.
aktuelles projekt an dem die ökonomisch-politische formierung innerhalb ihrer militärstrategie jetzt läuft, ist sdi.
mit der konzentration und ausrichtung auf hochtechnologie wollen sie in einem neue militärische möglichkeiten schaffen, den fall der profitrate aufhalten und ihr technologiemonopol zur beherrschung des weltmarkts auf neuer stufe realisieren. damit wollen sie die abhängigkeit der industriealisierten 3. welt länder von ihrem know how wieder herstellen und ihre beteiligung am welthandel einschränken. die auswirkung davon: eine verstärkung von hunger und elend.
gleichzeitig wirkt sdi als anschub für den europäischen formierungsprozeß, der in der spezifisch europäischen variante von sdi eureka realisiert wird.
eureka ist ausdruck der aktuellen bewegung der militärisch-industrielle komplexe in westeuropa. es ist das bisher umfassendste programm der kooperation der konzerne und konzentration der forschungskapazitäten. es ist teil der neuorganisation der produktions-/reproduktionsbedingung mit der sich die reaktionärsten und bestimmenden teile der bourgeoisie die möglichkeit zur expansion sichern wollen.

- die erweiterung der bisherigen kooperation im rüstungsbereich - mit langfristig angelegten strukturen der zusammenarbeit zwischen multinationalen, ihren organisationen und den politischen und militärischen entscheidungsträgern
- die realisierung des europäischen binnenmarktes, der über gesicherte staatliche aufträge und subventionen, und den abbau von handelsbeschränkungen die ökonomische potenz für neue kapitalakkumulationsmöglichkeiten schafft.

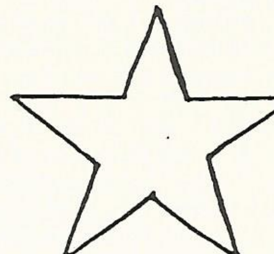
der staat, aus seinem eigenen kapitalistischen interesse-durch den besitz und die beteiligung an konzernen, und die personelle verflecht über die politiker, beamten und militärs- teil des mik schafft mit den instrumentarium seiner macht die bedingungen zur profitmaximierung. mit dieser verflechtung bestimmt der internationale mik das außen- und innenpolitische managment ihrer krise.
der staat realisiert -mit einer gesetzgebung, die jegliche einschränkung aufheben soll- neue voraussetzungen für die akkumulierung:
aufhebung des streikrechts, veränderung des betriebsverfassungsgesetz einschränkung der "mitbestimmung" und die gigantische soziale umverteilung, die den konzernen neue milliardenbeträge zuschanzt.
diese restrukturierungsmaßnahmen und die rahmenbedingungen dafür muß der staat auf allen ebenen gegen das wachsende bewußtsein der mensche über die zerstörung ihrer lebensbedingungen durchsetzen.
die grundlage für den imperialistischen plan: die aufsplitterung der gesellschaft und die verwertung der menschen nach den interessen des

kapitals. so die gut ausgebildeten wissenschaftler und techniker, die für den aufbau und betrieb der hochtechnologiekonzerne gebraucht und an der macht beteiligt werden und der große teil von denen, die irgen wie beschäftigt und befriedet unter dem druck ihrer macht dahindämmer sollen. wesentlich für das funktionieren dieses faschistischen plans der "informationsgesellschaft" ist die verhinderung jeder organisierung der menschen für ihre interessen, die sie durch die perfektionierung der isolation mit hilfe der technischen möglichkeiten erreichen wollen das soll die lebensrealität der menschen in westeuropa werden.
an jedem schritt von ihnen verschärfen sich die widersprüche zwischen gesellschaft und staat.
dem stellen sie die vereinheitlichung und den ausbau ihres repression apparates entgegen: zusammenarbeit von geheimdiensten, fahndungs- und killerkommandos, bullen in den westeuropäischen ländern.
auf juristischer ebene gleichen sie -um ein einheitliches vorgehen zu erreichen- die gesetzgebung an. in frankreich wollen sie die gleichen aufstandsbekämpfungsgesetze durchsetzen wie in der brd, wo sie mit der veränderung des grundgesetzes und der asylgesetze nachziehen.
der kampf hier greift einen zentralen abschnitt für ihre restrukturierung an und ist daher und aus der globalen entwicklung der kämpfe mit der militärischen macht ihres gesamtsystems konfrontiert.
das ist mit dem durchbruch zur revolutionären front im winter 84/85 klar und bestimmt das niveau, auf dem wir die konfrontation jetzt führen
in der organisierung der front ist die durchsetzung der zusammenlegung der gefangenen revolutionäre ein ziel. das ist ein zäher fight, was wir da durchkämpfen, ist ein durchbruch für den kampf hier und gegen das kalkül der schweine, die vernichtung der gefangenen revolutionäre in der isolation -was sie weltweit zur methode machen wollen- als hebel gegen den revolutionären prozeß einzusetzen.

es ist unsere sache, uns als militante in diesem krieg die strategie, orientierung zu erkämpfen, unsere schritte und ziele zu bestimmen, die das kräftverhältnis hier und damit für den widerstand weltweit zu verändern.

kämpfende einheit -
wir nennen uns nach der genossin,
die bei dem raketenangriff eines kommandos
der guerilla auf die tagung der sozialistischen
internationale in lima ums leben kam

25.7.86



Betr.: Hamburg, den 21.8.86

Pressemitteilung

Am 14.5.86 wurde Ingrid Jakobsmeier von Stammheim nach Bielefeld verlegt und Brigitte Mohnhaupt, auf dem Rückflug mit dem gleichen Hubschrauber, von dort nach Stammheim. Beiden wurde vor dem Einsteigen von zivilen LKA-Beamten eine Art Ansprache gehalten, was sie bei einem Fluchtversuch zu erwarten hätten. Das hat es bis jetzt noch nie gegeben, auf keinem Transport, bei keinem Gefangenen. Außerdem wurde auf dem Hin- und Rückflug jeweils eine Zwischenlandung gemacht. Beide Gefangenen konnten sich diese Zwischenlandung nur in Zusammenhang mit der Ankündigung davor über 'Fluchtversuch' erklären - etwa als Test, weil beide die Strecke schon vorher geflogen waren (insgesamt viermal), mit einem gleichgroßen Hubschrauber, ohne daß auf diesen Flügen einmal aufgetankt worden wäre.

Eine Woche später erklärte die Leiterin der Frauenabteilung in Köln-Ossendorf Heidi Schulz in einem Gespräch über ihre Haftbedingungen, der Anstaltsleiterin sei von 'übergeordneter Stelle' gesagt worden, es müsse von 'Hinweisen auf eine Befreiungsaktion' ausgegangen werden. Das würde nicht nur sie betreffen; aber die Anstalt hätte deswegen ihren Hofgang neu geregelt, so daß die drei Stunden Einzelhof (die sie wöchentlich machen kann) jetzt immer zu unregelmäßigen Zeiten und Tagen laufen müßten.

Am 10.6. wurde Christa Eckes, als sie im Wagen zum Augenarzt außerhalb des Gefängnisses gebracht werden sollte, zu Beginn der Fahrt förmlich erklärt, was im Fall eines Fluchtversuches geschehen würde.

Den Zusammenhang dieser Vorfälle sehen wir in einem Artikel von Werner Kahl (seine Kontakte zu BKA und Geheimdiensten sind bekannt) in der Welt vom 8.4. über eine 'alarmierende Analyse im Justizministerium' und die 'akute Gefahr' von Befreiungsaktionen. Die sogenannte Analyse stammt vom Verfassungsschutz und schlägt einen Bogen von der Entführung der TWA-Maschine im Sommer 85, der Entführung von Ines Duarte in El Salvador bis zu den Gefangenen aus der RAF, die 'von den im Untergrund operierenden Komplizen eine Befreiungsaktion erwarten'.

Der Kahl-Artikel fällt offensichtlich mit dem Zeitpunkt zusammen, wo der Staatsschutz diese Kolportage als Auftakt und Richtung für neue Vorstöße gegen die Gefangenen nach unten eingefüttert hat. Danach tauchen dann prompt die 'Fluchtversuche' etc. bei den Gefangenen auf.

Rechtsanwältin Anke Brenneke-Eggers, Hamburg
Rechtsanwältin Dorothee Frings, Düsseldorf
Rechtsanwalt Jens Janssen, Freiburg
Rechtsanwältin Renate Trobitzsch, Hannover

Verteidiger und Verteidigerinnen von Brigitte Mohnhaupt, Christa Eckes, Ingrid Jakobsmeier und Heidi Schulz

Brenneke-Eggers

(Brenneke-Eggers)
- auch im Auftrag der Kollegen -

Rebmann ermittelt jetzt gegen militante Kernkraft-Gegner

Hamburger Verfassungsschutz: Von Linksextremisten „unterfüttert"

Welt 29.8 DIETHART GOOS, Bonn

Militante Kernkraftgegner werden immer gefährlicher. Das wird nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden durch die zunehmende Zahl von Anschlägen auf Hochspannungsmasten deutlich. Generalbundesanwalt Rebmann hat die Ermittlungen gegen die bisher unbekannten Täter übernommen, die nahe des Kernkraftwerks Krümmel östlich von Hamburg einen Hochspannungsmast beschädigten.

In einem WELT-Gespräch sagte der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, gestern: „Das ist eine gefährliche Entwicklung, die nicht hingenommen werden kann." Lochte kündigte an, der Verfassungsschutz werde als Antwort auf diese Anschläge mit seiner Beobachtung „in die Gruppen der militanten Kernkraftgegner hineingehen". Sie seien offenbar von linksextremen Kräften „unterfüttert" worden.

Wie Lochte der WELT sagte, gehören die militanten Kernkraftgegner nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes im Gegensatz zu den autonomen Gruppen noch nicht zum terroristischen Umfeld. Die in diesen Bereich einzuordnenden Kräfte bekämpften generell den Staat, für sie sei der Widerstand gegen die Kernenergie nur ein Vehikel zur Erreichung ihrer Ziele. „Die Terroristen verfolgen mit ihren Aktionen eine langfristige Strategie des – wie sie sich ausdrücken – militärischen Kampfes gegen den Staat schlechthin. Für mich gibt es trotz gegenteiliger Behauptungen keinen Ökoterrorismus."

Mit Terrorismus sind die Anschläge der militanten Kernkraftgegner nach Lochtes Einschätzung nicht gleichzusetzen. „Es ist eine richtige Modewelle von solchen Anschlägen auf Elektrizitätsanlagen zu verzeichnen, die von örtlichen kleinen Gruppen militanter Kernkraftgegner ausgeführt werden. Es ist eine Erscheinung, die man nicht auf die leichte Schulter nehmen darf." Der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes erinnerte an den folgenschweren Anschlag vom Januar 1985, als ebenfalls in der Nähe des Kernkraftwerks Krümmel zwei Hochspannungsmasten zerstört wurden und ein Schaden von mehr als zehn Millionen Mark entstand. Lochte sagte: „Damals bekannte sich eine Gruppe mit der Bezeichnung ‚Hau weg den Scheiß' zu dem Anschlag." Später habe diese Gruppe bei einem mißlungenen Brandanschlag auf ein Kundenzentrum der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) im Stadtteil Eimsbüttel in ihrem Schreiben versucht, die Tat mit einer vordergründigen Ideologie linksradikalen Charakters zu untermauern.

Der Verfassungsschutz hat noch keine Erkenntnisse, ob der Anschlag von Krümmel mit dem Gewaltakt in Offenthal südlich von Frankfurt im Zusammenhang steht. Dort war der Stahlmast einer 220 000 Volt-Leitung umgesägt worden.

Generalbundesanwalt ermittelt nach Anschlag auf Strommast

SDZ 29.8.86 Hamburg (dpa)

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat die Ermittlungen über einen Sprengstoffanschlag auf einen Hochspannungsmast im Sachsenwald bei Hamburg übernommen. Wie im größten Teil der SZ vom Donnerstag gemeldet, waren am Mittwochnachmittag einzelne Streben des Mastes herausgesprengt worden. Daraufhin mußte die Stromleitung, die über den Mast läuft, abgeschaltet werden und danach auch das Kernkraftwerk Krümmel. Am Donnerstagmorgen wurde das Atomkraftwerk wieder auf volle Leistung gebracht, berichtete ein Sprecher der Hamburgischen Electricitätswerke.

An einem Anschlag auf eine 220 000-Volt-Leitung in Offenthal südlich von Frankfurt war vermutlich eine Frau beteiligt, die am Mittwoch zehn Kilometer vom Tatort entfernt mit schweren Brandverletzungen gefunden wurde. Die Täter hatten am Dienstag einen Strommast der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke umgesägt. Wie die Staatsanwaltschaft ermittelte, gab es beim Umstürzen des Mastes einen Kurzschluß und einen großen Lichtbogen. Dabei muß sich die Frau ihre schweren Verletzungen zugezogen haben.

Bundesanwaltschaft erklärt: SDZ 26.8

Keine Hinweise auf Anschlag in Bonn

Wegweiser zur US-Botschaft diente möglicherweise für Demonstration

ker. Karlsruhe (Eigener Bericht)

Bei zwei als mutmaßliche Attentäter auf Einrichtungen des Bundesgrenzschutzes in Swisttal-Heimerzheim verhafteten Männern sind Stadtpläne gefunden worden, in denen die US-Botschaft in Bonn-Bad Godesberg markiert war. Das bestätigte am Montag in Karlsruhe auf Anfrage Staatsanwalt Hans-Jürgen Förster von der Bundesanwaltschaft. Der Sprecher reagierte damit auf einen vorweg bekanntgewordenen Artikel des Magazins *Stern*, in dem die US-Botschaft als nächstes Ziel deutscher Terroristen bezeichnet wird. „Das kann man so konkret nicht sagen", erklärte Förster dazu. Die beiden Beschuldigten, der 39jährige Maschinenschlosser Norbert Hofmeier und der 21jährige Zivildienstleistende Thomas Thoene, die ansonsten zur Sache nicht aussagten, hätten dazu eine Erklärung abgegeben, die „nicht von sich aus unglaubwürdig" sei, erläuterte Förster.

Nach ihren Angaben seien die Markierungen in den Stadtplänen von Bonn-Bad Godesberg Teil einer Wegbeschreibung für eine Demonstra-

tion gegen die Libyen-Politik der USA. Eine solche Demonstration hat tatsächlich stattgefunden. Die Stadtpläne seien bei Durchsuchungen des Autos von Hofmeier und der Wohnung von Thoene entdeckt worden. Außer den beiden Männern war Mitte August die 28jährige Barbara Perschau in Duisburg festgenommen worden. Gegen alle drei ist Haftbefehl ergangen. Generalbundesanwalt Rebmann rechnet sie zu den „illegalen Militanten" der Roten Armee Fraktion (RAF), also zu RAF-Mitgliedern unterhalb der sogenannten Kommandoebene, die überwiegend in der Legalität leben. Aufgabe dieser Ebene sei es, strategische Abstimmungen mit dem Kommandobereich vorzunehmen, besonders auf Sachbeschädigung gerichtete Sprengstoffanschläge zu verüben und wichtige Funktionen im Bereich der Logistik auszufüllen, sagte Förster.

Zugleich dementierte er eine ebenfalls im *Stern* geplante Veröffentlichung, die Duisburger Festnahmen stünden in einem Zusammenhang mit der Verhaftung der mutmaßlichen Terroristin Eva Sibylle Haule-Frimpong in Rüsselsheim. Hinweise auf die drei „illegalen Militanten" hätten sich im Rahmen eines bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Duisburg bereits anhängigen Ermittlungsverfahrens ergeben. Der Generalbundesanwalt ermittelt in der Zwischenzeit gegen die drei Festgenommenen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Eva Haule
JVA Ossendorf
Rochusstr. 350, 5 Köln

Hallo,

Ich will die TAZ abonnieren.
Hab gehört, daß es für Gefangene frei-Abos gibt.
Ich bin in der JVA Köln-Ossendorf
laßt mich wissen, ob das klappt.
Gruss
Eva

Der Ermittlungsrichter
des Bundesgerichtshofes

1 BJs 126/86

7500 Karlsruhe 1 den 21. August 1986
Herrenstraße 45 a
Postfach 1661
Fernsprecher (0721) 159-
Durchwahl 159-

An die
TAZ
Berlin-Wedding

Betr: Ermittlungsverfahren gegen Eva Haule-Frimpong
Anl: 1

Als Anlage übersende ich Ablichtung eines an Sie gerichteten Schreibens der Beschuldigten. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat beantragt, das Original des Schreibens zu beschlagnahmen.

(Dr. Rinne)
Richter am Bundesgerichtshof

Das gefährliche Schreiben der seit Anfang des Monats wegen des Verdachts der RAF-Mitgliedschaft in Haft sitzenden Eva Haule-Frimpong an die taz und die daraufhin prompt eingeleitete Ermittlung des Generalbundesanwalts gegen sie. Und damit bald ein Original der taz beschlagnahmt werden kann, hier die Kontonummer der Freiabos für Gefangene: Berliner Volksbank 26011604.

Veränderungen der Rechtsordnung – eine Chronologie

20. Dezember 1974: Erste Regelung des Verteidigerausschlusses; Begrenzung der Höchstzahl von Wahlverteidigern auf drei; Verbot der Mehrfachverteidigung; Hauptverhandlung ohne Angeklagten bei selbstverschuldeter Verhandlungsunfähigkeit; Verschärfung der Ordnungsstrafgewalt des Gerichts.

22. April 1976: Strafbarkeit der Befürwortung, Androhung, Belohnung und Billigung von Straftaten sowie der schriftlichen Anleitung zu bestimmten Straftaten.

18. August 1976 (eigentliches „Anti-Terrorismus-Gesetz"): Straftatbestand der Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129 a – vgl. Wortlaut); Erweiterung der Strafbarkeit der Nichtanzeige geplanter Straftaten.
Zweite Regelung des Verteidigerausschlusses mit weiterreichenden Wirkungen; Kontrolle des schriftlichen Verteidigerverkehrs bei Verfahren nach § 129 a StGB; Untersuchungshaft bei Verdacht nach § 129 a StGB auch ohne Haftgrund möglich.

30. September 1977 (Kontaktsperregesetz): Möglichkeit des zeitweiligen Verbots jeglichen Kontakts mit der Außenwelt (einschließlich der Verteidiger) und mit anderen Gefangenen bei Verurteilung oder Verdacht nach § 129 a.

14. April 1978 („Razziengesetz"): Durchsuchung aller Wohnungen in einem Gebäude aufgrund einheitlicher Anordnung möglich; Ermächtigung zur Einrichtung öffentlicher Kontrollstellen; Identitätsfeststellung auch bei Unverdächtigen; Einführung von Trennscheiben für Gespräche zwischen Gefangenen und Verteidigern; dritte Regelung des Verteidigerausschlusses mit Wegfall des Erfordernisses eines „dringenden Tatverdachts". Alle neuen Eingriffsmöglichkeiten sind ganz oder fast ausschließlich an § 129 a StGB gekoppelt.

31. Mai 1978: Verschärfung des Waffenrechts.

25. September 1978: Verschärfung des Versammlungsrechts.

3. August 1978: Ermächtigung zur Einführung fälschungssicherer Kraftfahrzeugkennzeichen.

5. Oktober 1978: Erschwerung der Richterablehnung; Einschränkung der Pflicht zur Vernehmung unmittelbar von der Verteidigung geladener Zeugen und Sachverständigen; Einschränkung der Beschwerde gegen Entscheidungen des Ermittlungsrichters.

* * *

7. August 1981: Wiederabschaffung von Verboten der Befürwortung von Gewalt und der schriftlichen Anleitung zu Straftaten.

4. Dezember 1985: Möglichkeit der Bestellung einer Kontaktperson durch das Gericht während einer Kontaktsperre.

bundesweit radikal beschlagnahmt

Jetzt haben sie endlich auch gegen uns die Sau rausgelassen: Rebmann und BKA geben vor, was ein Bundesrichter zum Beschluß verpackt, sowie jede Schweinerei mit den Gesetzen dieses Staates legitimiert wird.

Um den 20.7.86 wurden mehrere hundert Zeitungen der 'radikal' auf dem Postweg abgefangen, und anschließend die örtlichen Staatsschutzköter losgepfiffen, um landauf landab alle auffindbaren Exemplare auszuschnüffeln und mitgehen zu lassen. Die Aktion dauert jetzt noch an, wobei sie nicht nur den öffentlichen Verkauf in Läden verhindern wollen, sondern auch in Privatwohnungen nach Spuren des Handverkaufs geifern.

Formal geht es um das übliche:

Rebmann ermittelt wegen § 129a ("Unterstützung der terroristischen Vereinigung RAF, Werbung für die terroristische Vereinigung RZ" u.a.), § 111 ("Aufruf zu Gewalttaten") und § 90a (Verunglimpfung des Staates"). Bereits 1984 wurde zwei angeblichen Verfassern und Herausgebern der 'radikal' mit ähnlichen Formalitäten ein Strick gedreht und je 30 Monate Knast beschlossen. Während die seinerzeit empörte Öffentlichkeit nach Pressefreiheit brüllte (und dann wieder verstummte), entschlossen wir uns, die Ebene der permanenten Kompromiße und der Heuchelei zu verlassen und den Zugriff der Bullen auf Personen und die Zeitung selbst soweit wie mölich zu erschweren: Kontaktadresse im Ausland, keine öffentlichen Redaktionssitzungen, verdeckter Vertrieb, kein Konto, etc. Als Zeitungs-Kollektiv mit konspirativer Struktur wandeln wir seitdem zwischen Illegalität und öffentlichen Strukturen und sind besonders, wo es um die breite Verteilung der Zeitung geht angreifbar, wie gerade geschehen. Schon bei unserer Entscheidung, eine linksradikale Zeitung in der BRD nur verdeckt machen zu können, gingen wir von der grundsätzlichen Kriminalisierung autonomer Inhalte aus, wie sie sich immer wieder bestätigt. Die regelmäßige Beschlagnahme des Münchner 'Freiraum' (anhand der Juli-Nr. versuchen sie die Zeitung endgültig zu vernichten), Verfahren gegen das Stuttgarter 's'blättle', die Beschlagnahme der 'radiaktiv" zu AKW-Bewegung und Widerstand nach Tschernobyl. Allein die Auseinandersetzung mit Militanz und Widerstand zwingt die Repression zum Eingreifen, wenn sich was daraus entwickelt. In dieser Logik ist das bloße Erwähnen der Guerilla ohne gleichzeitige Distanzierung <u>politisch</u> verboten. Mit dem extra hierfür geschaffenen Paragraphen 129a wird schon das Bewußtsein kriminalisiert, wo menschenfeindliche und gewinnsüchtige Gewalt tagtäglich von den Herrschenden ausgeübt, vertuscht oder offen gedeckt wird.

Sie strampeln mit Händen und Füßen, weil sie nicht damit fertig werden, daß ihnen immer mehr Menschen den offenen Krieg erklären und glauben, sie könnten mit solchen Aktionen die weitere Entwicklung verhindern.

Wir wissen einiges über das einheitliche Interesse des Apparates, aber auch, daß seine einzelnen Rädchen nicht immer dasselbe wollen. Da wäre das plumpe "Strafverfolgungsinteresse" auf der einen Seite, das schlicht verbieten, vernichten und aus dem Verkehr ziehen will, was diesem Staat gefährlich sein soll. Auf der anderen Seite die subtile Verfolgung der Schnüffelorgane wie Verfassungsschutz und Expertenabteilungen des BKA, die sich in unsere Köpfe hineinzudenken versuchen, und an langfristiger Aufstandbekämpfung bzw. vorbeugenden Techniken experimentieren. Sie brauchen Informationen, die sie z.B. aus linksradikalen Zeitungen erhalten. Das heißt ihr Interesse an schneller Vernichtung ist im Einzelfall untergeordnet oder taktisch bestimmt:
Schlag ins Wasser und beobachten was sich bewegt.

Unterschiedliche Prioritäten verzahnen sich natürlich schon heute, aber um jeden Schlag noch besser landen zu können und um Zuständigkeiten noch genauer festzulegen, sollen die neuen Sicherheitsgesetze her. In unserem Fall werden wir deren Auswirkungen u.a. dann spüren, wenn sie für eine großangelegte Beschlagnahmeaktion nicht mehrere Wochen, sondern ein paar Tage brauchen.

Warum werden nach Jahren der relativen Ruhe plötzlich die Hunde losgelassen?

Es wird wohl nicht der kalkuliert überlegte Schlag gewesen sein, aber auch kein reiner Zufall, wenn sie ihre Maschine gerade jetzt und gerade gegen diese Nr. der Zeitung ankurbeln. Zum Teil hängt das von der konkreten Schwachstelle ab, die ihnen jetzt ein Erfolgserlebnis schon vor der Verteilung bescherte, und sie den Rest der Auflage über die bundesweite Beschlagnahme kriegen wollten. Zum anderen sind ihnen Thema, Inhalt und Kontinuität der Zeitung gefährlich, wenn sie sich zu einem solchen Aufwand entschließen.

Wenn wir uns den konfusen Brei unserer ersten Nr. 128 anschauen, hat sich in der Zwischenzeit vieles entwickelt. Wir haben gelernt und lernen weiter, worum es weltweit und speziell in dieser Gesellschaft geht, und wir können immer genauer bestimmen, wogegen sich revolutionärer Kampf richten muß und welche Ansichten und Verhaltensweisen wir bei uns selber verändern müssen. Wir lernen unsere Verantwortung auch für diese Zeitung begreifen, weil sie von vielen als Instrument genutzt wird, um breite Diskussionen zu führen, Infos auszutauschen, und um aus der Vielzahl der verschiedenen Ansätze und militanten Widerstandsformen gemeinsame Inhalte zu erkennen und zu vermitteln. Damit wir nicht vereinzelt und gespalten, sondern zusammen immer sicherer, mehr und stärker werden, indem wir kritisieren und voneinander lernen.

Nicht nur im Freundeskreis oder der Szene, sondern mit allen, die aus ihrer Identität heraus das herrschende System auch noch im Knast ablehnen, und es mit ihren Möglichkeiten bekämpfen. Wo es

keine Versöhnung mit der Macht gibt, müssen wir uns umso fester zusammenschließen!

Mit Ansprüchen an die Zeitung, für radikale Bewegung und Aktion, für autonomes Selbstverständnis und revolutionäre Ziele, sind wir stückweise vorangekommen. Wir spüren an Reaktionen und inhaltlicher Beteiligung, daß immer mehr Genoss/inn/en die Zeitung als das begreifen, was sie sein kann und soll, daß Auseinandersetzungen in vielen Regionen in die richtige Richtung laufen, weil sie genauer und selbstkritischer werden und sich an dem orientieren, was hier abläuft und Realität ist.

Die Entwicklung der Zeitung läuft parallel zu der Entwicklung militanten Widerstandes in der Bundesrepublik überhaupt in der letzten Zeit. Weil es einen Schub gegeben hat, neue Kräfte sich mobilisiert haben, das Treiben im Schwebezustand 82-84 aufgebrochen ist in den Kämpfen zum HS, Günter Sare, Libyen und schließlich Wackersdorf, Brokdorf, und immer mehr Leute ihren Widerstand an einzelnen Punkten in einem Gesamtzusammenhang begreifen.

Genau diesen Prozess wollten wir mit der 132 vorantreiben, weil unsere Struktur die Möglichkeit bietet, nicht nur den Kern des Widerstandes zu erreichen, sondern auch andere Menschen.

Eine Struktur, wie sie die 'radikal' darstellt, ist dann gefährlich, wenn die Möglichkeit illegale Nachrichten zu transportieren in eine Aufbruchstimmung reinfällt, sie also mobilisieren kann. Nicht aus sich selbst heraus, sondern aus dem, was im Widerstand abläuft, wir also den Spiegel der Kraft bilden, die der Widerstand hat. Dadurch entwickelt sich das Bewußtsein über die Gleichzeitigkeit und Vielzahl der Angriffe auf das System, das neue Energien freisetzen kann. Wir schlagen die Bücken zwischen Guerilla, militantem Widerstand und Menschen, die am Anfang der Widerspruchsketten stehen. Indem wir jeden Angriff, der aus der politischen Identität der einzelnen Leute heraus entstanden ist gleichwichtig finden, und uns mit den verschiedenen Kämpfen solidarisieren, bzw. sie in einen Zusammenhang stellen.

Deshab fanden wir es auch wichtig die Erklärung der RAF zur Liquidierung von Beckurts über die Zeitung zu verbreiten, und uns mit solidarischen Grüßen dazu zu verhalten. Denn wenn die Schweine nach Straßlach sagen, die RAF wolle sich durch die Erwähnung der WAA an den breiten Widerstand anbiedern, heißt das nur:
Sie haben einen totalen Schiß vor der Entwicklung, daß immer mehr Menschen solche Angriffe aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus verstehen - Spaltungsversuche nicht mehr greifen !

Wenn sie jetzt die 132 beschlagnahmen, mit dieser Intensität, bundesweitem Ausmaß und unter BAW-Federführung, hat das aus unserem Verständnis zwei Gründe:

— Die Entwicklung im Widerstand, die sich in der zugespitzten, verschärften Auseinandersetung mit dem Staat ausdrückt.
— Die Brücke zwischen Guerilla und Widerstand, die die neue 'radi durch' ihren Inhalt schlägt.

Wo Kontinuität vorhanden ist, die relativ breit entwickelt und getragen wird, müssen Staat und Bullen zwangsläufig zuschlagen, wenn sich das "Problem" nicht von allein löst. Auch gegen die 'radikal' haben sie erstmal abgewartet, ob unsere Gruppe niht zerfällt, ob sie besonders in der jetzigen Situation etwas bewirkt, und sie wägen mit der möglichen Solidarisierung gegen die Verfolgung ab, also der Wichtigkeit, die sie der 'radikal' dadurch geben, die sie so noch gar nicht erreicht haben muß.

Es ist wie mit jedem Widerstand der weitergeht und an der Repression zerbricht oder neue Formen sich zu organisieren findet. Insofern ist die Beschlagname der Nr. 132 die konkrete Verfolgung, die [redacted] sich von Nummer zu Nummer verschärfen wird, in dem Maße, wie sie an ihren Methoden arbeiten werden, uns zu kriegen, bzw. die Verbreitung der Zeitung zu verhindern.

Aber der augenblickliche Erfolg der Bullen muß kein langfristiger sein, weil wir trotz erklärter und beschlossener Illegalität nicht in der Ecke schmoren, wo sie uns hinhaben wollen. Wir schätzen, daß sie nur etwa die Hälfte der Auflage aufgespürt haben, und nachdem neu entsteht, was entwendet wurde, gerät ihre Anstrengung vielleicht zur Selbstverarschung.

Aber nur vielleicht, denn auf ihre Aktion zu antworten, ist nicht nur unsere Sache. Sie greifen eine Struktur an, die sich nach langer Zeit um die 'radikal' entwickelt und gefestigt hat. Auf einen Teil dieser Struktur haben sie keinen Eingriff, und deshalb werden sie niemals alle Zeitungen beschlagnahmen können. Es geht um die öffentliche Basis der Zeitung, ein paar hundert Handverkäufer/innen und Buchläden, wo sie offen ausliegt und für jedermensch zu bekommen ist; wo Auseinandersetzungen also nicht auf einen kleinen Kreis begrenzt bleiben, weil sie viele erreichen.

Für uns ist diese Struktur eine wesentliche Stärke und genau hier setzen die Bullen an. Auch in Zukunft werden sie mit ihren Schnüffeleien fortfahren, um immer weiter herauszufinden, wo sie nach Erscheinen die 'radikal' suchen müssen.

Darauf müssen wir uns bei der Verteilung einstellen. Die Öffentlichkeit bietet nur einen sehr geringen Schutz, auf den sich kein Laden und kein/e Handverkäufer/in verlassen kann, wenn die individuelle Kriminalisierung einsetzt, und es auf persönliches Verhalten ankommt. Deshalb muß die Verteilung, ihr Schutz und Neuauflage besser organisiert werden:

Die Beschlagnahme in Buchläden soll einschüchtern und so im wesentlichen erreichen, daß die Zeitung auf eine politische Clique oder Szene zurückgeworfen wird. Ein großer Teil unserer objektiven Möglichkeiten wäre dahin. Politische Buchläden haben sich zum Teil mit ihrer Funktion beschäftigt und kriminalisierte Schriften werden grundsätzlich gebunkert, bis auf ein Exemplar, das of-

Neue Durchsuchungen wegen „radikal"

Berlin (taz) — Die Durchsuchungen von Buchläden und Wohnungen wegen der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift gingen in den letzten Tagen weiter. In Oldenburg wurden am Freitag zwei Buchläden durchsucht, in Karlsruhe eine Wohnung. In beiden Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, in Karlsruhe wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Werbung für RAF und RZ, Verunglimpfung des Staats und Aufruf zu Straftaten".

fen zum Verkauf ausliegt. In anderen Läden wird begehrtes vorgefunden und alles eingesackt, weil sich die Leute gar nicht, oder nur oberflächlich damit auseinandersetzen, was sie da eigentlich verscherbeln. Mit der 'radikal' ist kein Kommerz zu machen, weil der Verkauf die Verantwortung beinhaltet, Inhalte zu verbreiten und eine Struktur mitzutragen. Die Zeitung erfüllt letztendlich ihren Zweck erst dann, wenn sie die Läden wieder verlassen hat.

Einen anderen Teil der Struktur stellt der Handverkauf dar, zu dem wir sehr oft aufgerufen haben. Gemeint war nicht das Herumrennen und persönliches Anbieten der Zeitungen, sondern das Checken von Läden und Kneipen in allen Regionen, wo sie dann regelmäßig ausliegen. Es ging uns um Leute, die sowas selbständig organisieren und sich ihrer Gefährdung bewußt sind, wenn sie eine dezentrale Verteilung aufbauen.

Wir stellen die Zeitungen zwar zusammen, aber auf den Weg bis ihr sie in den Händen haltet, haben wir nur begrenzten Einfluß. Das heißt, es hängt von jeder und jedem Einzelnen ab, inwiefern die Bullen bei dieser und folgenden Aktionen Erfolg haben. Die Verantwortung hierüber können und wollen wir nicht alleine tragen.

Also überlegt euch, wie ihr euch selbst schützen könnt, die Zeitungen nicht zu eurer persönlichen Adresse bestellt, keine größeren Mengen oder Begleitschreiben von uns in euren Schreibtischen aufbewahrt. Und stellt euch darauf ein, was ihr macht, wenn die Pigs auftauchen und z.B. wissen wollen, ob ihr den Inhalt der Zeitungen kennt, ob ihr sie verkauft und wenn, warum. Das Lesen (zu Informationszwecken) scheint noch gestattet, die Verteilung kann in jedem Fall § 129a bedeuten.

Macht es öffentlich, wenn ihr heimgesucht werdet, weil viele auf den Eintritt der Bullen nicht vorbereitet sind, der ihnen bevorsteht. Kopiert die Zeitung und verteilt sie neu, wenn sie in eurer Region besclagnahmt wird. Gerade das Kopieren überall ist unsere beste Antwort auf solche Aktionen, weil so der kurzfristige Erfolg der Bullen zu unserer langfristigen Stärke wird.

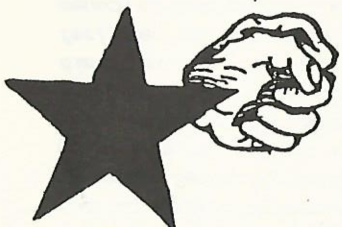
In diesem Sinne wollen wir unsere Stellungnahme beenden, mit einigen Gedanken zur grundsätzlichen Bedeutung linksradikaler Medien hier und überall im Imperialismus. Wir führen auch einen Kampf für selbstbestimmte Kommunikationsstrukturen , wir wollen unsere Inhalte verbreiten und Diskussionen führen, die ab einer gewissen Entwicklung verboten sind und kriminalisiert werden.

Viele Zeitungen der Linken geben dem Druck der Repression nach und ersetzen ihre Funktion durch die eigene Schere im Kopf. Andere widerstehen und werden immer weiter in die Illegalität abgedrängt, bis sie sich mit dogmatischen Positionen auf eine kleine Szene beziehen. Aus der Illegalität trotzdem breit zu wirken, setzt voraus, daß Zeitungen nicht konsumiert oder nur genutzt, sondern mitbestimmt werden. Ebenso wie es alltäglich und selbstverständlich sein muß, daß wer ein Flugi in den Händen hält, es weiterverteilt und kopiert. Manchmal handelt es sich dabei um ein paar Minuten oder Pfennigbeträge, die in keinem Verhältnis zum Ziel und der Wirkung solchen Verhaltens stehen.

Die isolierte Entwicklung linker Zeitungen hat ihre Geschichte und ihre Eigendynamik. Sie ist oft darauf zurückzuführen, daß sich die Repression auch heute an einzelnen Redaktionsgruppen austobt, während viele für deren Zusammenkommen die Zeitungen bestimmt sind, ihre Bedeutung gar nicht begreifen. Und so auch nicht den Angriff gegen sich selbst sehen.......

!! KOPIEREN UND WEITERGEBEN !!

Noch was: Es wurden Zeitungen nachgedruckt und neu verteilt. Nachdem wir schon zigmal Pleite gemacht haben, sind wir nach der Beschlagnahme natürlich besonders geplättet. Ihr könnt euch vielleicht vorstellen was es bedeutet, für ein paar tausend Zeitungen keine Knete mehr zu bekommen, die wir für die Produktion einer neuen brauchen. Schickt massig Scheine an:



<u>Erster Umschlag:</u>
A.L.
Odeongasse 1
A - 1020 Wien

<u>Zweiter Umschlag mit für uns bestimmte Post, der in den Ersten wandert:</u>
Z.K.

Verteilt die Zeitung im Handverkauf!!

Bundesanwaltschaft auf 'radikal' Hatz

Nach Buchläden jetzt auch Privatwohnungen nach 'radikal'-Exemplaren durchsucht / Bundesanwaltschaft bestätigt Ermittlungsverfahren gegen 'radikal' / Besitz der Zeitung bleibt aber immerhin straffrei

Berlin (taz) — Es war morgens früh und alles ging sehr schnell: Stuttgarter Polizeibeamte machten Jagd auf Leute, die verdächtigt werden, im Besitz der Zeitung 'radikal' zu sein.

Durchsucht wurde am Donnerstagmorgen aber nicht wie in den letzten Tagen schon mehrfach ein Buchladen — es ging einer Privatperson an den Kragen: „Wir haben Informationen, daß sie ein Päckchen mit 'Radikal'- Exemplaren von der Post abgeholt haben."

Nachdem sie die Wohnung auf den Kopf gestellt und keine „radikal" gefunden hatten, wurde die Frau zur Vernehmung mitgenommen: Verdacht auf Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Derlei unliebsamer Besuch hat auch einen Hanauer heimgesucht. Mehrere Kriminalbeamte forschten in seiner Wohnung nach Lieferscheinen, Rechnungen und einem Begleitschreiben des 'radikal'-Verlages. Laut Durchsuchungsbefehl soll er 25 Exemplare der inkriminierten Zeitschrift erhalten und verteilt haben.

l'internationale

26. märz 1986

genosse,
seit den briefen von dezember und januar habe ich keine inhaltliche beiträge mehr geschrieben und du hast mir bis jetzt auch nicht antworten können. ausgehend von meiner eigenen erfahrung kann ich dir dafür auch nicht böse sein. ich hoffe nur, dass dir die briefe für den kampf behilflich sein können. das ist das wesentliche. um das problem mit der zeit doch zu lösen, schlage ich vor, dass wir nicht versuchen komplizierte, schwierige analysen zu entwickeln, sondern dass wir uns kurz mitteilen was uns wichtig für die disskusion erscheint an infos, analysen oder vorschlägen. es geht darum die notwendigkeit des kampfes besser zu analysieren und präzieser zu bestimmen.

wenn etwas mehr zeit zur bearbeitung braucht, dann müssen wir uns diese wohl erkämpfen. für mich wird das im moment mal das lesen und disskutieren mit dir der broschüre sein von der du im brief sprichst.( )
ich kann aber noch nichts dazu sagen, da ich sie noch nicht gelesen habe.
zum punkt einer stellungsnahme von mir wegen der bemerkung 'italienisten'
ich habe seit langem entschieden mich immer positiv zu definieren, innerhalb der projekte, durch analysen,infoarbeit und vorschlägen und nie gegen andere flügel der revolutionären bewegung. desshalb kann ich keinen andern kommentar abgeben, als , dass ich die analyse des genossen ganz teile. es gab keine fraktion, sondern nur den willen ein projekt zusammen voranzutreiben. und das einzig wichtige ist, dass wir trotz knast -und richterlichen mauern und der tatsache, dass wir seit 16 monaten unter uns überhaupt keine kommunikation haben, diesen gemeinsamen politischen willen immer noch zum ausdruck bringen. (bezieht sich auf das projekt von L'Internationale)

seit meinem letzten brief sehe ich etwas präzieser, was ich diffus empfand und dann diffus ausdrückte (schade, dass es jetzt ein bisschen zu spät ist für den kongres): es ist wichtiger denn je breite anti-imperialistische information und initiativen zu entwickeln;
zum punkt der aufklärungsarbeit, DeKnipselkrant m u s s weiterexistieren.
neben publikationen wie DeK und als weiterentwicklung von l'Internationale, sollte eine zeitschrift existieren (ich denke an beispiele wie - für inhaltliche information der Arbeiterkampf und für theoretische arbeit Subversion), wo alle militanten, also gefangene wie auch die leute draussen artikel und analysen zum marxismus und imperialismus liefern könnten. eine zeitschrift zur praxis des marxismus (genau wie Rosa Luxemburg und die revolutionäre linke ihre zeitschrift L'Internationale 1915, als zeitschrift für theorie und praxis des marxismus bezeichneten).
zum punkt der initiativen: als erster schritt könnten anti-imperialistische komitees entstehen. jeder, der eine politische arbeit zu irgendeinem punkt der kapitalistischen ausbeutung, der imperialistischen kriegspolitik, der entfremdung ausführen möchte, könnte ein solches komitee initieren. eine lose struktur, aber fest verbunden im kommunistischen, anti-imperialistischen grundsatz. auf den gemachten gedanken kam ich nachdem ich gehört und gelesen hatte (in briefen), wie viele menschen es gibt, die ein bewusstsein haben, menschen von allen altern, menschen mit einem starken willen und dem bedürfnis nach organisation und wirken, doch viele von ihnen hängen ein bisschen in der luft, da keine der kommunistischen parteien diese bedürfnisse. und willen auffangen kann. wie sind viele, verstreut überall in allen ländern, in vierteln, besetzten häusern, gefängnissen, arbeitswelt, usw.

das sind vielleicht träumereien, was meinst du? ich schliesse hier.
mir geht es gut, besonders dank euch. ich warte auf deine antwort zu meinen schönen kampfträumen.

Ich verlasse dich freundschaftlich.

Dominique

Brief von Dominique Poirré, redaktionsmitglied L'Internationale, zZt. interniert

l'internationale

am 2.4.1986

Ich habe erst jetzt mit der Lektüre der Broschüre anfangen können. Mit den vielen Konflikten und Widerstands(re)aktionen seit meiner Verhaftung bin ich generell noch ganz am Anfang der Analysenarbeit und kann daher nur Ansätze zur gemeinsamen Debatte bringen.

Wie ich dir im letzten Brief sagte, bin ich der Meinung, dass es eine gute Methode ist, kurze Bemerkungen, Analysen oder Infos zu schicken, da wir sonst wegen unseres Zeitmangels - und da wir Zeit brauchen, Analysen zu entwickeln - zuwenig debattieren würden.

Also erstmal Bemerkungen zu den zwei ersten Punkten.

Zu I: ich muss leider mit einer Kritik anfangen, da ich eben den polemischen Ton, wovon du im Briefe sprachst, diese negative Gewohnheit, mit Angriffen auf andere Tendenzen anzufangen und dies in einer moralischeren als objektiven Hinsicht, wiederfinde. Ich finde es schade, da es interessanter ist, die positive Bestimmung des Kampfes der Gruppen als deren Abgrenzung zu erfahren. Es macht immer einen entmutigenden Eindruck.
Zweitens muss man einsehen, dass jede Tendenz den objektiven, gesellschaftlichen Verhältnissen entspricht. Es geht darum, diese Verhältnisse zu versthen, zu bekämpfen, zu ändern; innerhalb der revolutionären Kräfte Diskussionen, Debatten voranzutreiben, um einen Vereinheitlichungsprozess auf klarer Basis zu ermöglichen. Die revolutionären Kräfte stehen nicht ausserhalb der Gesellschaft, sind auch von den objektiven Verhältnissen der Gesellschaft bestimmt (Mangel an kommunistisch marxistischer Bildung, Entfremdung, diffusere Klassenangehörigkeit, usw.) und es geht deshalb darum, den Bewusstseinsprozess gemeinsam zu machen, was nicht bedeutet, Kritik innerhalb unserer Kräfte und Kampf gegen reformistische, kleinbürgerliche Flügel zu unterdrücken.

Zu Punkt II: es ist interessant, und ich glaube richtig, die Analyse der heutigen Phase: strategische Umorientierung nach den Zentren, ohne dass es eine geringere Ausbeutung, einen Rückzug aus der dritten Welt bedeutet; oder die Tatsache, dass sich die sozialen Ungleichheiten in den Metropolen vergrössern.
Ich will im Rahmen dieser Analyse des Imperialismus Fragen stellen und mache es auf französisch, da ich leider die deutsche Sprache nicht genug beherrsche.

In der "Akkumulation des Kapitals", ein von den marxistischen Oekonomisten sehr umstrittenes Werk, analisiert Rosa Luxemburg den Imperialismus und stellt als Hypothese fest, dass der Kapitalismus, um sich entwickeln zu können, gezwungen ist, sich beständig auszubreiten und immer neue Territorien zu erobern, um seinen Produktionsmodus zu entwickeln. Sie schätzt, dass die Grenzen der kapitalistischen Akkumulation und also das mögliche und definitive Verkümmern des Kapitals tendenziell erwartet wird, wenn der kapitalistische Produktionsmodus diese imperialistische Eroberung weltweit zu seinem Ziel hat (dies schliesst das Phänomen des Kampfes nicht aus, da die Vernichtung gleichzeitig die Oppositionskräfte zu diesem Produktionsmodus, die Konflikte, und die fähige Klasse zum kreieren der neuen Kommunistischen Sozialen Bedingungen entstehen lässt). Im Moment scheint es mir nicht nur weit von Vollendung zu sein; der Erweiterungsprozess des kapitalistischen Produktionsmodusses,

ist in vollem Aufschwung, (speziell in Lateinamerika) und man muss dieses Phänomen aufmerksam beobachten.

Im Gegensatz dazu, scheint es mir auf dem inländischen Plan, in den kapitalistischen Metropolen, dass man vielleicht die Grenzen der inländischen Kapitalistischen Eroberungen wahrnehmen kann, und dass man ankommt beim strikten Plan der kapitalistischen Akkumulation zu einer besser fundierten strukturellen Kriese und zur Betonung des Phänomens des tendenziellen Falls der Profitrate.

Was man die neue Technologie nennt, aber tatsächlich noch breiter das Eindringen dieser Technologien in der ganzen Produktion (und in der Verwaltung der Produktion) habenwichtige ökonomische Veränderungserscheinungen zur Folge, und im speziellen eine bezeichnende Reduktion der Produktivkräfte und also der lebenden Arbeit (eine paralelle Vergrösserung des konstanten Kapitals bestehend aus den Maschinen, der Ausstattung wie Computer, etc.) und also vom Teil des Kapitals, welches Profit bringt. Es gibt eine Arbeitslosigkeit eines erheblichen Teils der Arbeiterklasse: diese Arbeitslosigkeit hat, von der Tatsache seiner Breite her, etwas anderer Formen als bisher (das Phänomen scheint vom Kapital nicht ganz kontrolliert zu sein). Es gibt noch einen gewissen Druck auf das ganze Proletariat, aber es erscheint wenig wahrscheinlich, dass diese produktive Masse wieder in die Produktion integriert werden kann. Die technische Entwicklung - wo ich mit dem Text einig bin, dass man sie auf keinen Fall zurückweisen soll - scheint zwei eigene Phänomene zu kreieren, die die Vernichtung des Kapitalismus nach sich ziehen. Was übrigens den marxistischen Analysen entspricht: die Verschlimmerung der Klassengegensätze und eine grössere Schwierigkeit, die kapitalistische Akkumulation zu realisieren.

A propos Uebereinstimmung Arbeitskraft/Profit in dieser Situation, indem die Produktivkräfte reduziert sind, ist das Kapital angehalten, seine Verteilung unter die angestellten Produktivkräfte zu verstärken. Auch hilft man bei der Erhöhung der verallgemeinerten Salaire nach, welche angepriesen wird durch diejenigen, welche eine Lobesrede auf neue Techniken vortragen, wenn es um höheren Lohn in bestimmten Sektoren geht: das bezeichnet auch, dass der Anteil Mehrarbeit, der durch den Besitzer abgehobene Teil auch und anteilmässig wichtiger ist. Andererseits die Produktivität, die Arbeitsbedingungen bleiben im Grunde ähnlich (Arbeitsteilung, Tempo, etc.), kurz: die Zuflucht der Arbeitgeber zur Sozialhilfe*, das heisst öffentliche Unterstützung auch für sie. Die Gesellschaft (Arbeiterklasse) zahlt für den Profit der Kapitalisten.

---

*wir konnten leider das nachträglich hineingeschriebene nicht richtig entziffern und demzufolge auch nicht übersetzen.

-, ich habe hier schnell einige Sachen aufgezeigt und würde mich freuen, wenn dann Antworten (zu diesem Punkt 2) kommen würden; auch von Leuten, die am Text teilgenommen haben, da diese Fragen kompliziert sind. Ich werde die Lektüre fortsetzen und die Ueberlegungen dazu schicken.

Ich möchte eine Zeitschrift empfehlen, die viel zum Arbeitsprozess bringt, die viele französische Genossen kennen: Travail (26 Bd Richard Lenoir, 75011 Paris).

Ich möchte auch die Genossen aufmerksam machen auf einen Artikel in Liberation vom 10.3.86 zum Bericht der Weltbank, der sagt, dass in der Welt nicht die Nahrung fehlt und Hunger schafft, sondern die Kaufkraft. Es wird von dieser Seite so zum ersten Mal klar gesagt, dass der Mensch auch dort, um leben zu können, den Lohn braucht, d.h. dass er seine Arbeitskraft verkaufen muss, sonst stirbt er. Eine schöne marxistische Analyse.

(Bericht der Weltbank "Die Armut und der Hunger (60 Avenue d'Iéna, 75116 Paris für F60 zu beziehen). (Artikel in Libération, Titel: "Die Nahrung fehlt am wenigsten. Die unsichere Ernährung, welche 700 Millionen Menschen betrifft, stammt vor allem von der chronischen Knappheit der Kaufkraft".
Schlussfolgerung aus dem Artikel: Wenigstens stimmt er mit dem alten Sprichwort überein: "Wenn ein Mensch hunger hat, gib ihm keinen Fisch sondern lerne ihn fischen." Es ist viel komplizierter als das und viel treffender wäre ein Sprichwort wie "verschaffe ihm einen Lohn, damit er sich einen Fisch kaufe.")

Ich mache hier Schluss und hoffe, bald von dir zu hören.

Dominique.

Press release

IF YOU DON'T FIGHT FOR YOUR RIGHTS, NOBODY IS GOING TO OFFER THEM TO YOU.

On behalf of the international board of 'De Knipselkrant', we address our revolutionary greetings of solidarity to our comrade Yu Kikumura, who had been released some days ago from the dutch prison where he had been imprisoned since may 1, 1986, when he had been arrested that day at Schiphol-Airport, under suspicion of having been involved in the import of some TNT in the Netherlands.
We believe that through the development of cooperation and solidarity among liberational movements, we can overcome the difficulties and can advance on our way of liberational struggle of the oppressed people over the world.

Death to international imperialism and zionism!
Victory will be ours!

August 1986

RVF Press Office

Resistance is Not a Crime

The Insurgent
Jrg.2 Nr.2 1986

By the Ohio 7

Boston, Mass. On May 28, 1986 the United States government announced the issuance of a three-count indictment against eight women and men charging them with being part of two underground revolutionary organizations: Sam Melville-Jonathan Jackson Unit and/or the United Freedom Front. The eight are Chris King, Richard Williams, Barbara Curzi, Jaan Laaman, Carol Manning, Tom Manning, Pat Gros and Ray Levasseur. Chris is Black, the others white. All are from the working class.

The indictment charges two counts of RICO (Racketeer Influenced and Corrupt Organizations) and seditious conspiracy.

RICO "conspiracy" states that the eight, as well as "persons known and unknown to the grand jury" were associated, in what the government calls a "criminal enterprise," in order to "further their political goals." The government is not required to prove that an individual directly participated in any 'illegal act,' only that you took part in an agreement to further the aims of the "conspiracy" (i.e., its "political goals.")

You never have to leave your house to get convicted under this law and it carries a 20-year maximum sentence.

The second count, RICO "participation," is similar except that it must be proved that you participated, directly or indirectly, in two predicate acts that violate certain laws (predicate acts include bombings -- military facilities, South African government offices, war contractors, etc. -- confrontations with police and funding revolutionary activities through expropriations.) Your level or degree of participation is not an issue, nor whether you were directly involved.

The indictment demonstrates "participation" by outlining "means and methods" used by the eight to "further their political goals." They include the use of false identification, the use of apartments and homes as "safehouses," using mail drops for mail and public telephones for calls to avoid detection, practice in the use of firearms, etc.

Participation, it seems, is like being a little bit pregnant!

The government uses vague and confusing wording in its RICO indictments but the fact remains that the burden of proof for RICO is much less and more subject to abuse than other laws that do not contain "conspiracy" and "participation" as their main element.

RICO enables the government to employ a widespread net to draw people into a conspiracy, the primary means being special grand juries. The fear of such entrapment, as well as their own self-serving interests, are why some people collaborate with these grand juries (and, to quote Julio Rosado, "as long as there is collaboration, there will be repression and division among us.")

We've seen just how wide this net can be cast in Boston and with RICO investigations around the Nyack expropriation and the NY8+ case. Many people were interned without trial or held under the preventive detention (No Bail) law.

RICO enables the government to obtain long prison terms (20 years per count) and to double up on its convictions (e.g., six of the eight have already been convicted on some UFF bombings and conspiracy. Now they are charged under RICO with the same bombings -- called arson to conform to statutory requirements -- and conspiracy.)

As indicated by its very name, RICO fits into the government strategy of criminalizing revolutionary anti-imperialist resistance while the real criminals and gangsters who operate this government are defended by the U.S. Attorney's office.

The government has refined its attack on those who are committed to national liberation and socialist revolution by using RICO as the criminal basis for a seditious conspiracy charge. The so-called "pattern of racketeering" con-

tained in both RICO charges is repeated in the seditious conspiracy charges as the way in which the conspiracy was carried out.

Seditious conspiracy charges that there is an agreement between people . . . to hinder execution of the laws of the U.S. . . . to oppose the government by force. . . to overthrow or put down by force the government of the U.S.

The indictment states that the "conspiracy" is described in communiques released publicly as a "revolutionary anti-imperialist organization." Futhermore, that this anti-imperialist organization considered it "a matter of revolutionary principles and strategy. . . to expose and attack military contractors like Honeywell. . . to attack U.S. imperialism."

It is also alleged that the eight "encourages, requested, incited and asked other persons known and unknown to them to destroy the government of the US." Including the use of sabotage.

Using seditious conspiracy the government does not have to prove that an individual participated directly in any act whatsoever (much less any violent act). They only have to show that there was an agreement, i.e., that you agreed with others to oppose the government (i.e. U.S. imperialism) by force.

No illegal act has to be proved to have taken place. Just the agreement. Such is the nature -- and danger -- of conspiracy charges.

The government says this conspiracy began in 1974. It makes no difference for purposes of conviction when it is alleged you entered or left a conspiracy, only that at some time you were part of it. In 1974 Barbara Curzi was a teenage mother living with her parents and infant daughter; Pat Gros was doing very public and political work in Portland, Maine; Jaan Laaman was in prison for anti-war actions.

Seditious conspiracy carries a maximum 20 year sentence. The penalty was increased from 6 to 20 years after the 1955 seditious conspiracy trial of members of the Puerto Rican Nationalist Party -- clearly exposing the government's strategy in targetting the national liberation movements.

In fact, over the past 50 years, the seditious conspiracy charge has been used very selectively only against the Puerto Rican Independence Movement, organizing and fighting for the independence of their homeland. The Boston indictment represents the first time since its early use against radical labor organizers such as the IWW that it has been used against anyone other than independentistas.

Historically, state and federal sedition charges have also been used against political dissidents, those fighting slavery and opposing imperialist wars, the Communist Party and now against revolutionary anti-imperialists/armed clandestine movement.

Various forms of revolutionary activity are and always will be against the laws of the ruling capitalist class.

As revolutionaries, we maintain that it is the right and responsibility of people -- with or without the protection of international law -- to resist the criminal actions of the U.S. government. We owe no blind allegiance to a system that oppresses nations, makes a mockery of human rights and places corporate profits above the needs of so many people. On the contrary, we are committed to building a revolutionary resistance movement. Central to this task is our commitment to self-determination for oppressed nations, within and outside the borders of the U.S., and a principle we hold dear to our hearts: proletarian internationalism, i.e., solidarity of the workers of the world in a common class struggle for socialist revolution.

Such principles do not endear us with the government, but do begin to explain why we have been targetted.

Political trials and imprisonment are an extension of a counterinsurgency strategy. The goals are to disrupt, dismember and destroy progressive and revolutionary movements, with the present emphasis on the latter. The primary focus of counterinsurgency, whether political or paramilitary/police attack, has been the national liberation

struggles and their supporters and allies.

Begun in the 1950s, the FBI's COINTELPRO (counterintelligence program) were expanded in the 1960s and unleashed brutal operations against the Black Liberation struggle, especially the Black Panther Party. Supposedly terminated in 1971, COINTELPRO simply reorganized itself using such names as "NEWKILL" and "CHESROB" which served as the basis for the hunting, murder, torture and prosecution of Black revolutionaries. Hit hard this time was the Black Liberation Army. Black freedom fighters such as Twyman Myers and Zayd Shakur and many others were killed. Dhoruba Moore, Sundiata Acoli, Herman Bell and many more were imprisoned.

In 1980 the Joint Terrorist Task Force was formed in New York in response primarily to the advances made by Black/New Afrikan and Puerto Rican liberation struggles. Once again repression aimed at the right of a people to self-determination.

In 1982 the BOSLUC Task Force was formed in Boston. Its initial goal was to destroy armed clandestine organizations that were viewed as being in the formative stage of development. Important to the government's strategy was to attack whatever support and infrastructure they felt existed on a community level. It has always been characteristic of BOSLUC to label the targets of its operations as "terrorists" and "criminals."

JTTF and BOSLUC have worked closely together, carrying out joint operations, and JTTF agents being assigned to BOSLUC. It appears highly likely that JTTF agents helped set up BOSLUC.

JTTF and BOSLUC have continued the terror tactics of the earlier COINTELPRO period. They have murdered, attempted to murder, tortured and threatened. They have interrogated and abused children. Their targets range from community activists, family and friends of political fugitives, captured revolutionaries to total strangers.

With JTTF and then BOSLUC, counterinsurgency has reached a level of intragency cooperation that appears unprecedented in the history of government repression. Extensive coordination has been made by federal, state and local police, with resources within the FBI playing a central role. At one point BOSLUC had state police from eight states permanently assigned to the task force, as well as scores of FBI, ATF (Alcohol, Tobacco and Firearms), postal inspectors, DEA (Drug Enforcement Agency) and other federal agents and local police.

Operating with what seems to be an unlimited budget BOSLUC has its own computer system and has made extensive use of computer technology.

On another level, agents have tape recorded attorney/client conversations, utilized electronic beepers on cars and worn wireless mikes while conducting "interviews." They made extensive and manipulative use of the media from TV to newspapers; from Reader's Digest to veterans' and survivalist magazines. Widely used and distributed have been "wanted" flyers and booklets offering huge amounts of money as rewards and using children's photographs. These flyers and booklets supply much more information, on both adults and children, than do the standard FBI "wanted" posters. Information ranges from medical histories and afflictions to personal habits and characteristics including the kind of food one is most likely to eat. While these flyers contained many photographs and much information on children and individuals not wanted pursuant to any arrest warrants, they clearly stated that "these individuals should be considered extremely dangerous."

As fascism is consolidated in the USA, the government intends to mobilize the "general public", into passive acceptance, vigilantes and snitches.

In 1983 a major counterinsurgency operation was carried out by BOSLUC which centered primarily on northern New England. A year later in the summer of 1984, a far more organized and extensive operation called "Western Sweep" was put into motion. This "sweep" was said to be the largest concentrated "manhunt" ever undertaken by police forces. The operation lasted sev-

eral weeks, but the after effects are still being felt.

One of the primary components of the operation was to cultivate informers on a neighborhood/community level. Areas throughout the Northeast were flooded with media stories, photos and "wanted" flyers. Again, there was a particular focus on the children of revolutionaries living in clandestinity. Along with the media these flyers were distributed to schools, day care centers, libraries, medical clinics, food stores, rental agencies and many other locations. Both during and after the dissemination of this information police personnel would move through an area questioning and interviewing people and compiling information.

The massive amount of information gathered was fed into a special computer set up at BOSLUC temporary HQ in Western Massachusetts. Police spokesmen at the time classified "Western Sweep" as much more of an intelligence-gathering operation than an attempt to actually confront those targetted (in a letter circulating in local women's communities in Massachusetts, the "sweep" was strenuously objected to because police going into day care centers and health clinics could get information on the politics and lifestyles of those working there, that the police could later use against them.)

We can be certain that the government will continue to make use of the information that is gathered and analyzed. More importantly, they will use those people who are willing to provide information and inform on others.

Counterinsurgency may attack individuals and organizations but its ultimate goal is to destroy political movements, including whatever support they might have. A revolutionary resistance movement which recognizes the right to self-determination of oppressed nations within and outside the borders of the U.S. will continue to be a target of counterinsurgency.

The government's strategy in attacking those who actively oppose it is based on its own interests, which are those of the capitalist ruling class and imperialism, and its analysis of the conditions that exist in the U.S. and around the world.

A government that is guilty of war crimes, innumerable human rights violations and the oppression of entire nations will take precautionary measures to consolidate its power and attempt to insure its own survival. It has to legitimize itself before its own citizens.

The charges of seditious conspiracy/RICO represent a frontal attack on a revolutionary resistance movement that should concern people everywhere:

1. The present reactionary political climate in this country affords the government the opportunity to stage a major propaganda advance against us, utilizing a public trial. They are prepared to openly attack our ideology and attempt to criminalize our ideas, our actions, our very lives.

2. Those who have an uncompromising commitment to national liberation, socialist revolution and who advocate armed struggle will be subject to the full force of the government's counterinsurgency apparatus.

3. The government is aware of the eight's class roots and life experience, their many years of political activity in various communities and that some had been underground for as long as ten years. It is this example of militant, combative proletarian internationalism which had many achievements that the government wants to obliterate.

4. The government is drawing the line at what they define as acceptable political activity; defining at what point an "agreement" becomes a conspiracy and illegal; and at what point "advocacy" becomes "encouraging and inciting;" when an organization's goals become "seditious." In short, putting fear into people.

5. Isolate us from the masses. Exploit the sectarianism within the Left. Brand us as "criminals" and "terrorists," promoting the idea that those targetted by counterinsurgency are the ones responsible for police abuses and brutality. Attacking a designated sector within a movement, fostering self-interest rather than solidarity among other sectors.

6. By including seditious conspiracy, the government is trying to counter a strategy employed with some effectiveness in the Brooklyn/ UFF trial -- organizing the jury. Politicizing the jury. Focus on the real issues our struggle and people throughout the world are concerned with. In Brooklyn, the jury refused to convict on 40 counts, where the prosecutors thought they had everything sewed up. In Boston, the government figures that by supporting self-determination from South Africa/Azania to the Black/ New Afrikan nation by any means necessary, we will walk right into a sedition conviction.

7. The government wants outrageously long prison sentences for the eight, even though some have already received sentences in the 45 to 98 year range. And as has been demonstrated by the murders of Angel Cristobal, L.D. Barkley, Sam Melville, George Jackson and others, the government's attack against imprisoned revolutionaries continues far beyond any public trial.

Whether we die of old age in prison "control units" or from attack by neo-fascists, their aim is to destroy us, one way or another, extracting the maximum amount of propaganda value in the process.

Fortunately for us, we do not equate captivity with surrender and we expect that U.S. imperialism will expire before our sentences do.
We must expose the government's counterinsurgency. Their trials aim to isolate and criminalize us. We must break that isolation and fight criminalization. We need to search out the common ground we share with many others, develop relationships and build unity far beyond what we've accomplished to date. Above all, we must stand by our revolutionary principles.

We are revolutionaries. We are committed to building a resistance movement to bring the crimes of U.S. imperialism to justice -- towards the day when people will no longer have to suffer the ravages of capitalist exploitation, racism, imperialist wars and domination. This is not criminal, it is a small contribution we make with freedom-loving people everywhere.

Part II if this article will appear in a future issue.

PRESS RELEASE
June 23, 1986

Arraignment Statement of Carol Saucier Manning, Barbara Curzi-Laaman, and Patricia Gros-Levasseur
United States District Court, Boston, Mass.

We are here today charged with seditious conspiracy, "Conspiring and advocating the overthrow of the U.S. government by force.". Seditious conspiracy has historically been used against workers in the early labor movement in this country. Since 1937, it has been used exclusively against Puerto Rican people fighting for the Independence of their country. We are also being charged with two counts of R.I.C.O., under the Racketeering Influenced Corrupt Organizations Act. This act was designed to be used against organized crime. Because of the RICO statute's far reaching effects and long prison terms, it is now being directed at revolutionaries in an attempt to criminalize our movements.

Distributed by: Ohio 7 Support Committee
Box 530, Cathedral Station
New York, New York 10025

In April, we, the Ohio 7, were sentenced after a six month trial in Brooklyn, New York for conspiracy and bombings claimed by the United Freedom Front to a total of 226 years. Now we stand charged with these same bombings which have been relabeled as "arson" to fit the government's legal definition of a predicate act for RICO.

We are three working class women, mothers of young children. We are also revolutionary activists who have been underground for a number of years. We saw early on in our lives the racism and oppression of people in this country. We saw the role of our country throughout the world trying to control for profit and power whole Nations of People, to engage in imperialist wars of aggression against a people only fighting for their natural human rights of self determination, to choose their own way of life, their own government. Within our own country we see and have experienced first hand increasing signs of fascism. What we see as our responsibility to expose and resist, the U.S. government calls a crime.

For the government to cloak our lives as criminal and corrupt with its laws is wrong. We have only stood against all that is corrupt in the world; from the drug plague on our poor communities, killer cops who train their guns on Black, Hispanic and poor youth, to our government's complicity with the racist apartheid regime in South Africa, and the backing of CIA trained mercenary "contras" in Nicaragua. The examples are numerous and we must ask ourselves why our government must consistently ally itself with some of the most brutal dictatorships in the world.

We are outraged that we are being charged with attempting to and advocating the overthrow of the U.S. government by force. We have never said that we eight people could ever overthrow the government. What we do say is that is is up to the People of this country to decide to throw off an unjust system, when that system no longer meets the needs of the people or no longer represents the true soul and heart of the people of this country.



Jaffa Gate in Jeruzalem met het opschrift : "gerestaureerd dankzij de milde steun van de Zuidafrikaanse joden." Apartheid en zionisme verstaan elkaar wonderwel.

Zum US-Angriff auf Libyen

der angriff der us-luftwaffe und us-marine auf libyen am 15. april 1986 war teil einer langfristigen strategie der imperialistischen staatenkette, mit der sie ihre interessen als internationale ordnung völkerrechtlich verankern und mit ihrem gewaltmonopol garantieren wollen.

waren nach dem sieg über den deutschen faschismus die ziele des antihegemonistischen kampfs der anti-hitler-koalition ein wichtiger bestandteil des völkerrechts geworden, so ist die behauptung, der angriff auf libyen sei mit dem artikel 51 der un-charta zu rechtfertigen, ein weiterer versuch, den "kampf gegen den internationalen terrorismus" als geltendes recht zu deklarieren und als mittel gegen jeden antiimperialismus anzuwenden. (ein anderes beispiel ist die nichtanerkennung des urteils des internationalen gerichtshofs in den haag vom 27. juni durch die usa). auf dieser linie liegt auch die äußerung kohls nach dem angriff: "jede art von terrorismus stößt auf die entschiedene ablehnung der staatengemeinschaft, die nicht bereit ist, solche taten hinzunehmen." eine breite durchsetzung dieser ansicht ist den imperialisten bisher allerdings nicht gelungen, wie an der reaktion der blockfreien-bewegung sowie der auseinandersetzung im weltsicherheitsrat, wo die usa mit unterstützung von frankreich und großbritannien eine drohende verurteilung mit ihrem veto verhinderte, zu sehen ist.

der versuch, die imperialistische interessensordung durchzusetzen, geschieht mit militärischen mitteln in den "low intensity conflicts", deren politische linie mit der sogenannten "reagan-doktrin" (oktober 1983, nach der invasion auf grenada) und der präsidentendirektive vom april 1984 (namentliche nennung von staaten, die den "internationalen terrorismus" unterstützen) vorgegeben wurde,jedoch ging z.b. die aufstellung der rdf durch carter im august 1977 bereits von ähnlichen überlegungen aus.

bei den lic handelt es sich um eine weltweite imperialistische kriegsführung, die, aufgesplittert in mehrere isolierte regionalkonflikte, im wesentlichen drei elemente umfaßt:

erstens: als passives element counterinsurgency-programme, wie sie seit der kubanischen revolution in lateinamerika zur anwendung kamen (wirtschaftshilfe, militärhilfe, civic-action-programs). sie werden dann eingesetzt, wenn eine regierung in den drei kontinenten nur noch mit direkter us-hilfe an der macht zu halten ist.(el salvador, phillipinen)

zweitens: als destabilisierendes element geheimdienstaktivitäten gegen sogenannte "terroristen". im juli 1981 und im oktober 1985 drangen entsprechende pläne der cia gegen libyen an die öffentlichkeit, nach dem angriff vom 15. april bestätigte shultz ausdrücklich die existenz weiterer derartiger pläne.

drittens: als aktives element die unterstützung bewaffneter organisationen, die gegen den usa mißliebige regierungen kämpfen (z.b. die contra in nicaragua). im zusammenhang der hier zu untersuchenden fragen ist bedeutsam, daß habre im juni 1982 im tschad infolge einer solchen operation an die macht kam.

innerhalb dieser langfristigen konflikte sind auch direkte kurzfristige einsätze von us-truppen möglich, und zwar dort, "wo ein geringes oder gar kein risiko vorhanden ist" (times, juli 1983); kurzfristige einsätze deshalb, weil sich keine us-administration aus innenpolitischen gründen gegenwärtig truppeneinsätze in der dimension des vietnam-krieges leisten kann - siehe den abbruch des libanon-engagements nach 300 toten - und weil dem us-präsidenten 60 tage lang der einsatz von truppen ohne zustimmung des kongresses möglich ist.

die europäischen imperialisten verfolgen kein den lic vergleichbares langfristiges konzept, sie benutzen die mittel der direkten intervention, wie es auch von frankreich als maßnahme gegen libyen vorgeschlagen wurde.

zwischen den lic und der konzeption der air-land-battle 2000, die seit dezember 1982 strategie und taktik von us-army und bundeswehr bestimmt, bestehen einige grundsätzliche gemeinsamkeiten bis hin zum fließenden übergang, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß sich die lic zu einem dritten imperialistischen weltkrieg ausweiten könnten.

alb 2000 wurde für konflikte in europa, afrika, dem nahen und mittleren osten sowie korea, die "die wirtschaftliche, politische und militärische gewichtsverteilung, die seit 1945 die welt bestimmt hat, verschieben", entworfen. in ihr sind u.a., ähnlich wie in den lic, der einsatz von special forces und versorgungsunabhängigen truppen (close combat forces) im feindlichen hinterland ebenso vorgesehen wie geheimdienstoperationen. die angriffstaktik gegen libyen am 15. april, "schläge gegen kritisch wichtige einrichtungen und bereiche" (us-field manual 100-5), ist ebenso teil der alb 2000.

der hintergrund des lic der usa gegen libyen wird aus einer äußerung reagans im januar 1986 deutlich, libyen bedrohe "die außenpolitik der usa", genauer, die libysche politik ist ein störfaktor in der imperialistischen israel/palästina-politik, die den angelpunkt jeder nahost-politik bildet. das ist auch daran zu erkennen, daß die gegensätze zwischen den usa und der arabisch-nationalistischen außenpolitik libyens erst nach dem scheitern der camp-david-politik eskalierten, obwohl libyen schon 1971 die bestehenden us-stützpunkte geschlossen hatte. die camp-david-politik, 1977 begonnen und im märz 1979 mit dem friedensvertrag zwischen israel und ägypten unter us-schirmherrschaft abgebrochen, sollte gegen einige territoriale zugeständnisse den status quo in palästina garantieren, führte jedoch durch die organisation der "arabischen ablehnungsfront" (algerien, syrien, dvr jemen, libyen, plo), an der libyen maßgeblichen anteil hatte, zur politischen isolation ägyptens im arabischen lager, die durch libysches engagement im tschad und im sudan noch verstärkt wurde.

nach dem scheitern des imperialistischen versuchs, im libanon einen neuen durchbruch für eine nahost-strategie zu schaffen, haben sich die gegensätze im palästina-konflikt weiter polarisiert.

ziel des zionistischen überfalls auf den libanon im juni 1982 war es, die plo zu zerschlagen, eine pro-imperialistische regierung unter bechir gemayel zu etablieren und einen "beistandspakt" zwischen libanon und israel mit stützpunktrechten für eine "multinationale friedenstruppe" auszuhandeln. das scheitern dieses plans durch den starken nationalen widerstand im libanon und die angriffe auf die französischen und amerikanischen hauptquartiere und auf gemayel führte - neben dem rückzug israels und der "multinationalen friedenstruppe" - im ergebnis zur abspaltung der "palästinensischen nationalen rettungsfront" (pnsf) von der plo und zur schwächung der kleinbürgerlichen palästinensischen kräfte um arafat. die impe-

rialistische strategie zielte in dieser situation darauf, den arafat-flügel in den camp-david-prozeß einzubinden, d.h. zur anerkennung israels und zur aufgabe des bewaffneten kampfes zu zwingen. die spaltung der plo und die imperialistische niederlage führte dialektisch zur erweiterung des syrischen einflusses und der von syrien unterstützten pnsf und amal-bewegung, die beide ihre positionen gegen die plo auszuweiten versuchten, u.a. mit mehrfachen angriffen gegen palästinensische flüchtlingslager in beirut.

in dieser polarisation zwischen den imperialisten und syrien nehmen die schiitischen kräfte um die hizballah eine position ein, die sich sowohl gegen die imperialistischen interessen richtet (twa-entführung) als auch die schwächung der plo-stellung durch die amal und syrien kritisiert. ähnlich ist auch die politische position libyens.

die strategie der usa gegen libyen umfaßt zwei ebenen. erstens: die nachbarstaaten libyens, tunesien, sudan und ägypten, erhalten zusammen jährlich über 1 mrd. us-dollar militärhilfe; seit märz 1986 erhält auch die regierung habre im tschad, die sich zeitweise nur mit hilfe französischer truppen an der macht halten konnte, militärhilfe von den usa, nachdem libyen zweimal, 1981 und 1983, zugunsten habres gegner oueddai militärisch interveniert hatte.

auf der anderen ebene fanden direkte militärische angriffe amerikanischer truppen gegen libysches territorium statt. bereits im august 1981 schossen bei einem manöver in der großen syrte f-14-jäger der 6. us-flotte zwei flugzeuge ab (die große syrte wird seit 1973 von libyen als hoheitsgewässer beansprucht. 1973 - 82 fand die dritte seerechtskonferenz der uno statt, die ein ausbeutungsrecht der küstengewässer durch die anliegerstaaten bis zu 200 seemeilen festsetzte. die imperialistischen staaten haben diese seerechtskonvention bis heute nicht anerkannt.). nach der entführung eines ägyptischen verkehrsflugzeuges nach malta im november 1985 und den kommandoangriffen auf die flughäfen von wien und rom - für beide aktionen wurde libyen von den usa verantwortlich gemacht -, beschloß die us-regierung ein sechs-punkte-programm (newsweek, 14. januar 1986), mit dem gegen libyen der politische, wirtschaftliche und militärische belagerungszustand verhängt wurde und das eine halbjährige vorbereitungszeit für eine größere militärische operation sein sollte. das programm umfaßte

1. die schaffung eines günstigen politischen klimas für militärische aktionen, v.a. in europa
2. die absprache mit anderen regierungen bzgl. einer unterstützung
3. ein totales ölembargo gegen libyen
4. cia-aktivitäten (vgl. hierzu den passenden zeitpunkt des anschlags auf die berliner diskothek "la belle" ...)
5. die schließung der libyschen volksbüros in europa, d.h. die diplomatische isolation libyens
6. die evakuierung aller us-bürger aus libyen

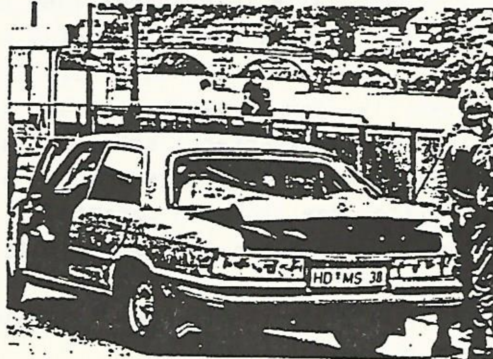
diese entwicklung wurde von der antiimperialistischen linken in der brd vollkommen falsch eingeschätzt. in einem papier zum antiimperialistisch/antikapitalistischen kongreß in frankfurt (januar/februar 1986) heißt es: "in ihrer (d.h. der imperialisten) reaktion auf rom und wien wurde das jetzt wieder deutlich: militärische vergeltungsschläge lassen sich nicht einfach begrenzen (auf libyen) und sie können sehr schnell in eine konfrontation größeren ausmaßes rutschen" (frontabschnitte im internationalen klassenkrieg, s. 8), deshalb "... wurden die vergeltungsmaßnahmen auf wirtschaftliche sanktionen reduziert und eine militärische option erst mal zurückgestellt - nachdem klar war, daß ein militärischer schlag sofort auf

die ganze region übergegriffen und überall aufstände und widerstand bedeutet hätte, v.a. in den reaktionären arabischen staaten." (ebd., s.12)

es ist zwar richtig, daß im januar 1986 bei einem manöver der 6. flotte wegen des bevorstehenden nato-referendums in spanien keine angriffsoperationen durchgeführt wurden, jedoch wurden bereits awacs-flugzeuge nach pantelleria verlegt und fallschirmjäger auf sizilien stationiert. am 24. märz aber flogen bomber der 6. flotte bei einem weiteren manöver "präventive angriffe" gegen libysche raketenstellungen bei sirt und auf libysche schiffe. diese angriffe dienten der taktischen vorbereitung für den bereits geplanten großen angriff, der am 9. april im nationalen sicherheitsrat entgültig beschlossen wird. eine unterrichtung der politischen institutionen in europa erfolgt vom 12.-14. april durch us-sonderbotschafter walters, was sich u.a. dadurch belegen läßt, daß die deutsche schule in tripolis ausgerechnet während des angriffstages geschlossen bleibt.

der angriff von us-air force und us-navy auf tripolis und bengasi am 15. april zeigt exemplarisch die funktionsweise der nato- und der us-strukturen in westeuropa, darüber hinaus werden aber auch die politischen interessen, die die entscheidungen der us-administration und der europäischen imperialisten bestimmten, deutlich.

die aktion wurde militärisch geplant und geleitet von us-general rogers, der nato-oberbefehlshaber in europa (saceur) und gleichzeitig oberbefehlshaber der us-streitkräfte in europa ist (hauptquartier eucom in stuttgart). der kommandobereich des eucom umfaßt westeuropa, den mittelmeerraum und den nahen osten bis zum persischen golf, während libyen offiziell nicht in den zuständigkeitsbereich von saceur fällt, obwohl es nördlich des wendekreises des krebses liegt (vgl. art. 6 des nato-vertrags). die 15 a-6 der 6. flotte, die bengasi bombardierten, unterstehen us-admiral moreau, der einerseits befehlshaber der nato-streitkräfte südeuropa (afsouth) in neapel - in dieser eigenschaft untersteht er saceur - und gleichzeitig befehlshaber der us-seestreitkräfte in europa, die eucom unterstehen, ist. (eine vergleichbare doppelrolle hatte auch general kroesen, der befehlshaber usareur und centag war). die 18 f-111, die von den britischen luftwaffenstützpunkten lakenheath und upper heyford zum angriff auf tripolis starteten, gehören zum strategic air command (sac) der usa, dem die benutzung von flugplätzen der britischen luftwaffe durch einen vertrag von 1951 nach vorhergehenden konsultationen der britischen regierung erlaubt ist. das britische luftwaffenkommando ist direkt saceur unterstellt. in der zeit des angriffs führten vom 15.-18. april jeweils 6 pershing-II-raketen aus mutlangen und neu-ulm mit sprengköpfen alarmübungen im hunsrück und im pfälzer wald durch, von wo aus sie sowohl die udssr als auch libyen erreichen konnten. bei diesen raketenbatterien handelte es sich um einheiten der 56. us-feldartillerie-brigade, die zwar in die kommandostruktur der nato eingegliedert ist, die freigabe der atomsprengköpfe zum einsatz kann jedoch nur direkt durch den us-präsidenten erfolgen. general rogers leitete am 15. april die angriffsoperationen vom nato-hauptquartier in mons zur flugnavigation war das fliegende frühwarn- und kontrollsystem der nato (awacs) eingesetzt.



die doppelte befehlsstruktur, die das us-militär in europa einerseits in die nato und andererseits in unabhängige us-kommandobereiche integriert, ermöglichte es den usa, den angriff auf libyen gegen die interessen und bedenken der westeuropäischen imperialisten unter ausnutzung des militärischen potentials der nato durchzusetzen.

während die verweigerung der überflugrechte für die f-111 durch frankreich primär politische gründe hatte (frankreich verhandelte gerade im libanon über die freilassung von acht gefangenen, die als opfer für eine beteiligung an einer begrenzten militärischen operation sicherlich zu groß zu sein schienen), haben die übrigen europäischen staaten handfeste wirtschaftliche interessen in libyen, die sie von einer direkten und indirekten teilnahme am us-angriff abhielten.

die usa hatten, nachdem schon im mai 1978 die ausfuhr von militärischer ausrüstung und im oktober 1981 von flugzeugersatzteilen nach libyen verboten wurde, im märz 1982 faktisch alle handelsbeziehungen zu libyen abgebrochen. verstärkt durch den ölpreisverfall auf dem weltmarkt, gingen dadurch die exporteinnahmen libyens von 2o mrd. us-dollar 198o auf 8 mrd. dollar 1985 zurück. noch härter traf die sperrung der libyschen konten in den usa im januar 1986.

noch zu diesem zeitpunkt lehnten im gegensatz zu den usa die eg-außenminister auf einer ratssitzung wirtschaftssanktionen gegen libyen ab (am 29. januar 1986). libyen importiert jährlich waren im wert von über 1 mrd. usdollar aus der eg, während für etwa 3,5 mrd. dollar libysches öl nach europa exportiert wird. mehr als die hälfte des handels zwischen libyen und der eg wird mit der brd abgewickelt (5oo mio. dollar import, 2 mrd. dollar export), die auch direktinvestitionen in libyen getätigt hat (ca. 12o mio. dollar, abgesichert durch hermes-bürgschaften). westdeutsche banken haben an libyen etwa 13o mio. dollar kredite vergeben.

an dieser situation änderte sich auch nach dem us-luftangriff nichts wesentliches. der eg-beschluß vom 22. april fordert lediglich die reduzierung des personals der libyschen botschaften in den mitgliedsländern, die einbeziehung der arabischen und der warschauer-pakt-staaten in den "kampf gegen den terrorismus" sowie die bessere koordination der europäischen polizeilichen zusammenarbeit. (diese "zusammenarbeit" herzustellen, ist seit den siebziger jahren ein interesse des brd-staats- und -sicherheitsapparats, und die eg-beschlüsse sind ein weiterer versuch, die politik des us-imperialismus zur durchsetzung der brd-hegemonie über westeuropa auszunutzen.)

die parallel zum erwähnten sechs-punkte-programm von den usa permanent erhobene forderung, die eg solle sich an wirtschaftssanktionen gegen libyen beteiligen, ist aber noch unter einem anderen aspekt zu sehen.

der wirtschaftliche rückzug der usa aus libyen ermöglichte es den europäern, ihre ökonomische position im mittelmeerraum zu stärken und schuf so ein weiteres konfliktfeld im europäisch-amerikanischen verhältnis, neben dem streit um weltmarktanteile, rüstungskooperation und technologietransfer. parallel zum libyenkonflikt eskalierte der "handelskrieg" zwischen den usa und der eg, der sich an den folgen des beitritts von spanien und portugal zur gemeinschaft in bezug auf einen jährlichen warenaustausch von über 1oo mrd. us-dollar und entsprechende einfuhrquoten entzündete, und der zu wechselseitigen protektionistischen maßnahmen, die nur bis zum jahresende vorläufig ausgesetzt wurden, führte.

die durchsetzung der us-hegemonie innerhalb der nato kann deshalb nicht isoliert gesehen werden von dem versuch der usa, über den verstärkten

ausbau des militärisch-industriellen komplexes den technologiewettlauf um die beherrschung des weltmarktes gegen die europäischen und japanischen imperialisten für sich zu entscheiden. ein beispiel dafür ist der druck, den die usa im "briefwechsel zu einer beteiligung deutscher firmen an sdi" auf die brd ausüben, um durch bilaterale vorgespräche restriktivere bestimmungen im comitee for east-west-trade policy (cocom, paris) zu lasten v.a. des deutschen kapitals durchzusetzen.

daß es trotz dieser differenzen im ökonomischen bereich nach dem amerikanischen angriff zum politischen schulterschluß der imperialistischen staatenkette kam, bis hin zum gemeinsamen veto von usa, großbritannien und frankreich gegen eine verurteilung im weltsicherheitsrat, ist aber nicht allein durch die hegemonistische vormachtstellung der usa im natobündnis zu erklären.

wie bereits gesagt, war der hauptgrund für den us-angriff auf libyen dessen rolle im palästina-konflikt, die einer befriedung der region im sinne imperialistischer politik im weg steht. in dieser zentralen politischen frage nehmen die westeuropäer und die us-imperialisten die gleichen positionen ein, d.h. forderung nach anerkennung des existenzrechts israels und autonomie für die palästinenser in den besetzten gebieten unter einbeziehung der kleinbürgerlichen strömungen. der zeitweise versuch der eg-staaten, ihre interessen eigenständiger durchzusetzen (erklärung von venedig, juni 198o), hat seit dem libanonkrieg 1982, in dem die plo faktisch zerschlagen wurde, keine materielle basis mehr. die polarisierung der palästinensischen kräfte in pnsf und arafat-flügel, der seine politische existenz nur noch durch anlehnung an (pro-)imperialistische staaten sichern kann, läßt keinen spielraum für eine "eigenständige" nahost-politik. für die europäischen staaten, die sich wie frankreich und italien z.t. bereits an der "multinationalen friedenstruppe" im libanon beteiligten, ändern auch die wirtschaftsbeziehungen zu libyen nichts daran, daß in dieser region nur eine politik auf der amerikanischen linie möglich ist.

die bisher angesprochenen aspekte des us-angriffs auf libyen ergeben einen ansatz für eine auseinandersetzung mit zwei grundsätzlichen positionen. die innerhalb der antiimperialistischen linken in der brd vertreten werden. die eine position ist die theorie des "imperialistischen gesamtsystems", die insbesondere von der raf vertreten wird. nach dieser theorie bildete sich die beziehung der imperialistischen staaten untereinander aus zum "gesamtsystem mit seinem kern, ... der nato, d.h. gesamtsystem, das unter der unaufhebbaren hegemonie des us-kapitals die konkurrierenden interessen von teilfraktionen des ganzen, ob national oder ökonomisch, als teilfraktionen definiert." (brief eines gefangenen aus der raf zu den aktionen 1981). im gegensatz dazu steht die behauptung, die politik der imperialistischen staaten erkläre sich lediglich aus einer weitgehenden "interessensidentität", durch die dann "die real existierenden innerkapitalistischen widersprüche in dieser frage relativ unbedeutend bleiben." (für den kommunismus!, kritik-papier zum frankfurter kongreß)

beide darstellungen resultieren zum größten teil aus der unterschiedlichen analyse der beziehungen, die zwischen den ökonomischen strukturen und dem imperialistischen staat und zwischen den einzelnen imperialistischen staaten bestehen.

in dem maß, in dem sich der imperialismus historisch entwickelte, was zur dominanz des multinationalen monopolkapitals mit hauptsächlicher konkurrenz im intermonopolistischen bereich führte, wurde der gesamte staats-

apparat durch die monopole in dienst genommen und seine strukturen gegen alle nicht-bürgerlichen klassen abgeschirmt. neben seinen aufgaben im allgemein-reproduktiven und im repressiven bereich hat der imperialistische staat der multinationalen die funktion, die sich verschärfenden ökonomischen widersprüche, die aus dem imperialismus hervorgehen, durch eingriffe in die wirtschaftsabläufe zu regulieren (geldpolitik, kapitalexporte, profitgarantie durch den mik usw.), was zu einer teilweisen verselbstständigung des staatsapparates von den einzelnen kapitalfraktionen führt. diese ökonomischen und politischen kräfte wirken aufeinander ein, wobei sich die ökonomischen gesetze (ungleichmäßige und kombinierte entwicklung, tendenzieller fall der profitrate) immer durchsetzen und damit die grenze der staatsfunktionen definieren. im gegensatz dazu gibt es keine allgemeinen gesetzmäßigkeiten im politischen überbau.

für das verhältnis der imperialistischen staaten untereinander - speziell ihre stellung innerhalb der nato - gilt daher, daß es auf der stärke der einzelnen monopolkapitale beruht, aber als relativ eigenständiges system gesehen werden muß.

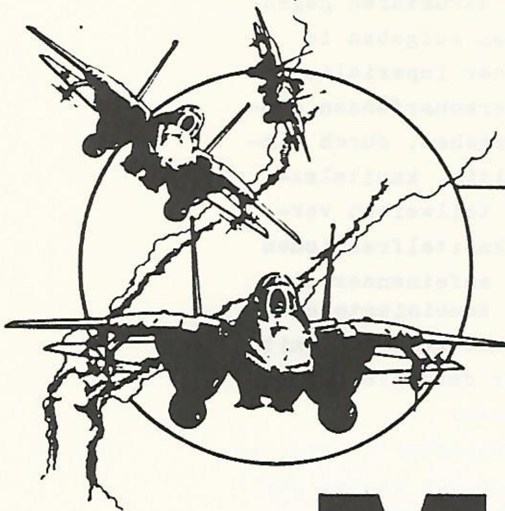
der westliche imperialismus als garant der gesamtkapitalistischen reproduktion ist am genauesten, wie z.b. in den texten von grapo, pce(r) oder den br, als "kette" zu definieren, in der jeder staat versucht, seine interessensanteile zu behaupten (wobei die definition der "kette" nicht dahingehend interpretiert werden darf, daß aus der möglichkeit, einzelne glieder aus dieser kette revolutionär zu lösen, die revisionistische theorie vom "sozialismus in einem land" abgeleitet werden kann). die behauptung der interessensanteile erfolgt zum einen gegeneinander, in der größe der gegenseitigen abhängigkeit, die sich aus der stärke des jeweiligen nationalen monopolkapitals ergibt, und nach außen in der behauptung der gesamtinteressen der imperialistischen kette. diese gesamtinteressen entstehen nicht als "interessensidentität", sondern als ergebnis der auseinandersetzungen der jeweiligen, ungleichgewichtigen einzelinteressen, wobei das stärkste monopolkapital seine interessen als kern der "gesamtinteressen" durchsetzen kann. die vermittlung der einzelnen interessen als gesamtinteresse durch die nationalstaaten führt dementsprechend, analog der stärke der nationalen kapitale, zum substanzverlust der staaten innerhalb der imperialistischen bündnisse wie nato oder eg, die durch die jeweils stärksten staaten hegemonisiert werden.

spezifisch für die nato ist - und das hat das beispiel des angriffs auf libyen deutlich gezeigt - daß über ihre militärische struktur mit doppelten befehlsbereichen für nato- und us-streitkräfte, die usa ihre politischen interessen gegen die interessen der westeuropäischen imperialistischen staaten durchsetzen können. daran ändert auch die sogenannte "stärkung der europäischen säule der nato" im bereich des mik (eurogruppe, iepg) nichts, da die struktur des bündnisses unangetastet bleibt.

die formeln von "gesamtsystem" bzw. "interessensidentität" werden dieser imperialistischen realität genausowenig gerecht wie eine schematische differenzierung in "us-imperialismus als hauptfeind der völker" und "brd-bourgeoisie als hauptfeind der arbeiterklasse im eigenen land" (zehn thesen der proletarischen aktion zu aktuellen fragen, these 3 und 4, gemeinsame beilage nr. 2, juni 1986)

eine antiimperialistische strategie muß vielmehr von der komplexität des des imperialistischen systems ausgehen - die nato als zentralen apparat der imperialistischen staatenkette unter der hegemonie der usa begreifen - um den widerstand gegen seine funktionsweise dialektisch bestimmen zu können.

SOLDIER OF FORTUNE
AUGUST 86



LIBYA MILLIONS FOR MURDER

Khadaffi Bankrolls World Terror

by David Segal

THE mask of terrorism hides many faces, but none more recognizable than that of Muammar Khadaffi, Libya's restless "Duce of the Desert." Since he came to power in a coup on 1 September 1969 Khadaffi's monumental ego forced him to spread his influence on world terrorism like ripples on a pond. He could never be satisfied with being merely a regional menace.

Khadaffi's cash flows from oil wells in his otherwise impoverished nation and this, combined with Libya's strategic position on the Mediterranean Sea, quickly attracted the attention of the Soviet Union. By 1974, with Moscow's aid, Khadaffi transformed his oil-rich domain into a major terrorist den that poses a steadily growing threat to the security of the West and of pro-Western governments around the world.

Today Libya provides money, training and arms to at least 50 extremist groups and nearly 40 radical governments. High on this list are the Abu Nidal, Ahmed Jibril and Naif Hawatmeh factions of the PLO (Fatah — Revolutionary Command; Popular Front for the Liberation of Palestine — General Command; and Democratic Front for the Liberation of Palestine, respectively) and numerous terrorist groups based in and operating out of Lebanon, Syria, Iran and Nicaragua. Khadaffi has shown a remarkable willingness to loosen his purse strings and training facilities to nearly any terrorist group that asks.

These include terrorist groups operating as far afield as Argentina, Uruguay, Chile, Colombia, Peru, Ireland (North and South), Spain, Italy, Germany, France, Turkey, Thailand, Indonesia, Malaysia and the Philippines. It would be nearly impossible to cover all of Khadaffi's antisocial activities, but, according to the authoritative British publication *Foreign Report*, an estimated annual total of 7,000 foreign terrorists pass through a network of at least 15 Libyan training camps, 14 in Libya and one in Libyan-occupied Chad. These camps are:

- Ras al-Hilal, about 250 kilometers west of Tobruk near the Mediterranean coast.
- Beda, 200 kilometers south of the Gulf of Sidra.

Sidi Bilal, south of Tripoli. This was one of the targets hit in America's 15 April air raid.

- Sebha, in central Libya, is said to be a site for the training of assassination hit squads.
- The "April 17th" camp near Benghazi.
- Tajura camp, about 16 kilometers from Tripoli, said to be a training site for members of the Provisional Irish Republican Army (Provos).
- Al-Aziziya, 45 kilometers south of Tripoli, bombed during the 15 April U.S. air raid.
- Al-Jadayim, west of Tripoli.
- Al-Jagbub, about 30 kilometers west of the Libyan-Egyptian border.
- Ghadames camp, near where the borders of Libya, Tunisia and Algeria intersect.
- A camp in the town of Surt, proper.
- Kufra camp at an oasis in southeast Libya, said to be the site of special and advanced training.
- Sabaratha camp, west of Tripoli.
- Benina camp outside Benghazi, also bombed during America's 15 April air raid on Khadaffi's bases.
- A camp in the Aozou strip, an area of Chad occupied by Libya.

Very few instructors at these camps are Libyans. Most are hired Palestinian, Syrian, Cuban and East German experts in such subjects as assassination, demolitions, small arms and espionage.

The reason for the massive amount of Libyan support for terrorist groups, extremists and guerrillas all over the globe becomes clear after a brief glance at Khadaffi's philosophy. The man believes himself to be a man of destiny and believes Allah gave him the job of leading the Third World to victory over the West and its allies. And he makes no secret of this belief. It is openly proclaimed in the pages of *Al-Zahaf al-Akhdar*, the English-language *Jamahiriya Mail*, various official Libyan government proclamations (such as the *Declaration on the Establishment of the Authority of the People* of 2 March 1977), and Khadaffi's own revolutionary Bible, the *Green Book*. Unfortunately, Khadaffi's openly stated goals and beliefs, like those of Hitler 50 years ago, are difficult for people to take seriously. Fortunately, more and more people come to their senses with each new Libyan-sponsored terrorist act.

Normally, Khadaffi pays non-Libyan professionals like the PLO to do his dirty work, but he makes an exception for "stray dogs"— which is Khadaffi-speak for Libyan exiles who still have the courage to oppose his reign of terror. Khadaffi prefers to have his own Libyan hit teams hunt his Libyan opponents down and kill them.

By 1980, after systematically crushing all opposition groups within Libya, Khadaffi was ready to deal with opponents who had found refuge abroad. From 1981 to the present, Libyan hit men have murdered dozens, if not hundreds, of anti-Khadaffi Libyans in Greece, Turkey, Italy, France, Germany, Austria, Spain, Portugal, Great Britain, Ireland, Canada, the United States, Latin America and the Middle East. They have narrowly missed murdering many more, though not for lack of effort.

This has resulted in tensions between Libya and the host countries of the "stray dogs" Khadaffi wants to kill. In April 1984, for example, gunmen in the Libyan People's Bureau (Embassy) in London opened fire on a crowd of anti-Khadaffi demonstrators killing a British policewoman and wounding 11 demonstrators. This followed a nasty series of bomb attacks against Libyan dissidents in Britain during the previous month. The British broke diplomatic relations with Libya and after the embassy was vacated, British authorities found weapons and spent shell casings in the building.

In the United States, an anti-Khadaffi student was killed in July 1981 in Ogden, Utah, presumably by pro-Khadaffi Libyans. In May 1984 the FBI arrested two Libyans in the Philadelphia area for trying to buy silenced handguns — the usual Libyan assassination weapon. One year later, in May 1985, a Libyan diplomat at the United Nations was sent home for his activities in aiding hit teams assigned to terminate anti-Khadaffi students, and a suspected Libyan hit team was broken up before it could implement a plot to kill Libyan dissidents in four states.

The United States also witnessed one attempted murder of a Khadaffi opponent by a Libyan-hired foreign assassin, rather than the usual native Libyan hit squad — the failed assassination of Faisal Zagallai in October 1980. A student in Fort Collins, Colorado, and an outspoken opponent of the Khadaffi regime, Zagallai was shot twice in the head but survived with only the loss of his right eye. His American would-be assassin, Eugene Tafoya, was apparently working for Edwin Wilson, an ex-CIA agent employed by Khadaffi. Described by the CIA as a "rogue elephant," Wilson is believed to have trained Libyan and foreign terrorists.

The United States broke diplomatic relations with Libya in 1982, two years before Britain, because Libyan diplomats were engaging in "acts incompatible with their diplomatic status," and Libya was sponsoring "acts hostile to the United States." The straw that broke the American Eagle's forbearance was sensitive intelligence information indicating that Khadaffi had dispatched hit teams to kill the president of the United States, Ronald Reagan. At the time, most influential U.S. news media dismissed the idea as so much Reagan administration paranoia. Today, in retrospect, things look a bit different.

If the alleged hit teams were real they were probably composed of PLO professionals. When Khadaffi orders a terrorist action abroad, it is normally carried out by one of the 40 or so Libyan-sponsored terrorist groups (usually by hard-core PLO professionals) that are not readily traceable to Libya.

When Muammar Khadaffi began his foreign aid program to the world's developing terrorist groups, he did not deliberately set out to become a major part of the Kremlin's international terror network. As a devout Moslem and fervent nationalist, Khadaffi's basic sympathies seemed to lie with the extreme right, rather than with the communists, in the early years of his reign. The first terrorists to receive aid from Khadaffi were Italy's most extreme neo-fascists, the spiritual heirs of Libya's repressive colonial masters.

One of Khadaffi's early efforts was the Italy-Libya Association, later outlawed as a front for Italian right-wing terrorists. That association was headed by Claudio Mutti, who would later be jailed for his role in the 2 August 1980 bombing of Bologna's railroad station that killed 84 people. Another Khadaffi-backed fascist group in those days was the *Avanguardia Nazionale*, whose posters summed up the Arab-fascist alliance with the slogan: "We are with you, heroic Arab-Palestinian People, and not with the Dirty, Fat Jews," to cite one example.

Starting with financial aid to the right wing of the PLO in 1971, Khadaffi's taste in terrorists drifted ever leftward until, today, he is supporting PLO factions that are trying to kill Arafat for being overly conservative. The turning point appears to have come in 1974 when Khadaffi was nearly ousted by his second-in-command, Major Abdul Salam Jalloud, and a clique of pro-Moscow officers. In return for Jalloud's continued backing, Khadaffi agreed to hitch his wagon to Moscow's star. He has never looked back.

Shortly after Jalloud's pro-Moscow coup, Khadaffi signed a $16 billion arms deal with the Russians, and Libya has been a major conduit for Soviet arms to terrorist groups ever since. In short order, Khadaffi hooked into the "Carlos" network of European and Latin American leftists headed by Wadi Haddad. Haddad's boss was Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) chief George Habash, a long-time dedicated Marxist-Leninist with close ties to the Soviet Union.

The complex relationships of Khadaffi and his new friends are best illustrated by the 27 June 1976 hijacking of an Air France flight to Entebbe, Uganda. The hijackers were Palestinians of the PFLP and Germans of the Red Army Faction (RAF, a.k.a. Baader-Meinhof Gang) who were all members of Wadi Haddad's Carlos network. Financed by Khadaffi, they hijacked a French airliner in Greece, refueled in Libya and landed in Uganda. There, reinforced by new PLO arrivals and protected by Idi Amin's Ugandan troops, the hijackers demanded the release of PLO and leftist terrorists held in Israel and Europe. Khadaffi's Soviet connection is the only one not instantly obvious in the Entebbe episode, although, given the framework of the Carlos network, it can be strongly inferred.

Today, Libya has moved far beyond merely arming, training and financing various PLO factions. Libya and Syria are allied in trying to wrest control from Yasir Arafat, who has headed the PLO since 1968. In December 1983, Libyan- and Syrian-backed PLO factions combined to drive Arafat and his remaining Fatah loyalists out of their last stronghold in Lebanon, the northern port city of Tripoli.

At the moment, Khadaffi and Arafat are mortal enemies, but this doesn't stop Libya from backing certain PLO factions, nor does it stop various PLO factions from doing all sorts of odd jobs for Khadaffi. Of the nearly 20 Palestinian terrorist organizations, the following have the closest ties to Libya:

Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP): Led by George Habash and headquartered in Damascus, the PFLP has 500-600 men under arms. Despite its small size it is one of the most important groups within the PLO since it is completely independent of any Arab country and advocates the PLO's freedom of action and decision-making.

Aside from the usual advocacy of the destruction of Israel, the PFLP also openly espouses a strident Marxist-Leninist ideology and advocates the establishment of "socialist" regimes throughout the Arab world. The Habash front has the closest ties of any PLO group to the international left, particularly European groups like the Provisional IRA, Action Directe, Communist Combat Cells, Red Brigades, RAF, GRAPO and ETA. Some of PFLP's actions include the 1970 simultaneous hijacking of four planes to Jordan, the 1972 Munich Olympics massacre and the 1976 Entebbe hijacking.

PFLP acts as a kind of elite group of ideological commandos that helps implement Soviet policy within the PLO and elsewhere. Habash's current close association with Syria in the power struggle against Arafat is out of character and is probably being done on Soviet orders. Habash's close allies of the DFLP remain outside the Syrian camp, perhaps in order to give the Soviets the option of a controlled group in the Arafat camp, should they need one.

Khadaffi has helped finance the PFLP since at least 1974. That financial support continues, but, while Libya and the PFLP sometimes cooperate with each other, Habash's group is independent of Libyan control.

Democratic Front for the Liberation of Palestine (DFLP): Naif Hawatmeh's DFLP split off from George Habash's PFLP in 1969, largely over personalities. The two organizations have virtually identical philosophies and work in very close cooperation with each other. There are even terrorist units operating in Lebanon under joint PFLP-DFLP command, coordinated by the leaders of both organizations.

Hawatmeh is an orthodox communist whose loyalty to Moscow exceeds even Habash's, and his organization is more dependent on Libyan money than the PFLP. Basically, the DFLP can be counted on to carry out any operation Khadaffi wants them to, provided they are paid for it and Moscow does not object.

DFLP's 900-1,000 men are organized in four "battalions" and one joint DFLP-PFLP artillery unit, and their operational command, under Khaled Abd ar-Rahim, is in Ta'albiye, Lebanon. Headquarters are in Damascus and Lebanon's Bekaa Valley, and training is done in Syria.

DFLP, which is best remembered for its 1974 massacre of Israeli school children at kibbutz Ma'alot, maintains close and regular contact with the Soviet Union.

Popular Front for the Liberation of Palestine, General Command (PFLP-GC): This group, which split off from Habash's PFLP in 1968, currently musters about 800 terrorists. It has no fixed ideology and is built, to a large extent, around the personality of its forceful leader, Ahmad Jibril. The PFLP-GC has close ties to Libya and is almost entirely Libyan financed.

Along with the Syrian-controlled "Sa'iqa," the PFLP-GC furthers the Syrian position within the PLO by armed force. Because of Jibril's active role in throwing Arafat out of Tripoli, Lebanon, in 1983, about 100-150 of his men, led by former security chief Abu Jabar, left the PFLP-GC, but they are not yet actively allied with Arafat.

Based in Syria, PFLP-GC headquarters are at Rehan, near Damascus, and its main training base is "Camp 17th September" at Ein Sahab. Jibril's Lebanon headquarters are at Deir Znun.

Libyan influence on the PFLP-GC is dominant. Jibril's group does whatever the Libyans want, whether or not the Soviets approve. Only if his position with Syria was endangered would Jibril refuse to carry out a job for Khadaffi.

Fatah — the Revolutionary Council (Abu Nidal): Led by Sabri al-Bana, this faction, with about 500-800 terrorists and activists, is one of the most dangerous terrorist groups in the world. Much of its present strength consists of Arab students in Europe, including non-Palestinians.

The group, which split off from Arafat's Fatah in late 1973 over a disagreement regarding post-Yom Kippur War political tactics, maintains Fatah's organizational structures and claims to be the "real" Fatah. However, it is better known by Sabri al-Bana's nom de guerre, Abu Nidal.

From 1974-1981, Abu Nidal was based in Baghdad with total Iraqi governmental support. This support declined as Iraq's growing concern about the Iran-Iraq War led her to seek better ties with conservative Arab governments and with the West. In November 1983, Abu Nidal was expelled from Iraq as part of an effort to clean up Iraq's image in the West, especially the U.S.

By that time, Abu Nidal had already established operational centers in Syria and has since established similar centers in Libya and Iran. By 1985 Libya reportedly had become Abu Nidal's main base of operations and source of money.

In April 1986, *Bild am Sonntag*, a West German weekly known for its excellent intelligence sources, reported that Khadaffi was paying Abu Nidal about $12 million a year. This works out to about $24,000 per person for Abu Nidal's active cadre of about 500, and that doesn't count Libyan arms, training or other funding not yet pinpointed. It seems highly probable that the Abu Nidal group will do anything Khadaffi is willing to pay for.

Abu Nidal has repeatedly demonstrated its ability to operate wherever it chooses, staging attacks in 20 countries on three continents. Its specialty is acting as an "enforcer" for Libya, Syria and Iran by attacking conservative Arab states and factions. Abu Nidal has been responsible for attacks on Jordan, Saudi Arabia, Kuwait, Iraq, Egypt and Arafat's supporters in the PLO. The group also attacked Western targets (particularly British ones), Israelis and, recently, Americans. The following are just a few of the major terrorist acts carried out by Abu Nidal in 1985:

April — Abu Nidal terrorist fires Soviet-made SA-7 missile at a Jordanian Alia airliner taking off from Athens airport. The plane was hit, but the rocket did not explode.

July — Abu Nidal thought to be responsible for bombing two restaurants in Kuwait, killing eight and injuring nearly 90. Also, in Madrid, Spain, Abu Nidal attacks the ticket offices of Alia and British Air, killing one and wounding 24.

August — Abu Nidal bombs a hotel in Athens, Greece, injuring 13 British tourists.

September — A second Athens hotel is bombed, injuring 19 tourists, mostly British. Also, Abu Nidal members throw grenades at the the Cafe de Paris in Rome, injuring 38 tourists, including Americans, Germans, Britons, Italians, Argentines and Brazilians. Shortly thereafter, the British Air office in Rome is bombed and 15 people are injured.

November — Abu Nidal hijacks an Egyptair airliner to Malta, killing an Egyptian security guard and shooting three passengers in the head to persuade Egypt to release various extremists from Egyptian prisons. One of these passengers, an Israeli woman, dies, but the other two miraculously survive. A further 58 passengers are killed during a botched rescue attempt by Egyptian army commandos.

December — Abu Nidal launches simultaneous attacks on Israeli El Al ticket counters at the Rome and Vienna airports on 27 December. Three of the terrorists in the Vienna attack carried Tunisian passports that have been traced to Libya. Two of the passports were confiscated from Tunisians who were expelled from Libya last summer, while a third was "lost" in Libya by a Tunisian worker in 1977.

Abu Nidal makes no effort to avoid injuring innocent bystanders. In fact, the group appears to go out of its way to find targets with a maximum potential for innocent civilian casualties. As Lenin said, "The purpose of terror is to terrorize," and Abu Nidal seems to be an outstanding student of that school of thought.

Interestingly, the Abu Nidal group almost never uses the name "Abu Nidal," which was pinned on it by the press and foreign governments. It normally calls itself "Fatah — the Revolutionary Council" or, occasionally, "Black June." When it wants to avoid direct responsibility for its acts, Abu Nidal also uses a number of aliases: Arab Revolutionary

Brigades (against the Persian Gulf states), Black September (when attacking Jordanian and Palestinian targets), and Revolutionary Organization of Socialist Moslems (ROSM) when attacking British targets. Given the current tension between Libya and the United States, it would be surprising if Abu Nidal does not carry out some specifically anti-American attacks, perhaps under yet another name.

Popular Arab Liberation Movement (PALM): Led by Naji Alush, this small group of under 100 active terrorists broke away from Abu Nidal in 1979 and lived to tell about it. PALM draws its support from dedicated activists in Lebanon, Syria, Libya and Europe.

According to Israeli Foreign Ministry sources, there are PALM infrastructures in Spain, West Germany and Britain, although actual activity so far is low. Most of the funding appears to be Liby-

Palestinian Arab Revolutionary Committees of the Arab Liberation Movement (variously called PARC or ALM): Despite the fancy title, this recently organized group, headed by Ziad al-Khumsi, is largely a figment of Muammar Khadaffi's imagination. PARC appears to be Khadaffi's attempt to establish a completely Libyan-controlled group within the PLO that will be as subservient to Libya as Sa'iqa is to Syria. Virtually all of PARC's facilities are in Libya, but real Palestinian members are few and far between.

So far, PARC hasn't undertaken a single known terrorist operation, but, given Khadaffi's desire to hit American targets, that could easily change.

Palestinian terrorists aren't the only extremists with ready access to Libyan money and/or support. There are even some American groups that maintain close ties with Libya.

For example, I interviewed several members of a large American delegation that attended Khadaffi's Green Book conference in 1983. An annual affair held at Garyounis University in Benghazi, the ostensible purpose of the conference is to bring together people from all over the world to discuss the merits (if any) of Khadaffi's philosophy as expressed in his Green Book. In reality, the conference is a cover for various anti-Western groups to make contact with the Libyan government and/or be contacted by it.

During the 1983 conference from 7-13 April, an American delegation, representing various U.S. extremist groups, met with Khadaffi in his tent to discuss the general situation of "revolutionary groups" in the United States. According to secret sources, a "business meeting" followed the next day. That meeting was presided over by Khadaffi's second-in-command, Major Jalloud.

At that meeting, the Libyans urged the American radicals to form a "united revolutionary force" and offered the Americans Libyan money and assistance. Among the American groups at the meeting were the Nation of Islam, the Republic of New Afrika, the All-African People's Revolutionary Party, the American Indian Movement (AIM) and the International Indian Treaty Council.

Two years later on 24 February 1986 Khadaffi gave a live televised speech by satellite to a Nation of Islam convention in Chicago, in which he urged black American servicemen to leave the military and create a separate army because the United States "must be destroyed." There was no noticeable response to Khadaffi's appeal among black American servicemen, and Nation of Islam leader Louis Farrakhan publicly dissociated himself from Khadaffi's appeal. That public disclaimer did not stop Farrakhan from accepting a $5 million interest-free loan from Khadaffi a week later.

Libya's leader also has ties to Kwame Ture's (a.k.a. Stokely Carmichael's) AAPRP, the Republic of New Afrika and AIM. Khadaffi has tried to forge these groups into a violent "revolutionary force" to be used against the United States, so far without much success.

While a number of American radical groups (not always left-wing) probably would be willing to engage in violence on Libya's behalf, there has been little indication of such activity to date. That should change in the near future, however.

The question of organized domestic violence with Libyan assistance is far from hypothetical in El Salvador, Argentina, Uruguay, Chile, Colombia, Peru, Britain, Ireland, Spain, Italy, West Germany, France, Turkey, Thailand, Indonesia, Malaysia and the Philippines. A complete listing of all Libyan assistance to over 50 terrorist and guerrilla groups around the world is not possible in the space we have, but a couple of examples will suffice.

Libya has supported Ireland's self-proclaimed Marxists of the Provisional Irish Republican Army (Provos) since the early 1970s. In March 1973, for example, the Irish navy boarded the merchant vessel *Claudia* off Helvick Head, County Waterford, and confiscated five tons of cargo: 250 assault rifles, 246 bayonets, 850 rifle magazines, 243 pistols, 20,000 rounds of ammunition, 500 grenades, 100 anti-tank mines, and large amounts of timers, blasting caps, fuzes, TNT primer and gelignite explosive.

Most of the arms were of Russian origin and had been loaded onboard by Libyan soldiers in Tripoli. Among the six Irishmen arrested aboard the *Claudia* was a Provo leader named Joe Cahill, presently in charge of distributing privately donated NORAID "relief funds" in Ireland.

Since then, both Khadaffi and Libya's state-controlled media have blown hot and cold on the Irish issue, sometimes openly supporting the Provos and sometimes denying any connection with them and even condemning them. In practice, Libyan support for the Provos never stopped.

In April 1975 Khadaffi told an Irish Parliamentary delegation that, in the future, "no aid would be given to any illegal organization in Ireland." In September 1976, he told *Newsweek* "... our relations with London and Dublin are improving rapidly ... the IRA chapter is behind us." He lied.

We may never know how many Libyan arms shipments got through to the Provos. We do, however, know about a recent one that didn't get through. On 26 January 1986, Irish Gardai (police) arrested five men and seized over 100 guns and 20,000 rounds of ammunition in dawn raids on three different sites in counties Roscommon and Sligo in the Republic of Ireland.

The guns included 87 Kalashnikov assault rifles (all new) of East German, Bulgarian and Rumanian origin; 10 West German Heckler & Koch rifles, and 17 Brazilian 9mm Taurus pistols. The ammunition, which came in 20 1,000-round boxes, was all 7.62mm ComBloc, manufactured in Yugoslavia for the Libyan army. Clearly marked on each of the 20 ammunition boxes were the words "Libyan Armed Forces. Cartridges for Weapons." Senior Gardai sources said that the shipment had originated in Libya and international police were working on pinpointing the deadly cargo's route from Libya to Ireland.

Irish terrorists are not the only people to receive massive "Libyan lend-lease." In April 1983, four Libyan planes were forced to land in Manaus, Brazil, for technical reasons. Although the crews claimed they were carrying medical supplies to Colombia, the skeptical Brazilians searched the planes and found they were carrying 84 tons of arms, explosives and other military equipment to Nicaragua.

The ultimate terrorist nightmare could become reality if Khadaffi got his bloody hands on a nuclear device. He hasn't done so yet, though not for lack of trying. In May 1983, a junkyard owner in Rome was arrested by Italian authorities for trying to sell 10.5 ounces of enriched uranium to "a Middle Eastern country." That Middle Eastern country is reliably reported to have been Libya. As to where and how the junkyard owner got his hands on 10.5 ounces of enriched uranium is still a mystery.

President Reagan certainly hopes Khadaffi will never get The Bomb, but his thoughts and actions are turned more toward Libya's present depredations. The bombing of military targets in Tripoli and Benghazi on 15 April shook Khadaffi out of his complacency and showed American resolve on the question of terrorism. It didn't end Libyan terrorism in a single swipe, but it was a step in the right direction.

More than brute military muscle is needed to tear down Khadaffi's sand castle — the much-debated economic boycott must be made a reality. After all, virtually all the money Khadaffi uses to

finance terrorists comes from a single source — oil. In 1980, those revenues reached an all-time high of $22.6 billion. Even with today's soft oil prices and lowered production, Libya's estimated 1986 revenues of $7 billion are still more than enough to finance Khadaffi's terrorist activities. Even if America's European allies were to cut their oil imports from Libya by half, the impact on Khadaffi's cash flow would be substantial.

Should that fail, a natural extension of the economic weapon would be the destruction of Libya's oil fields and refineries — without his source of revenue, Khadaffi's terror machine would grind to a halt.

Since the United States is completely independent of Libyan oil, the only consideration standing in the way of our destroying Khadaffi's oil production is the dependence of France and Italy on Libyan oil. Disarray and discord among our allies — combined with the way oil can lose notice of its national origin as it moves through the market — may gut any attempted aggressive use of economic weapons. If we can't mount an effective boycott, Reagan may have to use military muscle yet again. The ball is in the European court now.

Anklage gegen A.Hasi erhoben.
Derzeit ist nur die Beteiligung am Anschlag auf die 'Deutsch-Arabische Gesellschaft' relevant. TAZ 1.8.86

Aus Berlin Kuno Kruse

Gegen den im April unter dem dringenden Verdacht der Beihilfe zu dem Sprengstoffanschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle" verhaftete 35jährige Palästinenser Ahmad Hasi hat die Staatsanwaltschaft jetzt Anklage erhoben. Er wird voraussichtlich noch im diesem November in West-Berlin vor Gericht stehen: wegen Beteiligung an den Anschlag auf die „Deutsch-Arabische Gesellschaft" (DAGB) im Berliner Stadtteil Kreuzberg am 29. März 1985. Die Ermittlungen im Fall „La Belle", teilte Justizsprecher Kähne am Donnerstag mit, würden voraussichtlich erst im Spätsommer 1986 abgeschlossen sein. Hasi sei weiterhin verdächtig. Bei den Vernehmungen durch die Beamten der Staatschutzsonderkommission hatte Hasi ein Geständnis über die Beteiligung an dem Anschlag auf die Räume der „Deutsch-Arabischen Gesellschaft" abgelegt, bei dem mehrere Menschen verletzt wurden. Mittäter soll der 39jährige Farouk Salameh sein, gegen den ebenfalls Anklage wegen „gemeinschaftlich versuchten Mordes und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" erhoben wurde. Ein dritter ursprünglich festgenommener Palästinenser war wegen mangelnden Tatverdachts bereits auf freien Fuß gesetzt worden.

Hasi, so die Staatsanwaltschaft, habe nach einer Anwerbung durch seinen in London verhafteten Bruder Nezar Hindawi und einem Schulungskurs in Libyen 1985 gemeinsam mit Salameh Anfang 1986 in Syrien das Bombenbasteln erlernt. Nach einen Disput zwischen Hindawi und einem Vertreter der DAGB in Berlin im Februar 86 über die Tätigkeit palästinensicher Befreiungsorganisationen habe Hindawi unterstellt, daß die Gesellschaft mit Israel-freundlichen Kräften zusammenarbeite. Hasi habe daraufhin nach einem Anruf seines inzwischen nach London zurückgekehrten Bruders den Sprengstoff aus der Syrischen Botschaft in Ost-Berlin geholt. Von dort sei er zum Ostbahnhof gefahren worden, um den Sprengstoff bei der Gepäckaufbewahrung zu deponieren. Eine Woche später habe Hasi den Sprengstoff an Salameh übergeben. Nach zwei vergeblichen Versuchen, bei denen der Zeitzünder versagte, hätten sie die Bombe am 29. März 1986 explodieren lassen und neun Personen verletzt.

In den Ermittlungen hinsichtlich des Attentates auf die neben anderen Ausländern von schwarzen Soldaten der US-Armee frequentierte Diskothek am 5. April, bei dem eine Türkin und ein schwarzer US-Amerikaner getötet und mehr als zweihundert Gäste zum Teil sehr schwer verletzt wurden, ergab sich für den Sonderstab, so ein Staatsschutzbeamter, bis heute „keine wirklich heiße Spur". „Kriminalistisch", so der Leiter des Berliner Staatsschutzes Manfred Ganschow, bleibt Ahmad Hasi „im Bereich der Verdachtslage".

Hasi war auf Grund eines Hinweises von Scotland Yard zwei Wochen nach dem Anschlag auf die Diskothek in seiner Berliner Wohnung, die er mit einer deutschen Freundin teilt, festgenommen worden. Seine Adresse stand im Notizbuch des in London verhafteten Bruders Nezar Hindawi.

Ein anderer in der britischen Hauptstadt lebender Bruder hatte Hindawi überredet, sich der Polizei zu stellen, nachdem dieser am 15. April auf dem Londoner Flughafen versucht hatte, seiner schwangeren irischen Freundin vor Antritt eines El-Al-Fluges nach Tel Aviv eine mit Sprengstoff gefüllte Tasche unterzuschieben. (Der Namensunterschied der Brüder ergibt sich aus dem arabischen Familienrecht).

„La Belle": Keine neue Spur

Die bei der Berliner Wohnungsdurchsuchung entdeckten „Indizien", die auf eine Beteiligung Hasis an dem Anschlag auf das „La Belle" hinweisen sollten, haben sich nach Auskunft seiner Rechtsanwältin als „unhaltbar" erwiesen, eine angebliche Skizze der Tanzfläche als sinnloses Gekritzel auf der Rückseite eines Blattes mit einem arabischen Gedicht herausgestellt. Gegenüberstellungen mit Disko-Besuchern brachten kein vorzeigbares Ergebnis.

Wenn Hasi an dem Anschlag auf die Diskothek beteiligt gewesen wäre, ist sich seine Anwältin sicher, hätte er das „unter dem Vernehmungsdruck mit Sicherheit gestanden". Der stellvertretende Leiter des Berliner Staatsschutzes, Piete, unterstellt dagegen bei dem Anschlag auf die Diskothek eine höhere „Geständnisbarriere" als bei dem Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft, bei dem es keine Toten gegeben hätte: „Natürlich fällt ein Geständnis da leichter". Die verheerende Bombenexplosion in der Diskothek war der Auslöser des sogenannten „Vergeltungsschlages" der US-Luftwaffe auf die libyschen Städte Tripolis und Bengazi, sowie auf das Hauptquartier des Revolutionsführers Gadafi am 15. April. Eine fragwürdige Entschlüsselung angeblich von CIA und Bundesnachrichtendienst aufgefangener Funksprüche zwischen dem Lybischen Volksbüro in Ost-Berlin und Tripolis, wiesen dem US-Präsidenten Reagan eine langgesuchte „Blutspur des internationalen Terrorismus" in das Zelt des rebellischen Arabers. Die von Politikern und Geheimdiensten gewitterte Libysche Spur konnte von den Ermittlern vor Ort anschließend nicht aufgenommen werden.

Cousin Hasis verhaftet

In Genua wurde am Dienstag Haftbefehl gegen zwanzig Mitglieder einer arabischen „bewaffneten Terrosistischen Vereinigung" erlassen, von denen sich 11 bereits in Haft befinden sollen, sieben in Italien, einer in Großbritannien und drei in Berlin. Richter Luigi Carli, der die Ermittlungen gegen die Entführer des italienischen Kreuzfahrschiffes „Achille Lauro" führt, vermutet Verbindungen der Gruppe zu dem Bombenanschlag auf die Berliner Discothek. Das Gericht unterstellt, daß ein von den Verdächtigen aufgebautes Netzwerk von der von Syrien aus operierenden „Abu Nidal"-Gruppe genutzt würde und die Verdächtigen auch als „Revolvermänner" für andere Terrorganisationen einspringen würden.

Der Kopf der Gruppe, so will das Italienische Fernsehen, RAI I, erfahren haben, hätte seinen Sitz in London gehabt. Bei einem der in Italien verhafteten Palästinenser

handelt es sich um einen 25jährigen Cousin Ahmad Hasis. Visastempel im jordanischen Paß des seit fünf Jahren in Genua studierenden Palästinensers wiesen auf mehrere Reisen nach Jordanien und Syrien. Die Familie der Beschuldigten lebt nach Angaben der jordanischen Botschaft in London in dem kleinen Dorf Bakoura im Ghortal, einem nördlich des Toten Meeres gelegenen Abschnitts des Jordantals. Von der Übersendung eines italienischen Haftbefehls ist dem Leiter der Abteilung Staatsschutz der Berliner Polizei, Manfred Ganschow, nichts bekannt. Möglicherweise sei es ein nationaler Haftbefehl.

Haftbefehle nach Ausländerrazzien

TAZ
23.8.86

Vier Libanesen wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Sprengstoffattentates in Berlin verhaftet / Abgehörtes Telefon gab den Ausschlag / Kein Zusammenhang mit der RAF

Aus Berlin Kuno Kruse

Gegen drei in Berlin festgenommene Libanesen wurde nach stundenlangem nächtlichem Verhör durch den Berliner Staatsschutz am freitagfrüh Haftbefehl wegen dringenden Verdachts der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags erlassen.

Über die Begründung für den Haftbefehl wollte der Sprecher der Berliner Justizbehörden, Walter Neuhaus, keine weiteren Angaben machen. Die drei, 19, 22 und 31 Jahre alten, gerade aus dem Libanon eingetroffenen Männer, deren Namen mit Abbas N. A., Ali D. H. und Hicham A. A. angegeben wurden, bestritten jegliche Absicht, irgendeinen Sprengstoffanschlag geplant zu haben. Ein weiterer Haftbefehl erging gegen den ebenfalls am Mittwoch festgenommenen Libanesen Mustafa I. Dem seit acht Jahren in Kreuzberg lebenden, mit einer deutschen Frau verheirateten Vater von fünf Kindern wurde vorgeworfen, einen von bisher unbekannten Dienststellen abgehörten Anruf aus Zypern erhalten zu haben, in dem er darüber in Kenntnis gesetzt worden sein soll, daß man beabsichtige, Sprengstoff bei ihm unterzustellen. Mustafa I., der freimütig Kontakte zu Freunden und Verwandten in seiner Heimat, sowie gelegentliche Telefonate nach Beirut einräumt, bestreitet nicht, die verhafteten Landsleute zu kennen. Wie andere aus dem Libanon Einreisende hätten sie sich mit der Bitte um Auskünfte über Bedingungen des politischen Asyls und die dafür notwendigen Amtswege an ihn gewandt.

Die Verdächtigten waren auf Grund einer Warnung des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden an den Berliner Staatsschutz, in dem zwar ihre Namen, aber nicht das Ziel des angeblich geplanten Anschlags genannt wurden, in einer großangelegten Razzia in der ganzen Stadt gesucht worden. Drei der namentlich Genannten waren dann in einer zu einem sogenannten Asylantenheim umfunktionierten Absteige in der Potsdamer Straße im Berliner Stadtteil Schöneberg angetroffen worden, in die sie von der Ausländerbehörde eingewiesen worden waren. Die unbewaffneten Libanesen leisteten der zur Festnahme eingesetzten Sondereinheit keinen Widerstand. Sprengstoff wurde nicht gefunden. Aufgrund eines im Zimmer der Männer entdeckten Prospektes des Koffer- und Taschenherstellers „Prince", sucht die Polizei jetzt fieberhaft nach einem Koffer dieser Marke, in dem sich Sprengstoff befinden könnte. Angebliche Erkenntnisse, daß die drei amerikanische Einrichtungen in die Luft sprengen wollten, bezeichnete die Polizei bisher als „allgemein". Auch Berichte, wonach der Hinweis, der zur Fahndung nach den vier Männern führte, im Zusammenhang mit der Verhaftung des mutmaßlichen Mitgliedes der „Roten Armee Fraktion", Eva Haule-Frimpong stünde, wurden von den Berliner Ermittlern ausdrücklich dementiert. Das habe nichts miteinander zu tun. Erkenntnisse über Verbindungen zwischen der RAF und arabischen Gruppen lägen nicht vor. Auch über einen Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Discothek „La Belle" ist nichts bekannt.

Lob der Dialektik
Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt, außer der Stimme der Herrschenden
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen
Und aus Niemals wird: heute noch!

TERRORISM : THE AMERICAN VERSION

Armenia 127/128 '86

On the 25th of April 1983, the Headquarters Department of the US Army published "Training Circular" No 19-16 (of a politico - military educational series) entitled **COUNTERING TERRORISM ON US ARMY INSTALLATIONS.**

This Training Circular- which in reality is a large volume- is prepared by order of the Secretary of the Army, General E.C.MEYER, U.S. Army Chief of Staff, and published in Washington D.C. by U.S. Government Printing Office.

On the cover of this book is found a **"Distribution Restriction"** which states: **"This publication contains technical or operational information that is for official Government use only. Distribution is limited to US Government agencies".**

The book in question seems to be an almost secret document, and only the hierarchy of US governmental circles have free access to it.

Through a special arrangement between **ASALA's** Security Department and the editorial staff of the **"HAYASTAN"** (ARMENIA) organ, we have this book at our disposal and we shall try to present it in series to our public and in particular to the national-liberational movements, so they profit by attaining knowledge about the "anti-terrorism" modes practiced by the most powerful imperialist country of the world.

As it is mentioned above, this book is written by statesmen for statesmen.

This is a characteristic worthy to be noted because in this book, American officials do not feel they are obliged to carry out their usual process of "brain-washing" the public and so, they approach the matter more objectively. This gives us, the masses of deprived peoples, an opportunity to see the true face of the policy adopted by American authorities vis á vis "terrorism" and its "neutralization".

In fact, even though the authors of this book regard the national - liberational struggles as "international terrorism", they recognize their "political, religious or ideological" bases, and almost always resign from their habit of labelling them as results of "Soviet conspiracies".

The book contains 11 chapters and 23 appendixes: The chapters are:

1-Introduction to Terrorism.
2-Countering Terrorism Model.
3-Criminal Information-Intelligence.
4-Threat Analysis.
5-Crime Prevention: Operations Security.
6-Crime Prevention: Personnel Security.
7-Crime Prevention: Physical Security.
8-Authority and Jurisdiction.
9-Planning for Crisis Management.
10-Performing Crisis Management.
11-Countering the Terrorism Threat.

The first chapter, **"Introduction to Terrorism"** is a general presentation of the different aspects of "terrorism"; its characteristics, its goals, its operations, its targets, etc...

It opens with a definition of terrorism: **"Terrorism is the calculated use of violence or the threat of violence to attain political, religious, or ideological goals by instilling fear or using intimidation or coercion".**

This definition is followed by a brief explanation of the systematic measures required in countering terrorism. Thus, "the countering-terrorism approach is divided into antiterrorism and counterterrorism measures".

ANTITERRORISM- "is the proactive, preventive stage of countering terrorism".

COUNTERTERRORISM- "is the reactive, tactical stage of countering terrorism".

Under the sub-title "The Problem", the book emphasizes that during recent years the number of "terrorist attacks" has increased significantly. It states that "according to **Patterns of International Terrorism: 1981, published by The OFFICE for**

Combatting Terrorism, the US Department of State (Appendix A), the number of attacks against the military is increasing... During the period 1968-1981 there were 657 international terrorist attacks against the US military".

The next point of interest is by whom and why are terrorist acts committed? The book answers this question stating that "Terrorism may be used by individuals or well-organized groups to obtain their goals when other means (political process, mass demonstrations, media attention) have failed... Terrorists' most important gains are ***publicity, large sums of money, and incremental or revolutionary change***".

Already here, the experts of the American authorities recognize the revolutionary nature of "terrorism" and add that even "if "terrorists" are captured or killed" it is a gain for "terrorism" as the operation they carry out is "considered a success by other terrorists and their leaders".

Under the sub-title **"TERRORIST CHARACTERISTICS"**, "terrorism" is branched into three subdivisions.

"Not all terrorist acts are committed by ***hard-core*** political terrorists. Many are committed by ***criminals*** seeking personal rather than political gain, or by individuals who are ***mentally ill.***"

Obviously, when left to themselves, the American experts do have the "ability" to differentiate HARD-CORE POLITICAL "TERRORISTS" from CRIMINALS and MENTALLY ILL individuals, and do not, as they intentionally do in public, lump them together under the label "international terrorism".

Fredrick J. Hacker groups terrorists as:
CRUSADERS, CRIMINALS and CRAZIES.

- "**CRUSADERS** - Ideologically inspired individuals or groups- the Political terrorists.
- **CRIMINALS** - People who commit terrorist acts for personal rather than ideological gain.
- **CRAZIES** - Mentally ill people who commit terrorist acts during a period of psychiatric disturbance."

After briefly defining these three categories, it is seen necessary to further explain them as "their differences are not always clear-cut":

CRUSADERS want prestige and power for a collective goal or a higher cause. However, since the act of terrorism itself is a criminal offense,participation makes the crusader a criminal. Many crusaders have extensive criminal backgrounds. Terrorist groups have recruited new members in prisons, often beginning the indoctrination and training of new members while they are still confined. The crusader may also be mentally ill, suffering from an antisocial personality or other form of psychiatric disturbance. These people see membership in a crusader group as an opportunity to exercise violent behaviour. Some crusaders have a pathological need for the support and identification provided by group membership.

CRIMINALS are increasing their use of terrorism. Some of their acts of terrorism, such as ***kidnapping or extortion***, are planned. Others are not planned, but happen as a result of the fast response time by law enforcement to an ongoing crime. For example, a number of bank robberies have evolved into unplanned hostage situations when police arrive in response to an alarm while the robbery is still in progress.

CRAZIES may be the most difficult terrorists to deal with. Many of these people are impulsive and unpredictable. Others are compulsive and plan their actions in minute detail. Some of these people are delusional, believing they are agents of God.

However, the American experts confess that "unfortunately, there is a good chance that ... you will not really know who the real terrorists are and, more importantly, what their motivation is."

Nevertheless, they add that "those who practice terrorism share common features.They_

- ☐ Promote fear.
- ☐ Are usually militarily weaker than the opposing police security forces.
- ☐ Do not necessarily equate tactical success with mission success. Publicity may be the main terrorist objective. Terrorists considered the Munich Massacre of 1972 a success although none of the terrorist demands were met and ***five out of eight terrorists were killed.***
- ☐ Are highly mobile.
- ☐ Exploit the fact that terror is cheap. A few perpetrators with inexpensive small arms can

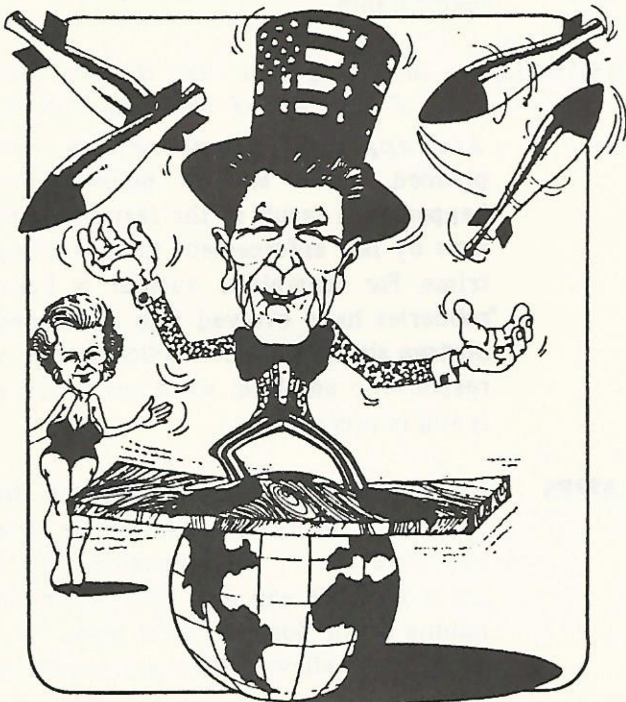
create disruptions affecting whole nations.

- ☐ Possess limited resources.
- ☐ Operate most often under cover.
- ☐ Believe small groups mean security and efficiency.

After listing these "common characteristics", the American experts proceed to list the goals of "terrorists", which they divide into two groups:

"IMMEDIATE GOALS"

- Obtain worldwide, national, or local recognition for ***the cause***.
- Cause government reaction, overreaction and repression leading to immediate public dissension.
- Harass , weaken , or embarrass government , military or other security forces.



- Show a government's inability to protect its citizens.
- Obtain money or equipment.
- Disrupt or destroy means of mobility or communications.
- Demonstrate power or threat credibilitiy.
- Prevent or delay executive decisions or legislation.
- Cause strikes or work slowdowns.
- Discourage impending foreign investments or foreign government assistance programs.
- Influence elections.
- Free prisoners.
- Satisfy vengeance.

"LONG-RANGE GOALS"

- Cause dramatic changes in government_ such as revolution,civil war, or war between nations.
- Turn the tide favorably for their side during guerilla warfare.
- Influence local, national, or international policy decision making.
- Gain political recognition as the legal body representing an ethnic or national group.

Under the sub-title **"TERRORIST GROUPS"** it is stressed that "although there is no apparent worldwide conspiracy, a trend toward cooperation has developed among terrorist groups. This includes sharing resources, expertise, and safe havens, and participating in joint operations." Here the American experts express anxiety about the fact that the growth of "intergroup cooperation increases the efficiency with which a group can operate and enlarges the group's theater of operations."

In face of this "terrorist success", "government forces combatting terrorism attempt to destroy terrorist groups or to keep them in a defensive position..."

How to confront such a governmental measure?

"To reduce the effectiveness of government agencies, terrorist groups must be extremely covert", is the "advice" of the American experts to the "terrorists".

Nevertheless, a case of a different nature is also mentioned:

In the Middle East, where popular support does exist, large terrorist groups often conduct open meetings. ***They can move about in certain areas with full security because of this popular support.*** Their once-clandestine cells now function openly. Of terrorist groups, these types are the most formidable."

After characterizing "terrorist operations" with ***"violence"***, ***"speed"*** and ***"surprise"***, the American experts divide the sequence of action for a particular plan into five phases of execution:

1. **Pre-incident phase.**
2. **Initiation phase.**
3. **Negotiation phase.**
4. **Climax phase.**
5. **Post-incident phase.**

Pre-incident Phase. pre-operational activities by terrorist groups are meticulously planned. They include reconnaissance missions, lengthy periods of training, and rehearsals. Plans are conceived and prepared by command elements. Target and area reconnaissance missions are conducted by small, special units.

Often, planners, reconnaissance teams or agents, and actual perpetrators do not meet. Information is passed down through intermediaries, liaison sections,

or by message drops. Training and rehearsals sometimes take place in countries outside the target area. Perpetrators, even the leaders, often have no knowledge of what their specific target will be until it is time to conduct the operation. If a primary target is unavailable, or the risk is perceived as too great, an alternative target is selected. Most terrorist contingency plans include alternative targets. The plan may also include alternative negotiation demands and departure or escape routes.

Initiation Phase. This is the phase in which the terrorists move to their target. Movement to the target is covert. Perpetrators leave for the target singly or in pairs along separate routes. When necessary, they use false passports and names. Weapons and other items are sent separately to prearranged locations where they are given to the perpetrators.

Negotiations and Climax Phases. When terrorists decide that a hostage / barricade or other similar event is a worthwhile endeavor, they may use the negotiation phase to gain publicity. The negotiations may include certain specific demands that often require intergovernment negotiations at the highest level. There may be trade-offs, especially when the demands are more than the government is able to meet.

Conversely, **there may be no negotiation phase,** and the climax phase will immediately follow the initiation phase. The climax phase signals the end of the incident.

Post-Incident Phase. During the post-incident phase, the terrorist members regroup, critique, and criticize the operation. This is a very important phase. Terrorists learn from and share their success and failures . This learning is often shared with other crusader groups, so they , too can use the lessons learned to improve their operational skills.

Under the sub-title **"TERRORIST TACTICS"**, the means used by revolutionary or national-liberational movements are stated; bombing, arson, hijacking, assassination, ambush, kidnapping, hostage taking.

It is however mentioned that "the tactic used most commonly by terrorist groups is bombing," because "the bomb is a popular weapon."

Whereas "assassination is perhaps the oldest terrorist tactic, and is still widely used today" by revolutionary and national-liberational movements.

"INTRODUCTION TO TERRORISM" ends with the sub-title **"TERRORIST SUCCESS"**. Here, on the basis of a Rand Corporation study of 63 "terrorist" events, American experts conclude that "TERRORISTS WILL CONTINUE THEIR ACTIVITIES". "Terrorism" still attains success in spite of the measures taken by international imperialism to crush the righteous outburst of peoples, a vivid example of which is this volume which we present to our public.



ARAB TERRORISM IN EUROPE

Dr Ariel Merari

(...)

WHY INTERNATIONAL PALESTINIAN TERRORISM?

Why do Palestinian terrorists go international to carry out their armed assaults; why don't they limit their war against Israel to Israel itself or to the Administered Territories? Why do they go to Europe or to other regions abroad?

The reasons are different for the two main blocks of the Palestinian nationalist movements. Roughly speaking there is a Palestinian Liberation Organisation, PLO, and there are the radical Palestinian groups. These radical groups include:

- Abu Nidal's group, the so called FRC: Fatah Revolutionary Council not to be mixed with Arafat's Fatah
- Abu Musa with his Fatah Rebels
- PFLP Special Operations which apparently also operated under the name LARF: Lebanese Armed Revolutionary Faction
- The 15th of May: A group that will be remembered because of its sophisticated suitcase bombs which were smuggled aboard airplanes.
- The PFLP led by George Habash and
- The PFLP-General Command led by Ahmed Jibril.

(...)

WHY EUROPE?

Theoretically a Palestinian would be quite happy to carry out a terrorist attack in the United States. But that would be a very daring exploit for any terrorist, not only for Palestinian terrorist groups. Why do they choose Europe in particular?

1. The geographical proximity of Europe to the Middle East.
2. In Europe there is a human infrastructure of Palestinian students. Abu Nidal prefers to use students: real students who are locally recruited or activists who are sent in from the Middle East and pose as students. This was the case with the would-be assasins of the Israeli ambassador in London, Argov, in 1982. Or the recent attempt to sneak a suitcase bomb aboard an El-Al airliner in London by Hindawi. The perpetrators were supposedly all students or emigrant workers. Europe provides enough human infrastructure of Middle Eastern origin to draw upon in case they are short of manpower.
3. It is easy to enter Europe and once in Europe it is very easy to move around from one country to another.
4. Most European countries have a weak policy towards terrorism and do not inflict severe punishment upon captured terrorists, especially not when Palestinian or Arab terrorists in general are involved. Some countries even have secret agreements with Palestinian terrorist groups like Fatah or the PLO. There have been many examples of an early release of terrorists in custody either before or after trial. This was done in order to avoid reprisal and more terrorist activity to extort the release of imprisoned perpetrators. This attitude helps to make terrorist activities less risky in this part of the world.
5. There are quite a few groups in Europe who maintain relations with the Palestinian groups. And particularly with Abu Nidal and the radical Palestinian groups such as the PFLP Special Operations of Salim Abu-Salem. The Palestinian groups can rely on the assistance of these European groups when they plan their operations. Even extreme right wing terrorist groups do not hesitate to render assistance to the Middle Eastern groups: The Hoffman Wehrsportgruppe and Al Fatah have maintained such relations.

(...)

INTERNATIONAL CONNECTIONS

Many connections exist between Middle Eastern and West European terrorist groups: mostly with left wing European terrorist groups but also with right wing groups.

The radical Palestinian groups maintain the most intensive links. These relations comprehend operational and logistical aid, weapon training and shelter. For instance the Lebanese Armed Revolutionary Faction, LARF, cooperated with the Italian Brigate Rosse in the murder of Leamon Hunt. Action Directe in France cooperated with LARF in several operations, including the murder of Barsimantov and the murder of the American military attaché in Paris, Charles Ray. Recently an even more extensive cooperation grew between LARF, Armenian and Shi'ite terrorists who apparently

operate under Iranian orders. Combined in the "Committee for Solidarity with Middle Eastern Prisoners" they claimed 8 out of the 10 bombings in Paris in February and March 1986. The PFLP of George Habash, once the champion of international links, now maintains relations with the Brigate Rosse, Italy, with the Red Army Faction (RAF) in Germany and with the Japanese Red Army. As a matter of fact most of the Japanese Red Army - approximately 25 persons in all - are stationed in the Bekah Valley in Lebanon.

Al Fatah has maintained links mainly with organizations considered by them as true national liberation movements: : with the ANC, the African National Congress in South Africa, the Sandinists in Nicaragua and with the Montoneros in Argentina. In Western Europe Fatah has maintained links mostly with extreme right wing groups, such as the Neo-Nazi Hoffman Wehrsportgruppe.

Generally speaking in the framework of such cooperation the local groups supply safehouses, smuggle and hide explosives and weapons and collect intelligence. The Palestinian side pays for these services with weapons, training and refuge whenever needed.

The cooperation between Palestinian and European terrorist groups is limited at present but, in my opinion, is likely to increase. Both parties have their reasons for it. The radical Palestinian groups and even Arafat's Fatah are going to launch international terrorist activities as an outlet to internal pressures. I include the more moderate Fatah here because they will have to give an answer to the failure of the peace initiative and to the competition on the part of the radical groups I mentioned earlier.

These groups will need more local support in Europe because the Libyan and Syrian state support will be less extensive and more cautious after the American retaliation raid on Tripoli and Benghazi. On the part of the local European groups there is an increasing need of external support for weapons, explosives, training and refuge.

In the near future Palestinian and Libyan and Syrian sponsored terrorism will continue, though the incidents themselves will be less sophisticated. After the American raid the last two mentioned countries will sponsor terrorism in a less direct way. They will do everything not to be caught red handed again like in the Hindawi case. The raid did not however change the basic morals of the countries in question: they still seek terrorism as a justified mode of conflict. Neither did it change anything regarding the basic interests and objectives of these two countries according to their way of thinking. This raid did demonstrate however the level of tolerance of the United States and to a lesser degree that of some European countries, measured by the partial economic and diplomatic sanctions that followed.

The dramatic response Qadaffi promised has not been executed yet and is not likely to come. There has been a wave of small terrorist attacks by local groups, but these were mainly a spasmatic expression of sympathy for Libya.

International terrorism will continue with probably the same number of incidents as this year. Perhaps not an optimistic forecast but it could be worse if we had to take Qadaffi's threats seriously.

<u>Ariel Merari, Ph. D.</u>

<u>Academic Training:</u>

1961-1965	Studies toward the B.A. degree in psychology and economics at The Hebrew University, Jerusalem. B.A. in psychology (1964) and in economics (1965).
1965-1969	Studies toward the Ph.D. degree in psychology at the University of California, Berkeley. Ph.D. awarded 1969.

<u>Experience</u>

1963-1965	Research and teaching assistant at the Department of Psychology, The Hebrew University, Jerusalem.
1966-1969	Research assistant at the Department of Psychology, University of California, Berkeley.
1969	Population Council Fellow at the Department of Physiology, School of Medicine, Stanford University.
1969-1975	Lecturer and Head of Experimental Division, Department of Psychology, Tel Aviv University.

1975	Senior Lecturer at the Department of Psychology, Tel Aviv University.
1975-1976	Leave of absence from Tel Aviv University. Service in the Israel Defence Forces.
1976-1977	Visiting Associate Professor and Research Associate at the Department of Psychology, University of California, Berkeley.
Since 1978	Senior Fellow and Head of Project on Terrorism at the Center for Strategic Studies, Tel Aviv University.
Since 1979	Consultant to the Office of the Prime Minister of Israel
1982-1985	Chairman, Department of Psychology, Tel Aviv University.
Summer 1984	Visiting Scholar, Harvard Program on Negotiation, Harvard University.
Summer 1985	Visiting Scholar at the Center for Criminal Justice, Harvard Law School, and at the Rand Corporation.



VK 27-8-86

Japanner vrijgelaten na verdenking van smokkel explosieven

AMSTERDAM (ANP) — De rechtbank in Haarlem heeft dinsdag een 33-jarige Japanner die wordt verdacht van de smokkel van explosieven, vrijgelaten. Dit heeft zijn advocaat, mr P. Wiewel uit Amsterdam bekend gemaakt. Volgens Wiewel betekent de vrijlating vrijwel zeker ook de vrijspraak van de Japanner. De rechtbank moet daarover nog uitspraak doen.

De Japanner werd op 1 mei dit jaar op Schiphol gearresteerd met ruim een kilo TNT-springstof en zes elektrische ontstekers bij zich, verpakt in een doos frisdrankpoeder en een transistorradio. De explosieven waren geschikt om bommen te maken. Volgens advocaat Wiewel was die arrestatie onrechtmatig. De Japanner zou alleen zijn aangehouden omdat er die dag verscherpt gecontroleerd werd vanwege mogelijke aanslagen en omdat hij Japanner was. Andere arrestatiegronden waren er niet volgens de raadsman.

De redenen voor de arrestatie van de Japanner zijn volgens de advocaat onrechtmatig. Een verdachte mag alleen worden aangehouden als er een redelijk vermoeden is van strafbare feiten. Is dit niet het geval, dan is de aanhouding onrechtmatig. Dit betekent dat strafbare feiten die na de arrestatie aan het licht kwamen, zoals in dit geval de invoer van explosieven, niet bestraft mogen worden. De onrechtmatige aanhouding, gevolgd door het onrechtmatig verkregen bewijs, voerde de raadsman ook aan tijdens het proces tegen de Japanner.

Hoewel de officier vier jaar gevangenisstraf eiste, besloot de rechtbank in juli tot een nader onderzoek naar de precieze verdenking tegen de Japanner toen hij werd aangehouden. Dinsdag gaf de officier te kennen dat in dit nader onderzoek geen nieuwe feiten aan het licht waren gekomen.

Nu de rechtbank de Japanner heeft vrijgelaten betekent dit, volgens Wiewel, ook dat de man vrijwel zeker zal worden vrijgesproken wegens onrechtmatig verkregen bewijs.

Hansoku Maké (Gediskwalificeerd)

Hoe het bestaat dat de rechtbank een verdachte vrij-uit laat gaan, terwijl vaststaat dat hij een (ernstig) strafbaar feit heeft gepleegd. Waarom worden anderen voor zo'n feit wèl veroordeeld? Heeft dat iets met klassejustitie te maken? Is dat vanwege cellentekort? Moet dat worden toegeschreven aan slap justitiebeleid...?

Vragen die gisteren mogelijk bij u zullen zijn opgekomen, toen u in uw lijfblad las, dat de Haarlemse rechtbank een Japanner in vrijheid had gesteld, die enige tijd daarvoor op Schiphol was aangehouden met een kilo springstof (TNT) „op zak".

Die invrijheidstelling geschiedde niet, zoals misschien uw eerste gedachte zou zijn, omdat die Japanner gedreigd zou hebben anders de hele rechtbank en allen die zich daarin bevonden in de lucht te laten vliegen, doch... vanwege het simpele feit, dat de rechtbank had bevonden, dat de man door de politie was aangehouden en ingerekend, zonder dat op dàt moment de in de wet (art. 27, lid 1, W.v.Str.v.) vereiste „verdenking" had bestaan.

Zoals het betreffende wetsartikel het uitdrukt: „Als verdachte wordt vóór dat de vervolging is aangevangen aangemerkt degene te wiens aanzien uit feiten of omstandigheden een redelijk vermoeden van schuld aan enig strafbaar feit voortvloeit."

Dus: aanhouding en onderzoek mag slechts plaatsvinden indien er zo'n verdenking bestaat — en anders niet!

De feiten: de CRI (Centrale Recherche Informatiedienst) had een bericht laten uitgaan, dat Japans en/of Arabisch uitziende personen met behulp van elektronische apparatuur, explosieven Nederland zouden binnensmokkelen. En ziedaar: een ijverige douanier had bij visitatie een transistorradiootje in des Japanners reistas „ontdekt" en, even ijverig, de politie op zijn spoor gezet. Die had de man zonder meer in de kraag gevat en ingesloten. Pas ná de arrestatie werden de explosieven ontdekt.

Wel, zult u zeggen: invoer van explosieven is strafbaar en niets staat een veroordeling dus in de weg. Doch de rechtbank — en dat is maar goed ook, want we willen toch in een rechtsstaat leven — is gebonden aan de Wet (zie hierboven art. 27 W.v.Str.v.) en kon niet anders dan constateren:

a. dat het feit dat de man Japanner was en dat hij een transistorradio meevoerde, onvoldoende grond voor de door de Wet vereiste „verdenking" opleverde; de aanhouding was dus onrechtmatig geweest;

b. dat het aantreffen van de explosieven was geschied ten gevolge van een onrechtmatige aanhouding en onderzoek. Dat mag niet — Hansoku Maké (een term uit de Japanse judosport is gelijk aan „gediskwalificeerd", in strijd met de regels).

Nota bene: als de douane reeds bij de visitatie de explosieven zou hebben aangetroffen, was alles en règle geweest. Dan immers was er voldoende grond voor „verdenking" geweest op het moment van de aanhouding (door de politie).

De rechtbank Haarlem nam een in de rede liggende beslissing en verwees, bij tussenvonnis, de zaak naar de Rechter-Commissaris om te bezien of er wellicht méér aanleiding tot verdenking was geweest.

De attente raadsman, mr. Pieter Wiewel, wachtte dat

door mr. M. Moszkowicz

onderzoek echter niet af en diende, zij het op andere dan de hiervoor genoemde argumenten, een verzoek tot onmiddellijke invrijheidstelling van zijn cliënt in.

Tijdens de behandeling van dat verzoek door de Raadkamer der Rechtbank was het de officier van justitie mr. R.E.A. Toeter die, zeer fair, het debat kortsloot door te melden dat hem inmiddels bekend was geworden, dat het onderzoek door de Rechter-Commissaris geen resultaat zou kunnen opleveren.

Consequentie: de rechtbank stelde de Japanner in vrijheid.

Conclusie: op de eerste blik onbevredigend.

Moet zo'n misdadiger nu vrij vanwege zo'n formalisme? Bij nadere beschouwing tòch bevredigend. Want er is geoordeeld volgens de Wet! En dàt is veel belangrijker dan dat zo af en toe een wetsovertreder vrij-uit gaat. De Wet geldt immers niet slechts ten nadele van hem, maar ook ten voordele. Wet is Wet.

Telegraaf 28-8-86

„Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt
Und läßt andere kämpfen für seine Sache
Der muß sich vorsehen: denn
Wer den Kampf nicht geteilt hat
Der wird teilen die Niederlage
Nicht einmal den Kampf vermeidet
Wer den Kampf vermeiden will: denn
Es wird kämpfen für die Sache des Feinds
Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat."

Die GSG-9 des Bundesgrenzschutzes

Spezialtruppe mit einem Elitestatus

„Einen Einsatz bei Demonstrationen halte ich nicht für angebracht"

SDZ 26.8.86

SZ: *Herr Wegener, in der Geschichte des Terrorismus in der Bundesrepublik spricht man von drei Phasen, die meist durch die drei „Generationen" von Terroristen gekennzeichnet werden: Die Phase der frühen RAF mit Andreas Baader und Ulrike Meinhof, die Zeit der Morde an Buback, Ponto und Schleyer und schließlich das Wiederaufleben des Terrors in den letzten beiden Jahren. Haben die Phasen für die Bekämpfung des Terrorismus eine Rolle gespielt?*

Wegener: Ja, in gewisser Weise schon. Es gab die Phase vor 1972, vor dem Anschlag auf das israelische olympische Team in München, gleichzeitig die „Anlaufphase" der RAF. Mit der Entstehung der GSG-9 und der anderen Spezialeinheiten der Länder sowie mit der Aufstellung und Einrichtung der Spezialabteilungen in den Kriminalämtern, das heißt dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern und der besonderen Abteilungen in den Nachrichtendiensten, also beim Bundesamt für Verfassungsschutz und bei den Landesämtern, gingen wir in die zweite Phase über. Erst da ging man die Bekämpfung energisch an; erst ab '72. Und die dritte Phase ist eigentlich jetzt zu sehen, mit einer neuen Generation von Terroristen und teilweise auch mit neuen Modi operandi.

SZ: *Zur Frühphase: Die Gründung der GSG-9 geht ja eigentlich auf das Olympia-Massaker zurück.*

Wegener: Das kann man so oder ähnlich ausdrücken. Ich möchte die Gründung nicht nur alleine auf das Massaker in München zurückführen, sondern sie ist ein Ergebnis der ganzen Entwicklung im Terrorismus, die in den Münchner Vorkommnissen einen gewissen Höhepunkt erreicht hat – München also nicht als Grund, sondern als Anlaß.

SZ: *Wie ging die Entstehung der GSG-9 vor sich? Sie sind ja der Gründer dieser Spezialeinheit.*

Wegener: Ich bin vom damaligen Bundesminister des Innern, Hans-Dietrich Genscher, beauftragt worden, der mich aus einer Reihe von Stabsoffizieren auswählte, die dafür in Frage kamen. Ich bin einer der wenigen gewesen, die eine gewisse internationale Erfahrung hatten, und er meinte, ich wäre der richtige Mann dafür. So bin ich plötzlich zu diesem „Kind" gekommen. Angefangen haben wir bei Null. Damals bestand nichts und es gab keine Vorbilder irgendwelcher Art. Ich habe natürlich die Literatur bemüht und wir haben mit einer Gruppe von Offizieren ein Brainstorming gemacht. Bei dieser Analyse der vorhandenen Unterlagen haben wir versucht herauszufinden, welches Konzept das richtige ist, wobei wir uns sehr am Gegner orientiert hatten. Ein unkonventionelles Gegenüber kann man nur unkonventionell bekämpfen. Wir durften auf keinen Fall in den Fehler verfallen, eine konventionelle Organisation aufzustellen, die viel zu schwerfällig wäre, um so reagieren zu können, wie wir das im Sinn hatten.

SZ: *Gab es denn damals irgendwo in der Welt vergleichbare Einheiten? Vielleicht bei den Israelis?*

Wegener: Es gab gewisse vergleichbare Einheiten bei den Israelis. „Gewisse" bedeutet schon eine Einschränkung. Ich hatte mich sofort kundig gemacht – trotz der Vorbehalte, die natürlich auf israelischer Seite vorhanden waren. Aber ich bekam diese Gelegenheit, die mir dankenswerterweise die Bundesregierung eingeräumt hatte, aber auch die israelische Regierung, besonders Minister Dayan. Ich konnte damals ausgiebig israelische Ausbildungsvorgänge wie auch Organisationsstrukturen und Einsatzverfahren analysieren und beurteilen. Wir haben das natürlich benutzt und wir haben vieles weiterentwickelt. Viele dieser israelischen Verfahren konnten wir natürlich nicht auf die Bundesrepublik anwenden, weil Israel in einer anderen Situation ist. Aber taktische Verfahren sind von uns weiterentwickelt worden, solche, die ich noch heute als richtungweisend ansehe.

Irritationen vor Mogadischu

SZ: *Nutzten Sie Erfahrungen westlicher Verbündeter, etwa der Vereinigten Staaten oder Großbritannien, in der Guerilla-Bekämpfung?*

Wegener: Natürlich spielen die eine Rolle. Wir haben uns mit der Geschichte von Sondereinheiten befaßt, wie etwa der Longe-Range-Desert-Patrol (ein Sonderverband im Zweiten Weltkrieg, die Red.) der Briten. Auch aus der Frühzeit der amerikanischen Special Forces haben wir einiges herausgenommen und sogar aus der deutschen Militärgeschichte, von den „Brandenburgern". (Eine Kommandoeinheit der Wehrmacht, die Red.)

SZ: *Wann war der Zeitpunkt gekommen, als Sie sich selbst sagten, jetzt steht die GSG-9?*

Wegener: Wenn es damals nach Minister Genscher gegangen wäre, wären wir begreiflicherweise nach einem halben Jahr schon soweit gewesen. Aber ich habe immer gebremst und gesagt, ich möchte den Verband erst dann einsatzbereit melden, wenn ich wirklich der Überzeugung bin, wir werden mit jeder Situation fertig. – Und das konnte ich in meiner Verantwortung erst nach einem Jahr. Das war Ende September 1973.

SZ: *Wie sah nun der Dienst der GSG-9 von 1973 bis Mogadischu, 1977, aus?*

Wegener: Es gab natürlich eine ganze Menge Irritationen. Die Länder waren sehr zögerlich im Hinblick auf die Anforderungen. Man merkte schon aus diesem Verhalten, daß die Verantwortlichen aus den Länderbereichen uns nicht zutrauten, daß wir etwas können. Wir haben dann versucht, das zu überwinden, indem wir die Verbindung zu den Ländern sehr forciert haben und über das Bundesministerium des Innern an die Länder herangegangen sind. Das hat schnell dazu beigetragen, daß man sich eines Besseren besann. Wir hatten dann eine ganze Reihe von Einsätzen in den Ländern, die gar nicht bekannt

geworden sind – vor 1977 –, die in der Masse zwar nicht spektakulärer Art waren, aber die auch bei den Ländern den Eindruck verstärkten, daß es sich schon lohnt, mit dem Bund, das heißt mit der GSG-9, zusammenzuarbeiten.

SZ: *Ging denn die Entwicklung der polizeilichen Sondereinheiten der Länder parallel dazu?*

Wegener: Die ging teilweise parallel, wobei wir natürlich ein ganz anderes Spektrum abdeckten. Wir haben uns immer betrachtet als die Ultima ratio und den Verband, der eben den Ländern zur Verfügung steht ab einer gewissen Schwelle, wo die Länder es nicht mehr können. Die Schwelle sehen wir da, wo terroristische Banden auftraten.

SZ: *Um in der Chronologie jetzt ein bißchen fortzufahren: 1977 kam die große Bewährungsprobe – Mogadischu. Was war in der Rückschau das Geheimnis des Erfolges – und lief alles so ab, wie Sie es sich vorstellten?*

Wegener: Man ist ja immer selbstkritisch, und wir haben uns nie etwas vorgemacht nach dieser Operation. Vieles könnte man heute besser machen. Vor allen Dingen in der Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten zum Beispiel. Damals gab es viele Friktionen. Wir hatten den Eindruck, daß uns die Nachrichtendienste nicht so unterstützt haben, wie wir das gerne gehabt hätten. Heute ist das undenkbar. Wir haben heute eine Zusammenarbeit auch in diesem Bereich, der uns mit den notwendigen Informationen versorgt. Was ich als sehr positiv empfunden habe, war die Zusammenarbeit zwischen Krisenmanagement und der taktischen Führung vor Ort, also mit mir. Es muß meiner Ansicht nach so sein, daß die politische Ebene alles das tut, was notwendig ist, um zu einer Entscheidung zu kommen und dann aber den Auftrag nach bewährter deutscher Tradition an den entsprechenden taktischen oder operativen Führer gibt und sich nicht etwa in Einzelheiten des Verfahrens einmischt. Es ist auch von dem damaligen Vertreter des Krisenstabes vor Ort, Minister Wischnewski, nicht der geringste Versuch gemacht worden, mich irgendwie zu beeinflussen. Er sagte in seiner burschikosen Art damals zu mir: „Junge, nun mach mal, und nachher melde mir, wie's ausgegangen ist."

SZ: *Seit 1977 ist es dann um die GSG-9 etwas ruhiger geworden.*

Wegener: Ich war heilfroh darüber, denn der Verband mußte sich weiterentwickeln. Wir mußten das aufarbeiten, was nach dem Einsatz in Mogadischu an neuen taktischen Verfahren auch an neuen Ideen über Waffen und Gerät hochkam.

SZ: *Es ging 1979 durch die Presse, daß die GSG-9 Jahre nach Mogadischu Nachwuchssorgen hatte. Ist das heute noch ein Problem für Sie?*

Wegener: Das war damals richtig. Es ist heute kein Problem mehr. Es machte sich damals ein negativer Werbeeffekt bemerkbar, und zwar weil wir nun mal eine sehr harte Auswahl treffen müssen. So kommen von 130 bis 140 Bewerbern im Endeffekt vielleicht 15 durch. Die Durchgefallenen gehen alle wieder zurück in die Truppe, und keiner erzählt natürlich gern, daß er nicht qualifiziert war. Wir wissen genau, welchen Typ wir verlangen müssen aufgrund des Auftrags. Wir wollen nicht den Abenteurer, wir wollen auch nicht den Superintellektuellen, der vor lauter Überlegungen und Gedanken nicht zur Entscheidung kommt. Wir wollen den mit einer praktischen Intelligenz versehenen Mann, der weit über dem Durchschnitt liegt, sowohl psychisch wie auch physisch und der eine gewisse Streß-Stabilität hat, die ganz wesentlich ist. Und das herauszufinden, war für uns von Anfang an schwierig. Wir hatten gerade am Anfang auch eine Reihe von Fehlgriffen gemacht, weil wir eben das Auswahlverfahren noch nicht kannten. Wolfgang Salewski, unser Psychologe, hat uns sehr geholfen, ein Verfahren zu entwickeln, das heute nur noch mit einer ganz geringen Fehlerquote behaftet ist. Wenn wir heute Männer in die Ausbildung übernehmen, müssen wir nur noch mit minimalen Ausfällen rechnen. Wir haben auch eine Zeitlang Spezialisten aus der Bundeswehr übernommen, was inzwischen nicht mehr notwendig ist.

Keine Truppe für Demonstrationen

SZ: *Ist es ein Problem für einen Einsatzverband, der auf Aktion trainiert wird, die meiste Zeit in relativer Ruhe zu sitzen?*

Wegener: Es ist ja nicht so, daß wir dauernd in Ruhe sitzen. Wir machen eine ganze Reihe von Einsätzen, von denen die Öffentlichkeit gar nichts erfährt, das soll auch so bleiben. Wir müssen uns laufend auf neue Verfahren einstellen, das bedeutet auch laufend Veränderung an der Taktik. Der Verband steht dauernd unter einem gewissen Druck – Leistungsdruck, Verfahrensdruck. Ich halte ihn auch unter Druck, weil ich der Auffassung bin, die GSG-9 muß beweisen, daß sie dauernd den hohen Anforderungen eines Einsatzes tatsächlich standhalten kann. Sie muß den Erfolgsbeweis jeden Tag liefern können.

SZ: *Wie lange bleibt ein Mann durchschnittlich bei der GSG-9?*

Wegener: Es ist unterschiedlich. So lange, wie er persönlich die Qualifikation bringt. Er muß sich jedes Jahr einmal qualifizieren. Wir haben Männer, die fünf Jahre bei uns geblieben und dann ausgeschieden sind, wir haben auch Männer, die schon zehn Jahre dabei sind. Wir sind zur Zeit bemüht, mit dem Innenministerium weitere Verwendungsmöglichkeiten für Angehörige der GSG-9 zu finden. Doch da sind wir noch nicht allzuweit gekommen.

SZ: *Was machen Ihrer Erfahrung nach Leute, die die GSG-9 verlassen und in die freie Wirtschaft gehen?*

Wegener: Eine ganze Reihe von deutschen Konzernen hat inzwischen Sicherheitsbeauftragte aus der GSG-9. Ich halte das zwar für gut, das ist keine Frage. Andererseits denke ich immer wieder, es wäre besser, wenn sie dem Staat erhalten blieben – direkt! Es ist schade um viele dieser Leute, die uns auf diese Weise verlorengegangen sind.

SZ: *Die GSG-9 ist eine Spezialtruppe mit einem gewissen Elitestatus. Manches, was die GSG-9 in letzter Zeit tun mußte, scheint mir nicht mit diesem Status übereinzustimmen. Besteht die Gefahr, daß die GSG-9 als „Feuerwehr" für unangenehme Polizeieinsätze herangezogen wird, wie zum Beispiel in Wackersdorf?*

Wegener: Ja, die Gefahr besteht. Ich muß ganz klar sagen, daß ich einen Einsatz der GSG-9 im Rahmen einer Demonstration für nicht angebracht und auch nicht für zweckmäßig halte. Sie ist nicht dafür ausgebildet, sie ist auch nicht dafür ausgerüstet. Es wäre etwas anderes, wenn sich aus einer Demonstration heraus ein terrori-

stischer Kern schälte, wobei es, sagen wir, zu Geiselnahmen kommt. Den Einsatz der GSG-9 im Rahmen einer Demonstration halte ich für nicht angebracht.

Kontakte zum FBI

SZ: *Zurück zum internationalen Terrorismus und dessen Bekämpfung. Herr Wegener, Sie haben ja sehr viele Kontakte zu ausländischen Spezialeinheiten, die mit der GSG-9 vergleichbar sind. Können Sie anhand einiger Beispiele aus wichtigen Ländern schildern, wie deren Ansatz ist?*

Wegener: Teilweise liegen ganz andere rechtliche Voraussetzungen vor, zum Beispiel bei den Amerikanern. Die Amerikaner haben aufgrund ihrer Verfassung und der rechtlichen Grundsätze des Einsatzes von Polizei oder Armeekräften in den Staaten oder in zu schützenden amerikanischen Einrichtungen eine Teilung ihrer Zuständigkeit. So ist zum Beispiel der Einsatz im Ausland völlig unproblematisch für die Armee, nicht aber im Innern. Das bedeutet, daß die Amerikaner Probleme haben, ihre inzwischen sehr gut ausgerüsteten Spezialeinheiten der Armee im Innern einzusetzen. Deswegen sind die Amerikaner dazu übergegangen, das FBI mit der Aufstellung eines „Geiselrettungsteams" zu beauftragen, das inzwischen steht. Wir arbeiten sowohl mit den amerikanischen Special Forces zusammen als auch mit dem FBI.

SZ: *Ist diese Teilung zwischen Armee und Polizei beispielsweise auch in Israel, dem Land mit der meisten Erfahrung im Terrorismus, vorhanden?*

Wegener: Die Israelis hatten in der Vergangenheit keine klare Trennung vorgenommen. Inzwischen haben sie eine eigene Sondereinheit im Bereich der Grenzpolizei, die ähnlich wie die GSG-9 aussieht und auch so ausgestattet und ausgebildet ist. In Israel hat sich auch ein Wandel vollzogen. Früher hat die Armee alles gemacht, egal wo, egal wie.

„Andere Augen sehen auch etwas"

SZ: *Sie haben gelegentlich einmal gesagt, es bedürfte angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terror einer internationalen Anti-Terrorgruppe.*

Wegener: Ich bin heute noch der gleichen Auffassung, daß es für konkrete Fälle, bei denen mehrere Länder betroffen sind, durchaus hilfreich sein kann, wenn man über eine für diesen akuten Fall zusammengestellte internationale Truppe verfügen könnte. Wobei man das nicht so verstehen darf, daß diese Truppe eine ständige Einrichtung ist. Ähnlich wie bei der Mobilen Eingreiftruppe der NATO könnte man bestimmte Verfahren entwickeln, die eine gewisse Führungsstruktur vorsehen und Einheiten für die entsprechenden Länder vorbestimmen. Natürlich müßte diese Truppe von Zeit zu Zeit zusammen üben.

SZ: *Könnte es dabei nicht gewisse Probleme der Vermischung militärischer Einheiten auf der einen Seite, also etwa der britischen SAS, der US-Delta Force (Anti-Terror-Einheiten der britischen bzw. amerikanischen Armee, die Red.) und andererseits der deutschen Polizei, also der GSG-9, geben?*

Wegener: Das glaube ich nicht. Man muß den Auftrag sehen und man muß natürlich von den rechtlichen Gegebenheiten in den entsprechenden Einsatzorten ausgehen. Die rechtlichen Voraussetzungen müssen vorliegen. Danach muß sich dann auch die entsprechende Komponente aus Großbritannien oder den Staaten richten.

SZ: *Welche Rolle spielt in der Ausbildung einer Anti-Terror-Truppe das „Lernen" im Ausland? Es hieß zum Beispiel, Sie seien in Entebbe dabeigewesen? (In Entebbe/Uganda befreiten israelische Kommandoeinheiten die Insassen eines entführten Flugzeugs, die Red.)*

Wegener: Das ist sehr wesentlich. Ich bitte um Verständnis, daß ich nicht auf Einzelheiten eingehen kann. Ich habe es aber von Anfang an praktiziert, daß wir Angehörige des Verbands, in den meisten Fällen Offiziere, also taktische Führer, an solche Orte entsandt haben, natürlich mit dem Einverständnis der entsprechenden Gastländer, wo tatsächlich terroristische Fälle vorgekommen waren und wo es zum Einsatz von Spezialverbänden gekommen ist. Einmal aus dem Grunde, daß wir da auch Erfahrungen sammeln konnten, zum andern auch nach dem Motto: „Andere Augen sehen auch etwas."

SZ: *Stellen sich nach Ihrer Beobachtung die Terroristen auf diese Sonderverbände ein? Hat sich die terroristische Taktik seit der Existenz der Sonderverbände geändert?*

Wegener: Ohne daß wir dafür klare Beweise haben, glaube ich, würde man die andere Seite unterschätzen, wenn man annähme, sie reagiere nicht auf uns. Wir würden natürlich den nächsten Fall einer Geiselnahme nicht so angehen, wie wir den letzten gelöst haben.

SZ: *Zu den jüngsten Terroranschlägen: Gibt es irgendeine Möglichkeit aus Ihrer Sicht als Bekämpfer, sich vor solchen gezielten Anschlägen auf einzelne Personen, sei es durch Sprengstoff oder auch durch andere Waffen, zu schützen?*

Wegener: Natürlich ist man nicht hilflos. Was zur Zeit durch das Bundeskriminalamt an Öffentlichkeitsaufklärung geleistet wird, halte ich für sehr gut. Jeder einzelne kann selbst etwas dazu beitragen, indem er aufmerksam ist. Das ist etwas, was ich immer wieder auch meinen Leuten sage, „ihr müßt eure Umgebung sorgfältig beobachten", denn jede Veränderung könnte möglicherweise der Ansatz einer terroristischen Aktion sein. Eine Veränderung der Umgebung, die so aussieht, daß sich ein Gegenstand plötzlich in der Nachbarschaft befindet, der eben nicht da war, eine Schubkarre zum Beispiel oder etwas Ähnliches. Sehr häufig kann man da tatsächlich dazu beitragen, daß eine terroristische Aktion verhindert wird.

SZ: *Zum Schluß des Gesprächs noch zwei persönliche Fragen an Sie, eine konkrete, eine hypothetische. Die konkrete lautet: Sie waren kürzlich in Saudi-Arabien und es gehen Gerüchte um, man würde daran denken, Sie unter Umständen zwei Jahre freizustellen, um dort eine Art GSG-9 aufzubauen?*

Wegener: Ich kann konkret zu dieser Frage nur soviel sagen, daß es zutrifft, daß ich in Saudi-Arabien war und dort einer Bitte des Innenministers von Saudi-Arabien nachgekommen bin und mir einige Verbände der saudischen Sicherheitskräfte angesehen und ihm dann darüber berichtet habe. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

SZ: *Die hypothetische Frage: Gesetzt den Fall, Sie hätten jetzt einen Wunsch frei an Ihren Dienstherrn, den Innenminister. Was würden Sie sich wünschen?*

Wegener: Das ist schwierig. Ich würde mir wünschen, daß der Innenminister weiterhin soviel Vertrauen in die GSG-9 setzt, wie das bisher der Fall war, und daß er auch weiterhin für unsere Wünsche offen ist – und Wünsche hat man natürlich bei einem Spezialverband immer. Im Grunde genommen sollte der Bundesinnenminister sich dessen bewußt sein, daß er eine GSG-9 hat.

25. August 1986 — AK

Interview mit Briege Brownlee und Danny Morrison, Sinn Féin

Wodurch unterscheidet sich die IRA von anderen Gruppen wie der RAF, Action direct oder den CCC?

Morrison: Es gibt einen zentralen Unterschied zwischen der IRA und diesen anderen, isolierten Gruppen in Europa. Die IRA hat eine Tradition; Sie hat im Aufstand von 1916, als erstmals eine irische Republik ausgerufen wurde, die britische Armee in den Straßen von Dublin offen bekämpft. Sie hat seitdem Guerilla-Kampagnen geführt, im Süden, aber hauptsächlich im Norden Irlands, und sie hätte niemals das Ausmaß der britischen Repression überleben können, wenn sie nicht so fest in der Bevölkerung verankert wäre. Zudem bekommt die IRA — in Form von Unterstützung der Sinn Féin — Anerkennung bei Wahlen.

Der Unterschied ist: Die IRA führt, obwohl tausende interniert, hunderte verhaftet und über 200 IRA-Volunteers getötet wurden, einen legitimen nationalen Befreiungskampf um ein Territorium, um die Souveränität Irlands, und ist keine ultra-linke Gruppe, isoliert von der Bevölkerung, aus intellektuellen Angehörigen der Mittelschicht, die absolut keine Basis in der Bevölkerung haben. Wir begreifen uns in der Tradition der NLF, der Sandinisten, der Gruppen, die in Algerien und Vietnam Befreiungskämpfe geführt haben.

Bleef tip over aanslag op Luiks gerechtshof liggen op kabinet van Justitie?

Contact met CCC

Uit dezelfde bron vernemen wij dat er, lang voor de aanhouding van de vier CCC-ers (16 december 1985), contacten zijn geweest tussen leden van BIC en tenminste één van de CCC-ers, nl. Didier Chevolet, evenals met leden van Action Directe.

Na de CCC-aanslag op het VBO-gebouw (1 mei 1985) hadden leden van BIC contact gelegd met mensen, die in verbinding stonden met de Franse terreurgroep Action Directe. Alles verliep gunstig en op 4 december 1985 werd een afspraak belegd in de buurt van het hotel Socatel in Charleroi. Behalve BIC zouden daar de vier leden van Action Directe verschijnen, die op de vlucht waren en zich in ons land schuilhielden. Ook Didier Chevolet werd verwacht, de man die op 16 december als CCC-er werd aangehouden.

Op 4 december 's morgens zou Jan D.W. vernomen hebben dat het rendez-vous die dag zal doorgaan. Hij brengt verslag uit bij Claude D, die zich heftig tegen de afspraak verzette. Die had tóch plaats en Didier Chevoloe zou zéker aanwezig geweest zijn. Bovendien zou er ook een afgevaardigde van de gerechtelijke politie van de Duitse Bondsrepubliek de bijeenkomst hebben bijgewoond.

Toen op 6 december 1985 het Luiks gerechtshof voor een stuk in de lucht vloog, was men er bij BIC van overtuigd dat het om een aanslag van de CCC ging. Er kwam echter nooit een opeising en tien dagen later werden de vier CCC'ers gepakt in een restaurant aan het Stationsplein in Namen.

Gisteren deelde het parket in Brussel mee dat, ingevolge de aanslag in Luik, binnen BIC een disciplinair onderzoek had plaatsgehad. Elementen van dit onderzoek hadden de tussenkomst van het parket noodzakelijk gemaakt, dat ,,bijkomende plichten heeft uitgevoerd. Vastgesteld werd, dat er geen enkele strafrechterlijke inbreuk werd gepleegd. Het dossier werd dus geseponeerd," aldus het parket. M.a.w. het dossier is (voorlopig) in de la opgeborgen.

Het Volk 27-7-1986

Anschlag auf Kölner Amt

Bekennerbrief der Revolutionären Zellen

SDZ 1-9-1986

Köln (dpa)

Auf das Gebäude des Bundesverwaltungsamtes in Köln-Riehl ist ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von rund 150 000 bis 200.000 Mark an der Außenfront. Personen wurden nicht verletzt.

In einem Bekennerbrief übernahm ein Kommando der linksterroristischen „Revolutionären Zellen" die Verantwortung für die Tat. Der Anschlag sei gegen das im Bundesverwaltungsamt untergebrachte Ausländerzentralregister gerichtet gewesen, welches „ein rassistisches und totalitäres Register" sei. In dem Brief heißt es, im Ausländerzentralregister sei „das gesamte Herrschaftswissen über alle Nichtdeutschen", die jemals in der Bundesrepublik Aufenthalt hatten, in einem „gigantischen Pool" konzentriert.

Bonner Rundschau 5-7-86

Der Steward könnte ein bewaffneter Beamter sein

In Bonn wird wieder das Thema „Himmelspolizisten" diskutiert

VON STEPHAN A. CASDORFF

Bonn. Bis eben war alles ruhig. Gerade hat der Pilot wieder einmal den üblichen Funksprechverkehr hinter sich gebracht, den Kurs überprüft, einen kritischen Blick auf die Instrumente geworfen, kurz beruhigend seinem „Co" zugenickt. Alles in Ordnung, alles wie immer.

Plötzlich schrille, laute Schreie, Passagiere in Angst. Was ist passiert? Zwei Männer sind aufgesprungen, einer hat die Stewardess an sich herangerissen, ihr einen Pistolenlauf an die Schläfe gedrückt. Der andere kommt in die Kanzel gestürmt. Die Maschine ist gekapert.

Szenen einer Flugzeugentführung, wie sie sich ähnlich in den vergangenen Jahren unzählige Male abgespielt haben können. Ginge es nach Fritz Zimmermann, dann würde es so weit nicht kommen. Zumindest nicht bei der „Lufthansa", der deutschen Fluggesellschaft, wo der Bund der Mehrheitsaktionär ist.

Gegen Terroristen

Der Bonner Innenminister möchte gerne „Sky Marshals", „Himmelspolizisten" einführen. Zur Abschreckung von Terroristen sollten seiner Ansicht nach bewaffnete Flugbegleiter eingesetzt werden. Vor allem auf den gefährdeten Routen nach Nordafrika und Nahost.

Auf die Idee war Zimmermann 1985, nach dem verheerenden Bombenanschlag auf dem Frankfurter Airport, gekommen.

Ende Juni des gleichen Jahres hatte er deshalb ein Gespräch mit seinem CSU-Parteifreund und Kabinettskollegen Werner Dollinger (Verkehr) und Vertretern der „Lufthansa" geführt. Sein Vorschlag: Grenzschützer als Aufpasser. Nicht uniformiert, sondern unauffällig im Hintergrund.

Ganz neu ist die Überlegung nicht. Das Erstgeburtsrecht steht Ulrich Wegener, dem Ex-GSG-9-Chef und „Helden von Mogadischu", zu. Dieser, erfahren im Abwehrkampf gegen Terroristen, zumal in Flugzeugen, hatte einen ähnlichen Vorstoß bereits vor Jahren in einem Hearing des Bundestages unternommen. Er war ins Leere gegangen.

Zimmermann und Wegener haben gute Argumente auf ihrer Seite. Die Schweizer und zumal die Israelis (die immerhin ganz besonders von Attentaten bedroht sind) fahren mit den „Sky Marshals" nachweislich ausgesprochen gut. Die Amerikaner, wenigstens einige ihrer Fluggesellschaften, freunden sich inzwischen ebenfalls mit dem Gedanken an die „Luft-Aufpasser" an.

Doch Dollinger wie die Lufthansa zögerten. Der Verkehrsminister, für Belange der zivilen Luftfahrt zuständig, mochte es seinem Spezi aus Bayern zwar so direkt nicht sagen. Schließlich wollte er keinen Streit mit dem damals noch starken Mann der CSU-Gruppe im Kabinett riskieren. Also sagte er ihm zu, alles ausgiebig zu prüfen. Nicht mehr und nicht weniger.

In der „Lufthansa"-Führungsetage sperrte man sich gleichfalls. „Sicherheit", so hieß die Marschorder, „wird am Boden produziert." Bei Flügen, wo es kritisch werden konnte, setzte man weiterhin lieber auf das bewährte Rezept verstärkter Sicherheitsüberprüfungen vor dem Besteigen der Maschinen — auf „lückenlose Kontrolle von Fluggästen und Fluggepäck, von Personal und Flugzeug".

Klaus Daubertshäuser, der SPD-Verkehrsexperte, sieht diesen Widerstand nun allmählich schwinden.

„Die einheitliche Linie von Unternehmen, von fliegendem Personal der Lufthansa, von Regierung und Parlament will die Bundesregierung jetzt aufkündigen", klagte er jüngst. Die Regierung lasse sogar bereits, behauptete Daubertshäuser, „verstärkt Grenzschutzbeamte in einem Spezialtraining als Flugbegleiter ausbilden und mit Sonderaufgaben an Bord mitfliegen".

Für Daubertshäuser ist der Weg vorgezeichnet. Wenn die die Flugbegleiter auch zur Zeit noch unbewaffnet seien, lautet seine Analyse, „ist das doch die Vorbereitung für den Einsatz von Sky Marshals".

Wie die Sozialdemokraten, so ist die „Vereinigung Cockpit" ebenfalls strikt gegen bewaffnete Flugbegleiter. Ihre Auffassung: „Viel zu gefährlich." Nicht allein wegen der möglichen Panik von Passagieren bei Gefechten. Auch wegen der Gefahr, daß ein Schuß fallen könnte, der lebenswichtige Systeme der Maschine lahmlegen würde, lehnen SPD und Piloten „Sky Marshals" ab.

Ulrich Wegener hingegen glaubt nicht an solche Gefahren. Als er noch Chef der Spezialtruppe GSG-9 gewesen sei, erzählt er, da habe er seine Leute nebenbei „als Stewards oder als Ober für Feste ausbilden lassen". Sie sollten lernen, in dieser Rolle keine Aufmerksamkeit zu erregen, unauffällig zu beobachten und für Sicherheit zu sorgen — im Nahkampf geschult, speziell bewaffnet, im Schießen Experten, mit Munition, „die nicht mehr hinten austritt" ausgerüstet.

Ausbildung

Ein Konzept, wie für „Sky Marshals" gemacht. Die einfachen Grenzschützer werden allerdings bisher lediglich auf Luftfahrt-Basen, am Boden, ausgebildet. So wird jedenfalls hoch und heilig von Experten versichert.

Wohl flögen schon einmal Männer vom Grenzschutz, in Zivil, mit. „Aber dann nur von einem Stationierungsort zum anderen." Und wenn dienstlich, „dann zum Beispiel nur, wenn ausgewiesene Kriminelle ausgeflogen werden sollen und von denen Ramba-Zamba zu erwarten ist".

Für solche Fälle allerdings soll, so heißt es, diese Truppe verstärkt werden.

TECHNISCH-WISSENSSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND GROSSTECHNOLOGISCHE PROJEKTE ALS HERRSCHAFTSINSTRUMENTE

1. technisch-wissenschaftliche entwicklung und großtechnologische projekte (gtps) als grundbedingung der kapitalakkumulation

wenn im bericht des bundesministeriums für forschung und technologie 1984 als einer der kernsätze zu lesen ist:

innovationen sind der lebensnerv jeder modernen volkswirtschaft,

so steht dahiner nichts andres als die tatsache, daß kapitalakkumulation in einer hochentwickelten und hochtechnisierten kapilistischen wirtschaft nur über den sogenannten "technisch-wissenschaftlichen fortschritt" möglich ist. "technisch-wissenschaftlicher fortschritt" bedeutet aber die ständige erneuerung des produktionsapparates bei gleichzeitiger vernichtung der alten produktion. akkumuliertes kapital sucht neue verwertungsmöglichkeiten, dabei stehen ihm die bestehende produktion und der bestehende produktionsapparat im wege. über technologische entwicklungen müssen deshalb neue verwertungsmöglichkeiten gefunden werden, die die bestehenden produktionsmittel technisch veralten lassen. diese entwicklung vollzieht sich heute geplant und gezielt in sogenannten großtechnologischen projekten (gtps) in denen verschiedene kapitalfraktionen unter ausnutzung von wissenschaft und staatsapparat die kapitalakkumulation auf höherem niveau durchsetzen.

ausgangpunkt der entwicklung einer neuen technologie ist meistens der **militärische bereich**. die überlegenheit des ausgefeiltesten waffensystems ist die treibende kraft für die wissenschaftlich-technologische forschung, für die ständige produktion neuer und die entwertung und vernichtung alter waffensysteme. die gesamte entwicklung der angriffsstrategien der usa seit dem 2. weltkrieg von der massiven vergeltung über die flexible response bis zur airland-battle doktrin, airland-battle 2000 und sdi findet ihre parallele in technologischen entwicklungen wie der kerntechnologie, der luft- und raumfahrttechnik, der raketenentwicklung, der computerentwicklung, der mikroelektronik und des lazers. alle diese technologien wurden zunächst für den militärischen bereich entwickelt, da die miltärische überlegenheit die grundbedingung für die kapitalakkumulation im weltmaßstab ist. ist sie gesichert, so kann die neu entwickelte technologie im sogenannten **zivilen bereich** für die weitere kapitalakkumulation genutzt werden. auch hier spielt dann das kapitalistische prinzip der produktion und ihrer vernichtung eine entscheidende rolle. so besteht z.b. auf dem gebiet der kraftwerke in der brd heute eine überkapazität von etwa 50%, d.h. selbst in spitzenzeiten wird nur etwa 2/3 der vorhandenen kapazität benötigt. über den sogenannten "technisch-wissenschaftlichen fortschritt" wurden also vorhandene produktionsmöglichkeiten entwertet,

nicht um strom zu produzieren, sondern um akkumuliertes kapital einer neuen verwertung zuzuführen.

der kreislauf von akkumulation - produktion - neue akkumulation setzt also voraus, daß einmal produzierte güter möglichst schnell verbraucht, zerschlissen, konsumiert werden, wo das nicht möglich ist, müssen sie über den "technisch-wissenschaftlichen fortschritt" umgehend entwertet werden. nicht derbestand an einmal produzierten und dauerhaft nutzbaren güter verspricht profit, sondern die ständige produktion neuer güter (hinweis: einstellung der käfer-produktion, weil zu wenig raparaturanfällig, damenstrumpf, der nicht kaputt geht, rasierklinge, die nicht stumpf wird).
über gtps wie das atomprojekt schafft sich das kapital seine eigenen reproduktionsbedingungen: akkumuliertes kapital wird für die entwicklung der atomtechnologie eingesetzt, dadurch technische entwertung vorhandener energieerzeugungsmöglichkeiten, womit die bedingung für den bau von atomkraftwerken durch das kapital selbst geschaffen worden ist.
wir gehen davon aus, daß kapitalistische ausbeutung im weltmaßstab immer einen objektiven antagonismus zwischen metropolen und peripherie bedeutet. einmittel zur aufrechterhaltung dieser abhängigkeitsstrukturen sind die großtechnologien über ihre **imperialistische nutzung**.
imperialistische ausbeutung ist nur möglich über eine hierarchie von technisch hochstehenden und technisch rückständigen ländern, von ländern mit entfalteten und weniger entfalteten produktivkräften. die metropolen bestimmen, wer welche technologie zu welchen bedingungen erhält. technologien sind ein mittel, das gezielt zur strukturuierung des weltweiten imperialistischen systems eingesetzt wird. bei der entwicklung von subimperialistischen zentren wie brasilien, südafrika oder israel spielt die technologische entwicklung dieser regionen eine entscheidende rolle. die subimperialistischen staaten haben zugriff zu anderen technologien als diejenigen staaten, die sie ökonomisch beherrschen sollen. die steuerung erfolgt über die metropolen.
so kann über wissenschaftlich-technologische entwicklung in den metropolen und dem damit möglichen technologie-export weltweit entwicklung betrieben oder entwicklung gehemmt werden, können herrschaftstrukturen ausgebaut und gefestigt, kann die welt den akkumulationsbedingungen der metropolen unterworfen werden.

der sogenannte wissenschaftlich-technologische fortschritt und gtps sind also bedingung für die ständige reproduktion der verwertungsbedingungen,

1. weil zur aufrechterhaltung der weltweiten ausbeutungsbedingungen ein rüstungssektor notwendig ist, dessen modernität entscheidendes überlegenheitskriterium ist.
2. weil akkumuliertes kapital nach verwertungsmöglichkeiten drängt, die nur über die vernichtung, d.h. über die technische entwertung bestehender produktionsmöglichkeiten geschaffen werden können,
3. und weil technologische abhängigkeit der perepherie von den metropolen eine bedingung zur aufrechterhaltung der weltweiten imperialistischen ausbeutungsbeziehungen ist.

2. über großtechnologische projekte werden die verwertungsbedingungen des kapitals in den metropolen durchgesetzt

wesentliche gtps seit 1945 sind das atomprojekt, die luft-und raumfahrt mit der rakeëntechnik und verschiedenen projekten wie airbus und spacelab, die mikroelektronik sowie die entwicklung diverser hochtechnisierter waffensysteme.

dieser entwicklung entspricht die organisation des kapitals in verbänden, kommissionen, arbeitskreisen:

datk/datf (deutscheatomkommission, deutsches atomforum): mitglieder neben behörden und instituten ca. 100 firmen der bundesdeutschen atomindustrie. gegründet 1954 als "wissenschaftlicher beirat" des atomministeriums (strauß). über datk/datf wurde das deutsche atomprojekt über das atomministerium, später über das bmfe und bmft gesteurt.

bdli (bund der luft- und raumfahrtindustrie). zusammnenschluß von allen kapitaalen, die in der luft-undd raumfahrt verwertungsmöglichkeiten suchen, ca. 100 mitglieder. direkte zusammenarbeit mit den entsprechenden misterien (verteidigung, wirtschaft, forschung und technologie) sowie mit dem bundesamt für wehrtechnik und beschaffung, bwb).

rak (rüstungswirtschaftlicher arbeitskreis). zusammenschluß aller nanhaften rüstungskonzerne, 84 mitglieder. mitarbeit in allen entsprechenden natogremien wie industrielle beratergruppe (niag), gruppe der europäischen rüstungsindustrien (edig) und der unabhägigen europäischen programmgruppe (iepg). natürlich auch mit dem verteidigungsministerium und mit dem bwb.

bdi (bund der deutschen industrie) . vertritt die gesamte bundesdeutsche industrie, nimmt aber mit unterabteilungen auch spezialaufgaben wahr, z.b. rüstungslobby bis zur gründung des rak 1970.

diese verbände sind nicht nur lobby, sondern institutionalisierte lobby, die in festen zusammenhängen mit staatlichen organen steht. sie vertreten praktisch das gesamte bundesdeutsche industrielle großkapital, jeweils ausgerichtet nach großtechnologischen schwerpunkten. die konzerne , die in den einzelnen verbänden auftauchen, sind immer die gleichen: siemens, aeg, philips, bayer, hoechst, klöckner, daimler, dornier, kraus-maffei, mtu, deutsche bank, allianz ua.

diese verbände haben nicht "beratende" funktion, sondern bestimmende funktion . sie machen die vorgaben nicht nur für projekte, sondern auch für die bedingungen,unter denen sie laufen sollen. so fordert beispielsweise der bdli in seinem memorandum 1984, daß der technologische anschluß an die usa erreicht werden müsse

> und daß dieses nur über eine europäische sicherheitspolitik (d.h. natürlich europäische rüstungsprojekte!) und eine enge zusammenarbeit zwischen der brd und frankreich unter einschluß politischer integration möglich sei.

und genscher fordert in einem vortrag vor der arbeitgebervereinigung 1983 die ausrichtung der gesamten gesellschaft auf die einführung moderner technologien: die schulen, hochschulen, den arbeitsmarkt, den sozialbereich und die staatlichen strukturen.

das zusammenspiel von staat und kapital wird hier transparent: das bundesdeutsche kapital braucht verwertungsmöglichkeiten und findet diese in den großtechnologien. es formiert sich in entsprechenden verbänden, die in institutionalisierter form direkt mit den staatlichen organen zusammenarbeiten. sie geben diesen ihre bedingungen vor. dem staatsapparat bleibt die aufgabe,

- die projekte ideologisch zu transformieren
- die direkte finanzierung der projekte sicherzustellen,
- die gesellschaftlichen bedingungen und strukturen zu schaffen,
- und gegen die projekte gerichteten widerstand zu kanalisieren, zu isolieren, oder - wenn er in widerstand gegen das kapital schlechthin umschlägt - auszuschalten.

zur verdeutlichung, wie das läuft und daß das läuft, und wie die durchsetzung von verwertungsbedingungen das leben der menschen in den metropolen bestimmt und ändert, noch einmal genscher: in der bereits zitierten rede fordert er zur durchsetzung der neuen technologien

- die "geistige wende", d.h. die volle bejahung der neuen techniken, des "technisch-humanen fortschritts", des leistungsprinzips, die förderung einer "verantwortungsgesellschaft",
- eine schul- und bildungspolitik, die die menschen für die hochtechnologische gesellschaft zurichtet, d.h. privatunis, privatschulen, konkurrenz und leistungsdrck zur produktion der neuen "geistigen eliten",
- auflösung der starren arbeitsmarktregelungen, d.h. teilzeitarbeit, arbeit auf abruf , zeitarbeit, verbesserte kündigungsbedingungen für das kapital, leiharbeit usw, d.h. die totale unterwerfung der lohnabhängigen unter die erfordernisse des kapitals,
- eine staatliche politik, die den kapitalistischen profitprojekten "bürokratische hindernisse" aus dem weg räumt (genehmigungs-

verfahren für akws, enteignungsverfahren, demostrafrecht usw.).
bei den forderungen von genscher ist es nicht geblieben. diese politik ist weitgehend durchgesetzt.

Im Norden der Manöver-Schwerpunkt

NATO-Großübung „Herbstschmiede" mit 200 000 Soldaten angelaufen / Übersicht in der WELT

Welt
27.8

rmc. **Bonn**
Rund 200 000 Soldaten beteiligen sich am NATO-Manöver „Herbstschmiede" in Europa, das vor einigen Tagen angelaufen ist (WELT v. 14.8.). In mehr als 20 Übungen wird zwischen Nordnorwegen und der Türkei bis November die Einsatzbereitschaft der alliierten Streitkräfte getestet. Schwerpunkt der Herbstmanöver ist Schleswig-Holstein und Dänemark, wo 80 000 Soldaten üben. Das Manöver „Fränkischer Schild" des III. deutschen Heereskorps wird unter nationaler Verantwortung veranstaltet, um eine größere Teilnahme französischer Soldaten zu ermöglichen. Im folgenden ein Überblick über die Manöver:

– Nordeuropa

„Bar Frost": Eine norwegische Divisionsübung, die mit dem NATO-Manöver „Brave Lion" mit Truppen aus Norwegen, Kanada, den Niederlanden, USA und Großbritannien verbunden ist. „Bar Frost" zielt auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen norwegischen Territorialkräften und der kanadischen „luft- und seeverlastbaren" Brigadegruppe. Es findet im Tromsdistrikt nördlich von Narvik (23. August bis 30. September) statt.

„Billy Goat 2": Amphibische Übung vom 8. bis 11. September mit deutschen und dänischen Marinekräften und dem dänischen Heer. Ein deutsches Transportgeschwader wird die 2. Seeland-Brigade von Seeland nach Lolland in Dänemark verlegen.

„Blue Fox": Vom 9. bis 15. September üben norwegische, niederländische, amerikanische und britische Kräfte in Südnorwegen in der Region Vestfold im Divisionsrahmen eine Landung von der See.

„Bold Guard": 80 000 Soldaten proben vom 12. September bis zum 7. Oktober die Verteidigung Schleswig-Holsteins und Dänemarks. An dieser NATO-Schwerpunktübung nehmen eine deutsche und eine dänische Heeresdivision sowie amphibische Kräfte aus den Niederlanden, Großbritannien und den USA teil.

„Brave Lion": Erstmals in der fast zwanzigjährigen Verpflichtung Kanadas zur Verstärkung Norwegens wird die ganze see- und luftverlegbare Brigadegruppe nach Nordnorwegen verlegt. Das Manöver läuft zwischen 1. und 26. September im Tromsdistrikt.

„Brown Falcon 2": Eine Luftverteidigungsübung am 16. und 17. September über Norwegen, Dänemark und Schleswig-Holstein mit Luftwaffen verschiedener NATO-Länder, die auch Unterstützung für die Land- und See-Streitkräfte fliegen werden.

„Northern Wedding": Zwischen 29. August und 19. September findet diese größere Seeübung mit zusätzlichen amphibischen Teilen im nordöstlichen Atlantik, dem Kanal, der Irischen See, der Norwegensee, der Nordsee und den Ostsee-Zugängen statt. Mehr als 250 schwimmende Einheiten aus Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, der Bundesrepublik, Norwegen, Großbritannien und den USA sind beteiligt.

– Mitteleuropa

„Cold Fire": Die Geschwader der 2. und 4. Taktischen NATO-Luftflotten fliegen zwischen 16. und 26. September Unterstützung für die beiden größeren Landmanöver in der Bundesrepublik: „Fränkischer Schild" und „Crossed Swords".

„Crossed Swords": Zwischen 8. und 19. September probt das I. belgische Heereskorps zusammen mit deutschen, britischen und amerikanischen Truppen zwischen Soest, Haaren, Eggegebirge, Beverungen, Solling und Northeim.

„Fränkischer Schild": Das Manöver des III. deutschen Heereskorps führt zwischen 15. und 26. September östlich von Würzburg 57 000 Soldaten ins Feld. Beteiligt sind auch 2 000 französische Soldaten.

„Springendes Roß": Vom 8. bis 12. Oktober üben Teile der 7. deutschen Panzerdivision in der Gegend zwischen Bramsche und Bremen.

„Buntes Fähnlein": Die Soldaten der 4. deutschen Panzergrenadier-Division und der 4. kanadischen mechanisierten Brigade ziehen vom 3. bis 7. November in dieses Manöver in der Oberpfalz.

„Eternal Triangel": Vom 20. Oktober bis 7. November testen dänische, deutsche und britische Heeresverbände im Raum Paderborn/Beverungen ihre Gefechtsbereitschaft.

„Radiant Sabre": Die 4. kanadische mechanisierte Brigade trainiert vom 20. Oktober bis 3. November bei Ingolstadt und Landshut.

– Mittelmeerraum

„Allegro Exchange": In Nordostitalien übt die „NATO-Feuerwehr" vom 2. bis 28. September mit belgischen, deutschen, italienischen, luxemburgischen, britischen und amerikanischen Truppen.

„Damsel Fair 2": In türkischen Gewässern sollen vom 29. September bis 11. Oktober See-Streitkräfte aus Italien, der Türkei, Großbritannien, den USA und Frankreich Minenlege- und Räumoperationen proben. Wegen der Spannungen zwischen Athen und Ankara sind die Einzelheiten noch offen.

„Deterrent Force 2": Gleiches gilt für die geplante Zusammenführung der NATO-Kampfgruppe im Mittelmeer mit Zerstörern und Fregatten aus Griechenland, der Türkei, Großbritannien und den USA. Vom 14. Oktober bis zum 17. November soll die „Navocformed" im westlichen und zentralen Mittelmeer operieren.

„Display Determination": Vom 30. September bis 13. Oktober findet diese Übung im östlichen Mittelmeer, dem Schwarzen Meer, in Nordost-Italien und der Türkei statt.

Kaufverhandlungen für Pilatus-Flugzeuge

Dealt Bührle mit den Contras?

Die antisandinistischen Contras hätten sich diesen April in Zürich um den Kauf von Pilatus-Flugzeugen aus dem Bührle-Konzern bemüht. Das erklärte Ricardo Wheelock, der Abwehrchef des sandinistischen Heeres, gegenüber der WoZ. Ausserdem versicherte Wheelock, dass Contras während ihren Terroreinsätzen in Nicaragua auch schon mit Schweizer SIG-Sturmgewehren aus chilenischer Produktion bewaffnet gewesen wären.

Von Georg Hodel (APIA), Managua

WoZ Nr. 33. 15. August 1986

«Pilatusflugzeuge für die Contra?», mit dieser Frage beschäftigte sich unlängst das Magazin «Correos de Centroamerica», das Organ der Nicaragua-, El Salvador- und Guatemala-Komitees in der Schweiz. Konkrete Hinweise, die darauf eine eindeutige Antwort geben können, fehlten bislang. Eine Vermutung also, die zwar gut zum Image Dieter Bührles passt, aber eben nur eine interessante Spekulation bleibt? *«Nein»*, meint Capitan *Ricardo Wheelock*, der Abwehrchef des sandinistischen Heeres (EPS), *«wir wissen, dass eine Delegation der antisandinistischen 'Fuerza Democratica Nicaraguense' (FDN) im April dieses Jahres in Zürich bei Bührle ihre Aufwartung machte, um Waffen, insbesondere Leichtflugzeuge des Typs 'Pilatus' zu erwerben.»* Auf die Frage: *«Sind Sie ganz sicher?»*, antwortet er: *«Ja, ganz sicher, Details darf ich aber nicht verraten. Nur soviel: das Angebot steht bei 2.5 Millionen Schweizerfranken für die 'Einheit'»*.

Bei Informationen aus Geheimdienstkreisen ist Vorsicht geboten. Es wird viel geflunkert. Wheelock machte diese Aussagen allerdings nicht nur im privaten Kreis, sondern wiederholte vor der versammelten Weltpresse: *«Wir verfügen über konkrete Unterlagen, wonach die antisandinistischen Freischärler in Kaufverhandlungen zum Erwerb von Schweizer Pilatus-Flugzeugen getreten sind.»* Die Informationen des nicaraguanischen Geheimdienstes über Contra-Aktivitäten waren anfangs von der bürgerlichen Presse stets als Spekulationen zurückgewiesen worden. Sie stellten sich aber in der Folge Punkt für Punkt als zutreffend heraus. So zum Beispiel, als im April 1983 die gesamte FDN-Führungsstruktur aufgedeckt wurde.

Der Verwendungszweck

Man muss sich in Erinnerung rufen, dass sich die Meinung der Bundesbehörden, insbesondere des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD), mit der Faktenlage bezüglich der Kriegstauglichkeit dieses Flugzeuges in keiner Weise decken. Während sich der Bundesrat weiterhin auf den Standpunkt stellt, dass dieser Flugzeugtyp, der bei uns als Rettungsflugzeug des legendären Gletscherpiloten *Hermann Geiger* Furore machte, nur für zivile Zwecke verwendbar sei, konnte die WoZ mehrfach belegen, dass die «Pilatus-Porter» und «Pilatus-Trainer» die Werkshallen der Stanser Flugzeugwerke zwar als «zivile Versionen» verlassen, aber beispielsweise beim belgischen Rüstungskonzern «Fabrique Nationale» (FN) in Herstal für ihren Kriegseinsatz umgerüstet werden. Sie gelangen dann mit Napalm- und Splitterbomben, Raketen, Schnellfeuerkanonen oder Maschinengewehren ausgestattet, zum Kriegseinsatz: sei es im Nahen Osten, wo die iranische Luftwaffe kurdische Rebellen bekämpft, in Südostasien (Burma, Malaysia), wo Aufständische die Kampfversion des wendigen Kleinflugzeuges aus Stans fürchten müssen, oder in Guatemala, wo über zahlreiche Kriegseinsätze desselben Flugzeugtyps berichtet wird, unter denen die indianische Bevölkerung zu leiden hat. Die WoZ veröffentlichte dazu die geheimen «internen» Verkaufsunterlagen der Bührle-Tochter «Pilatus-Aircraft» sowie entsprechende Hintergrundberichte (vgl. WoZ Nrn. 38/84 und 1/85).

Die Hintermänner

Zu den Hintermännern wollte der Chef der sandinistischen Abwehr seine Quelle nicht offenlegen. In Frage kommt eine ganze Reihe von Institutionen und Personen.

Zuallererst natürlich der amerikanische Geheimdienst CIA, der sich, wie die «Tribune de Genève» und die «WoZ» vor Jahresfrist berichteten, mit Luftabwehrgeschützen aus dem Bührle-Konzern für die antikommunistischen Rebellen in Afghanistan eingedeckt hatte und der jetzt, wie der «Noticiero Latinoamericano» (Lausanne) schreibt, um Waffenkäufe für die Contra-Freischärler bemüht ist.

Verdacht fällt auch auf die «Vereinigung für ein demokratisches Nicaragua» (VDN), ein unter den Auspizien der Rechtsaussenpolitiker *Peter Sager* (SVP-Nationalrat, «Schweiz. Ost-Institut», «Hoferclub», «Aktion Kirche, wohin?»), *Geneviève Aubry* (FDP-Nationalrätin, «Antikommunistische Weltliga», «Trumpf Buur», «Libertas» etc.), *Alexander Eugster* (FDP, «Aktion Kirche wohin?», ehem. Repräsentant der Maschinenfabrik «Sulzer» in Zentralamerika) geführter Contra-Unterstützungsverein, der das direkt von der CIA finanzierte Contra-Verbindungsbüro von *Jaime Pasquier* in Genf aktiv promoviert.

Als Vermittler des Flugzeugdeals könnte auch der chilenische Rüstungskonzern «Cardoën», in Frage kommen, der in der Freihandelszone von *Iquique* im äussersten Nordzipfel Chiles u.a. auch schweizerische Mowag-Panzer und SIG-Sturmgewehre in Lizenz produziert. Die Contra-Freischärler, dies versichert der nicaraguanische Ricardo Wheelock, hätten auch schon Schweizer SIG-Gewehre aus chilenischer Produktion mit sich geführt... «Cardoën» hatte, dass will ein ehemaliger chilenischer Luftwaffengeneral im Exil wissen, ein ähnliches Geschäft zwischen den Pilatuswerken und der chilenischen Luftwaffe angebahnt. Im Verwaltungsrat des besagten Rüstungsunternehmens sitzt kein Geringerer als Carlos Forestier, der ehemalige Botschafterkandidat für die Schweiz. Er war als einer der Drahtzieher des Pinochet-Putsches gegen Salvador Allende (1973) in der fraglichen Epoche als Verbindungsoffizier

zum Pentagon in Washington tätig.

Dass chilenische Rüstungsexperten im «Pilatus»-Geschäft mit den nicaraguanischen Contras die Hand im Spiel haben könnten, darauf weist auch der Umstand hin, dass chilenische Militärberater in El Salvador und in Honduras den Contra-Freischärlern zur Hand gehen. Dies belegt ein Geheimdienstdokument, das der italienischen Nachrichtenagentur ANSA und dem Washingtoner «Institute for Policy Studies» zugespielt wurde und das vom chilenischen Verteidigungsminister *Miguel Schweitzer* unterzeichnet wurde. In Militärkreisen von El Salvador spricht man jetzt ebenfalls davon, dass die Luftwaffe am Kauf eines Dutzend «Pilatus»-Flugzeugen interessiert ist.

Natürlich sind das alles noch keine «handfesten» Beweise. Die Hinweise sollten aber ernst genommen werden, bevor es zu spät ist. Denn es steht ausser Zweifel, dass die kriegstauglichen Flugzeuge aus Stans, die im Vietnamkrieg zum ersten Mal im Einsatz standen (damals sah sich sogar der Bundesrat zu einem Exportstopp veranlasst), eine immer wichtigere Waffe in der US-Aufstandsbekämpfung in Zentralamerika werden. Ein schmutziger Krieg, der an Vietnam erinnert und im Pentagon-Jargon verharmlosend als «Low Intensity Warfare» umschrieben wird. Dazu passt auch, dass jüngst die guatemaltekische Luftwaffe 12 «Pilatus Turbo Trainer PC-9» geordert hat – als ob die 11 in Guatemala bereits im Einsatz stehenden «Pilatus Turbo Trainer PC-7» für das «Training» der guatemaltekischen Luftwaffe nicht schon ausreichten.

günter müller

7520 bruchsal,d. 26.8.86
schönbornstr.32/knast

erklärung

liebe companeras/os,

wie ihr aus beiliegender verfügung des leiters der va bruchsal preusker entnehmen könnt,soll ich nach kassel I in hessen zwangsdeportiert werden.
eröffnet wurde mir diese verfügung heute nachmittag,den 26.8.86 - 15.30 uhr. ich bin mit dieser zwangsdeportierung nicht einverstanden und werde deshalb nicht freiwillig gehen - zumindest passiven widerstand leisten.
die verlegung soll morgen,d. 27.8.86 über die bühne gehen.
meinen rechtsanwalt elard biskamp, frankfurt davon in kenntnis zu setzen(telefonisch) wurde mir nicht erlaubt.

es ist also ganz klar,daß diese nacht und nebelaktion vom staatsschutz geplant und angeordnet wurde,um über diese unterbrechung des kontakts zum günter sonnenberg und roland mayer zu versuchen,meine zunehmende politisierung in der auseinandersetzung mit dem günter und roland zu stoppen. dies wird ihnen nicht gelingen,denn ich hab in der auseinandersetzung mit dem günter und roland vor allem gelernt selbstbestimmt zu denken, zu entscheiden und zu handeln. dies können sie mir nicht mehr nehmen. ich weiß was zu tun ist.

darum - und in diesem sinne.

kampf - dem kapitalismus/imperialismus
- für die zusammenlegung der gefangenen aus der raf und dem widerstand
- für die freiheit von günter sonnenberg
- für den kommunismus

der leiter der vollzugsanstalt bruchsal hat am 25.8.86 nach absprache mit dem justizministerium baden-württemberg

verfügt:

der gefangene günter müller wird gemäß § 8 stvollzg in die jva kassel I (hessen) verlegt.

gründe:

nachdem der gefangene in den ersten jahren seines vollzuges, zumindest ansatzweise bereitschaft zur mitarbeit am vollzugsziel zeigte und von 1978 bis 1981 eine lehre als drucker absolvierte, zeichnete sich nach seiner fluchtbedingten abwesenheit bis juli'81 eine zunehmende,an den zielen der raf orientierte politisierung ab. offensichtlich beruht diese entwicklung auf dem einfluß von zwei mitgefangenen,die wegen straftaten im rahmen ihrer zugehörigkeit zur raf in der vollzugsanstalt bruchsal inhaftiert sind. diese sind inzwischen zu seinen hauptbezugspersonen geworden mit denen er täglich während des hofgangs intensiven kontakt pflegt. er hat sich der totalen verweigerungshaltung dieser beiden gefangenen vollständig angeschlossen und verweigert insbesondere die arbeit bereits seit jahren. er korrespondiert nahezu ausschließlich mit gesinnungsgenossen und bezieht links orientierte zeitschriften wie "s'blättle" und"knipselkrant",die allerdings wegen aufrufens zu/und legitimierung von attentaten und sabotageakten in der mehrzahl angehalten wurden. die agressive staats- und vollzugsfeindliche gesinnung erfährt in der täglichen begegnung mit den beiden inhaftierten gefangenen solidarität, bestätigung und damit festigung.
aus behandlungsgründen ist es notwendig,dieserentwicklung durch die verlegung in eine andere vollzugsanstalt entgegen zu wirken.

es ist in letzter zeit auch deutlich geworden, daß müller versucht,andere gefangene zu widerstand und verweigerung anzustiften. dies stellt eine erhebliche gefahr für die sicherheit und ordnung der anstalt dar,so daß die verlegung auch aus diesen gründen erforderlich ist (§ 85 stvollzg).